

# Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET)

Integrierter Bericht des Gesamtprojektes

## Impressum

### Herausgeberin

Hochschule Magdeburg-Stendal  
Breitscheidstraße 2  
39114 Magdeburg

### Text und Redaktion

Marleen Hascher, M. A.  
Ann-Katrin Kastberg, M. A.  
Benjamin Kerst, M. A.  
Alina Mönig, M. A.  
Edmund Osterberger, B. A.  
Prof. Dr. Matthias Quent  
Prof. Dr. Fabian Virchow

### Mitarbeit

Fynn Leitzke  
Dora Stanić, M. Sc.

### Grafik und Layout

Hochschulkommunikation der Hochschule Magdeburg-Stendal

### Satz

Ann-Katrin Kastberg

### V. i. S. d. P.

Prof. Dr. Matthias Quent

### Förderhinweis

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Erschienen im Dezember 2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>4</b>
1.1 <i>Das RIOET-Projekt</i> .....	4
1.2 <i>Aufbau des Berichts</i> .....	5
1.3 <i>Forschungsdesign und Methodik</i> .....	6
<b>2. Jugend im Spannungsfeld von Klimawandel und rechter Einflussnahme</b> .....	<b>14</b>
2.1 <i>Jugend und Rechtsextremismus</i> .....	14
2.2 <i>Klima und Rechtsextremismus</i> .....	16
<b>3. Wind, Kohle, Wald – Ökologische Transformation vor Ort</b> .....	<b>19</b>
3.1 <i>Lokale sozialökologische Transformationsprozesse: Forschungsregionen</i> .....	19
3.2 <i>Klimawandel und die äußerste Rechte: Akteur*innen, Narrative und Strategien</i> .....	24
3.3 <i>Vergleich der Forschungsregionen</i> .....	29
3.4 <i>Zwischenfazit: Vergleich der Forschungsregionen</i> .....	31
<b>4. Klimageneration oder Rechtsruck in der Jugend? Ergebnisse aus der qualitativen und der quantitativen Forschung</b> .....	<b>32</b>
4.1 <i>Zwischen Desinteresse und Aktivismus: Einstellungen zum Klimawandel und regionalen Transformationsprozessen</i> .....	32
4.2 <i>Emotionen zum Klimawandel</i> .....	38
4.3 <i>Wirtschaft, Politik oder ich? Verantwortlichkeiten zum Klimawandel</i> .....	40
4.4 <i>Handeln und Wirkmächtigkeit</i> .....	44
4.5 <i>Politische Selbstverordnung und Parteiensympathie</i> .....	47
4.6 <i>Äußerst rechte Einstellungen (zum Klimawandel) bei jungen Menschen</i> .....	50
4.7 <i>Information und Umgang mit Medien und Rechtsextremismus in sozialen Medien</i> .....	55
<b>5. Schlussbetrachtung</b> .....	<b>59</b>
<b>6. Was tun? Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft</b> .....	<b>63</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>65</b>
<b>Verzeichnis äußerst rechter Quellen</b> .....	<b>75</b>
<b>Projektteam</b> .....	<b>78</b>

# 1. Einleitung

Im historischen Hitzesommer 2018 – dem heißesten Sommer Schwedens – beschloss die damals 15-jährige Greta Thunberg, in den Schulstreik zu treten, und begründete damit den Auftakt einer beispiellosen globalen Klimaschutzbewegung, die vor allem von jungen Menschen getragen wurde. Auch in Deutschland schlossen sich in Hunderten Orten weit über eine Million Menschen den Protesten an. Die Jugend, so schien es, setzte den gesellschaftlichen Kurs in Richtung ökologischer Transformation. Sechs Jahre später hat sich die Stimmung erheblich geändert. Klimaproteste mobilisieren nur noch gelegentlich in Großstädten eine größere Zahl an Menschen (vgl. Zeit Online, 2024). Die Zeiten sind wirtschaftlich schwierig geworden. Bei Wahlen setzen immer mehr junge Menschen ihr Kreuz bei Rechtsaußenparteien (vgl. Infratest dimap, 2024a). Der Aufstieg der Partei Bündnis 90/Die Grünen ist während ihrer Beteiligung an der Ampelregierung nicht nur bei jungen Menschen ins Stocken geraten; mehr noch: Keine andere Partei wird in Deutschland so häufig gewaltsam angegriffen (vgl. Bundesregierung, 2024). Im Jahr 2019 erklärte der rechts-extreme Vordenker Götz Kubitschek die Grünen zum Hauptgegner (vgl. Quent, 2024) und schon bei den Bundestagswahlen 2021 organisierten Rechtsextreme Schmutzkampagnen gegen die Partei. Wie auch immer man die Politik der Partei bewertet: Die neue Polarisierung stellt nicht die Akzeptanz notwendiger ökologischer Modernisierungen, sondern auch die demokratische Kultur auf die Probe. Der antiökologische Backlash ist im vollen Gang: Klimaschutz hat in politischen Debatten zunehmend das Nachsehen. Nicht nur Rechtsextreme stellen den European Green New Deal infrage. In politischen Diskussionen wird Klimaschutz immer häufiger als Nice-to-have, nicht als Must-have diskutiert – an erster Stelle müsse das Wachstum der in Stagnation geratenen deutschen Wirtschaft stehen (vgl. Freie Demokratische Partei e. V., 2024). Die Klimakrise als Bedrohung für zukünftige Generationen ist aus dem öffentlichen Diskurs geraten, während gleichzeitig Hitzerekorde gebrochen werden und kräftige Starkregenereignisse mit Hunderten Todesopfern auch in Europa einen Eindruck von den katastrophalen Auswirkungen für Menschen und für die Wirtschaft vermitteln (vgl. tagesschau.de, 2024b; Zweites Deutsches Fernsehen, 2024), wenn es nicht gelingt, die Erhitzung zu stoppen. Obwohl Umfragen zeigen, dass das Klimabewusstsein in der Bevölkerung immer noch groß ist, bestimmen insbesondere das Thema Flucht und Migration sowie die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten die Schlagzeilen. Fünf Jahre voller Krisen dämpften die ökologische Revolution: Die Covid-19-Pandemie hat die Gesellschaft in Atem gehalten, die Bundestagswahl 2021 die politischen Machtverhältnisse verändert, die Ausweitung des russischen Angriffskriegs führte zu Energiekrise und Inflation. Rechtsextreme Netzwerke haben ihre Strukturen weiter ausgebaut sowie das Klimathema aufgenommen. Die AfD hat in Umfragen ihre Zustimmungswerte zwischenzeitlich verdoppelt. Mit dem „Bündnis Sarah Wagenknecht“ ist eine neue populistische Partei entstanden, für die der Klimawandel programmatisch keine große Rolle spielt. Mitten in der großen sozialökologischen Transformation sind nicht nur viele Maßnahmen und Entscheidungen umstritten, sondern auch der Bestand der liberalen Demokratie ist nicht mehr garantiert. Antiliberaler und antidemokratischer Kräfte hoffen, aus Verunsicherungen und Veränderungen politisches Kapital zu schlagen. Dabei treffen sie vor Ort auf unterschiedliche Bedingungen. Folgt der ökologischen Fortschrittsbewegung in der Jugend nun ein antiökologischer Rückschlag? Was bedeutet die große sozioökologische Transformation für Heranwachsende? Wie gehen junge Menschen in Transformationsregionen in Ost- und Westdeutschland mit den Veränderungen um, welche Rolle spielt für sie der Klimawandel? Unter welchen Umständen gelingt es der äußersten Rechten mit welchen narrativen Angeboten, Veränderungen und Ängste für ihre Zwecke zu adressieren und zu nutzen? Wie entsteht demokratische Resilienz bei jungen Menschen? Welche Rolle spielen dabei die sozialen Medien?

## 1.1 Das RIOET-Projekt

Um diese und weitere Fragen zu beantworten, erkundete das Forschungsprojekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET) zwischen 2022 und 2024 die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, regionalen Transformationsprozessen und der politischen Haltung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Hinblick auf demokratische sowie antidemokratische Orientierungen. Unter besonderer Berücksichtigung der Rolle rechtsorientierter Akteur\*innen und Ideologien zielt dieses interdisziplinäre und multiperspektivische Projekt darauf ab, verständlich zu machen, wie rechtsextreme Gruppierungen ökologische Krisenszenarien und Transformationsdynamiken instrumentalisieren und wie deren klimabezogene Angebote insbesondere von jungen Menschen rezipiert werden. Hierdurch werden Einblicke in die Möglichkeiten der Prävention und der Förderung demokratischer Resilienz in Zeiten sozialökologischen Wandels geliefert. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Im Zuge der Untersuchung standen spezifische Regionen in Ost- und Westdeutschland im Fokus, die exemplarisch für die Herausforderungen und Spannungsfelder stehen, welche die sozialökologischen Veränderungsprozesse charakterisieren. Windenergie, Waldsterben und das Ende der Kohleverstromung kennzeichnen die Transformationsprozesse

in den Untersuchungsregionen. In einem multimethodischen Vorgehen wurden neben Dokumenten- und Quellenanalysen Expert\*inneninterviews, narrativ-biografische Interviews, Fokusgruppendifkussionen, Feldbegehungen sowie eine große quantitative Befragung Heranwachsender durchgeführt, um tiefere Einsichten in die individuellen und kollektiven Wahrnehmungen der ökologischen und der sozialen Transformationen sowie deren möglicher Verknüpfung mit äußerst rechten Ideologien zu gewinnen. Diese methodische Herangehensweise ermöglichte es, Wege der politischen Sozialisation sowie das Spektrum der Reaktionen junger Menschen auf die rechte Instrumentalisierung ökologischer Themen zu erforschen und Beobachtungen aus den qualitativen Tiefenuntersuchungen in einer quantitativen Breitenstudie zu überprüfen, unter anderem um die Fragen zu beantworten, ob und wie klimabezogene Orientierungen bei jungen Menschen mit äußerst rechten Einstellungen zusammenhängen und welche Gruppen der jungen Menschen besonders vulnerabel für klima- und demokratiegefährdende Orientierungen sind.

Der vorliegende Projektbericht dokumentiert das Vorgehen und die Ergebnisse dieser Studie. Die Forschungsergebnisse zeigen dabei ein ambivalentes Bild. Die Präsenz und Aktivitäten rechtsextremer Akteur\*innen in den sozialen Medien sowie deren Versuche, ökologische Problematiken für ihre Agenda zu vereinnahmen, zeichnen ein besorgniserregendes Bild des Zusammenspiels zwischen ökologischen Krisen und politischer Radikalisierung. Diese ersten Erkenntnisse verweisen auf die Notwendigkeit, effektive Strategien für die Prävention rechtsextremer Einflussnahme und die Stärkung demokratischer Resilienz zu entwickeln, wobei gleichzeitig den vielschichtigen sozialökologischen Herausforderungen unserer Zeit Rechnung getragen wird. Teilweise offenbaren sich Lücken im Bewusstsein und im Wissen um den Klimawandel, seine Ursachen und Folgen. Ökologisch bedingte Transformationskonflikte bieten fruchtbare Nährböden für die Agitation der äußersten Rechten. Beunruhigend viele junge Menschen in Deutschland stimmen Aussagen zu, die völkisch-nationalistischen Ökovorstellungen oder die Leugnung des menschengemachten Klimawandels ausdrücken. Dabei offenbart sich vor allem zwischen formal weniger gut und besser gebildeten jungen Menschen eine deutliche Polarisierung. Gleichzeitig sind die allermeisten jungen Menschen ambivalent eingestellt, offen für Veränderung und orientieren sich in ihrem Selbstverständnis an der politischen Mitte.

Im Folgenden werden das Vorgehen und die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts beschrieben, zentrale Implikationen hervorgehoben und Empfehlungen für den Umgang mit den Entwicklungen und Zusammenhängen vorgeschlagen, die den Forschenden begegnet sind. Weitere Analysen der umfassenden empirischen Daten werden folgen.

Wir danken allen Studienteilnehmenden, die mit ihrer Beteiligung einen wichtigen Beitrag geleistet haben, um besser zu verstehen, wie Rechtsextremismus und Klimawandel für junge Menschen zusammenhängen. Wir danken außerdem allen Praktiker\*innen und Expert\*innen, die uns Feldzugänge geöffnet und an ihrem reichen Erfahrungs- und Wissensschatz teilhaben ließen. Nicht zuletzt danken wir den Mitarbeiter\*innen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesamts für zivilgesellschaftliche Aufgaben, die unsere Forschung ermöglichen sowie mit großer Professionalität und uneingeschränkter Unabhängigkeit unterstützt haben.

## 1.2 Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht umfasst die Ergebnisse der zweijährigen Forschungsarbeit des Projekts „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen (RIOET)“. Dazu zählen die Ergebnisse der Quellen- und Literaturrecherche, der qualitativen und der quantitativen Studien sowie die theoretischen Rückschlüsse und praktischen Handlungsempfehlungen für pädagogisches Fachpersonal.

Das Kapitel „Klima und Rechtsextremismus – Stand der Forschung“ gibt einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu diskursiven Strategien rechtsextremer Akteur\*innen im Umgang mit jungen Menschen und über ihre Positionen zum Thema Klimawandel im globalen Norden. Dabei wird auf die historischen Verhältnisse zwischen ökologischen Bewegungen und reaktionären Akteur\*innen seit der industriellen Moderne eingegangen. Ebenso werden in diesem Kapitel zentrale Begriffe für diesen Bericht definiert.

In Kapitel „Lokale sozialökologische Transformationsprozesse und äußerst rechte Interventionen“ werden zunächst die vier Transformationsregionen, die im Forschungsinteresse des Projekts RIOET standen, bezüglich ihrer ökonomischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse näher beschrieben, um darauffolgend die Entstehung der Transformationskonflikte dieser Regionen zu erläutern. Des Weiteren werden die bedeutendsten äußerst rechten Akteur\*innen dieser Regionen und deren Positionen und Strategien zu den regionalen Transformationskonflikten genannt. Abschließend werden die ost- und die westdeutschen Regionen, in denen ähnliche Transformationskonflikte vorherrschen, miteinander verglichen.

In Kapitel 4 werden zunächst die Forschungsdesigns der qualitativen und der quantitativen Studien beschrieben. Danach werden die Ergebnisse beider Studien nach den zentralen Gesichtspunkten, die sich aus den Forschungsfragen ableiten, zusammengeführt. Dazu gehören die Einstellungen der jungen Menschen zum Klimawandel und zu den regionalen Transformationsprozessen, ihre geäußerten Emotionen zum Klimawandel, ihre Einschätzungen von Verantwortlichkeiten für diesen und dessen Bekämpfung, ihre Wahrnehmung der eigenen Wirkmächtigkeit und Handlungsspielräume in der Klimapolitik, ihre Sympathie gegenüber den jeweiligen Parteien und ihre politische Selbstverordnung, ihre Zustimmungsfähigkeit zu äußerst rechten Einstellungen und schließlich ihr Verhältnis zu den Medien.

In Kapitel 5 werden die ermittelten Forschungsergebnisse auf bestehende Theorien der Rechtsextremismusforschung bezogen und dabei wird eruiert, wie diese zur deren Erweiterung beitragen.

In Kapitel 6 werden schließlich aus den gewonnenen Ergebnissen und Theoriebezügen dieses Berichts Handlungsempfehlungen abgeleitet. Diese richten sich vorrangig an pädagogisches Fachpersonal und politische Entscheidungsträger\*innen. Sie zielen darauf ab, ein Bewusstsein für äußerst rechte Akteur\*innen und deren Strategien gegenüber jungen Menschen in Klimadiskursen zu schaffen und Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen äußerst rechtes Gedankengut finanziell und personell flächendeckend nachhaltig zu stärken.

### **1.3 Forschungsdesign und Methodik**

In diesem Kapitel werden das Forschungsdesign und die Methodik des vorliegenden Berichts dargelegt. Um möglichst vertiefte Einsichten in die individuellen und die kollektiven Wahrnehmungen der ökologischen und der sozialen Transformationen sowie deren mögliche Verknüpfung mit Ideologien der äußersten Rechten zu gewinnen, war das Forschungsprojekt RIOET multimethodisch aufgebaut: Dieses Vorgehen beinhaltet neben Dokumenten- und Quellenanalysen auch Expert\*inneninterviews, narrativ-biografische Interviews, Gruppeninterviews, Feldbegehungen sowie eine quantitative Onlinebefragung Heranwachsender. Diese methodische Herangehensweise ermöglichte es, Einflüsse der politischen Sozialisation sowie das Spektrum der Reaktionen junger Menschen auf die Instrumentalisierung ökologischer Themen durch die äußersten Rechten zu erforschen und Beobachtungen aus den qualitativen Tiefenuntersuchungen in einer quantitativen Breitenstudie zu überprüfen. Im Folgenden wird das Vorgehen kurz erläutert.

#### **1.3.1 Die qualitative Forschung**

Die empirische Grundlage des qualitativen Forschungsteils des vorliegenden Berichts bilden mehrere Arten von qualitativen Interviews, die im Verlauf des Forschungsprojektes RIOET geführt und durch mehrere Feldbegehungen in den Forschungsregionen ergänzt wurden. Die Datenerhebungen wurden im Zeitraum von April 2023 bis März 2024 durchgeführt. In den folgenden Unterkapiteln werden die jeweiligen qualitativen Datenerhebungsmethoden beschrieben.

##### *Expert\*inneninterviews*

Zunächst wurden im Projekt 31 leitfadengestützte Expert\*inneninterviews durchgeführt. Die Interviewten waren Expert\*innen in den Feldern Rechtsextremismus und Klima, Rechtsextremismus und Jugend sowie Klima und Jugend. Darüber hinaus wurden entsprechende Interviews mit Personen geführt, die als Expert\*innen für die lokalen Situationen bzw. als relevante lokale Akteur\*innen in den vier Fallregionen adressiert wurden. Insgesamt lassen sich die interviewten Expert\*innen folgenden Wissens- und Handlungsfeldern zuordnen:

- Wissenschaft
- Umwelt- und Naturschutzorganisationen
- Zivilgesellschaftliche Bündnisse / Bürger\*inneninitiativen
- Jugendorganisationen
- Präventions- und Interventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus
- Partnerschaften für Demokratie
- Politik/Verwaltung
- Jugendsozialarbeit/Jugendeinrichtungen
- Bildungs- und Publikationsarbeit zu den Themen Rechtsextremismus/Klima/Jugend

Die Expert\*inneninterviews dienten dazu, einen Überblick über die Situationen in den lokalen Transformationsregionen in Hinblick auf die Transformationskonflikte zu schaffen. Der Fokus lag insbesondere auf den von den Expert\*innen wahrgenommenen Positionen junger Menschen und den wahrgenommenen Aktivitäten von äußerst rechten Akteur\*innen sowie deren Strategien zu den lokalen Transformationsprozessen in jeder Forschungsregion.

## Fokusgruppeninterviews

Als wesentliches Element zur Beantwortung der Hauptfragestellung des Projekts wurden in allen Fallregionen zwei bis drei Fokusgruppeninterviews mit je drei bis sieben jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 26 Jahren geführt.<sup>1</sup> Das Ziel war es, herauszufinden, welche Perspektiven Jugendliche und junge Erwachsene auf den Klimawandel und die jeweiligen sozialökologischen Transformationsprozesse in ihrer Region haben. Damit zusammenhängend ging es darum, herauszufinden, auf welche Resonanzaussagen oder Narrative sie stoßen, die als äußerst rechts oder verschwörungsideologisch klassifizierbar sind bzw. von äußerst rechten oder verschwörungsideologischen Akteur\*innen kommuniziert werden, die in den lokalen Transformationsräumen aktiv sind oder sich auf die entsprechenden Transformationsprozesse und -konflikte beziehen. Im Rahmen der Fokusgruppen wurden den Teilnehmenden mehrere inhaltliche Impulse in Form von Bildmaterial, Textausschnitten und Videos gezeigt und zur Diskussion gestellt. Die Impulse bezogen sich zum einen auf die Klimawandelthematik und die jeweiligen lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse. Zum anderen wurden klima- und transformationsbezogene Aussagen und Narrative gezeigt, die als äußerst rechts oder verschwörungsideologisch klassifizierbar waren bzw. von äußerst rechten oder verschwörungsideologischen Akteur\*innen stammen. Die Impulse wurden aus einer Analyse äußerst rechter und verschwörungsideologischer Primärquellen (Publikationen, Landtagsanfragen, Webseiten, Auftritte in den sozialen Medien und Telegramkanäle) zur Klima- und Transformationsthematik sowie aus Erkenntnissen, die während der Expert\*inneninterviews gewonnen wurden, zusammengestellt:

Tabelle 1: Beschreibung der vorgezeigten Impulse in den Fokusgruppeninterviews

	Impulsinhalt	Format	Quelle
<b>Allgemeine Impulse</b>			
<b>Impuls 1</b>	Klimawandel	einzelnes Wort als Text	
<b>Lokaler Transformationsprozess</b>			
<b>Impuls 2</b>	Bilder zum Garzweiler Kohleabbau und zu Protesten, Kohlebagger vor Lützerath, RWE-Werbung zur Renaturierung, Kohlebagger, Abbruchkante	Fotocollage	selbst erstellt
<b>Impuls 3</b>	Transformationsprozess im Reinhardswald: geplante Windräder und Bürgerinitiative gegen den Windpark	Videoausschnitt	Hessischer Rundfunk 2022: 00:00:01–00:00:41
<b>Impuls 4</b>	Braunkohleausstieg Fachtagung durch Herrmannschacht Zeitz	Videoausschnitt	BLK Regional TV 2018: 00:14–00:45, 02:51–04:13
<b>Impuls 5</b>	„Der Harz stirbt vor unseren Augen – es braucht 100 Millionen Bäume“	Videoausschnitt	Focus Online 2023: 00:00–01:34
<b>Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse allgemein</b>			
<b>Impuls 6</b>	„Fridays are lie days – Klimalüge entlarven“	Screenshot: Aufkleber	Z-Versand o. J.
<b>Impuls 7</b>	„Was Deutschland in den 18 Jahren mit dem Kohleausstieg an CO <sub>2</sub> spart, stößt China in nur 18 Tagen aus! Der Preis dafür ist hoch: Offizielle Regierungsdokumente rechnen mit bis zu 250.000 gefährdeten Jobs – allein in NRW!“	Screenshot: Textausschnitt aus Telegram-Post	AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen 2021
<b>Impuls 8</b>	„Schnee im März: Blamage für Klimaideologen“	Screenshot: Artikel in Zeitschrift	COMPACT-Magazin 2023
<b>Impuls 9</b>	„Habeck über Klima-Kleber: ‚Bewundere die jungen Leute für ihre Courage‘.“ Darunter die Headline: „Für Habeck ‚mutige Jugendliche‘. Für uns Extremisten.“	Screenshot: Twitter-Post (Sharepic)	AfD 2023b

<sup>1</sup> Zitate aus den Fokusgruppeninterviews und den narrativ-biografischen Interviews sind in diesem Text pseudonymisiert; aus Gründen der Lesbarkeit haben wir auf die Nennung von Zeitangaben aus den Transkripten der Interviews verzichtet.

<b>Impuls 10</b>	„Umwelt & Heimat schützen! Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes! Mach mit!“	Screenshot: Parteiplakat	Der III. Weg 2019a
<b>Impuls 11</b>	„Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“	Zitat als Text	EIKE o. J.
<b>Impuls 12</b>	„Wer [...] die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern hinterlässt, vor allem in Afrika, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig.“	Zitat als Text	Schreiber 2019
<b>Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse mit lokalem Bezug</b>			
<b>Impuls 13 (Zeit)</b>	„Bundesregierung beschließt Kohleausstieg: Strom muss BEZAHLBAR bleiben! Grundlast sichern! GroKo! Aufwachen!“	Screenshot: Sharepic	AfD Kreis Bielefeld 2020
<b>Impuls 14 (Harz)</b>	Flyer „1. Harzer Waldkonferenz“ zum Thema Waldsterben	Screenshot: Konferenzflyer	Friedhoff 2023
<b>Impuls 15 (Rheinisches Revier)</b>	„Der Kohleausstieg funktioniert, die Bürger haben keine Kohle mehr“	Screenshot: Instagram Sharepic	AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen 2022
<b>Impuls 16 (Reinhardswald)</b>	Flyer „Erst der Wald, dann das Windrad!“	Screenshot: doppelseitiger Flyer	AfD-Fraktion Hessen 2022b
<b>Impuls 17 (Reinhardswald)</b>	Karikatur, die Windräder in einem Waldkahlschlag darstellt. „Erneuerbare Energien retten die Wälder. Aufforstung in RLP.“	Screenshot: Telegram-Post	Telegram-User*in 2022
<b>Pro-Klimaschutz-Impuls</b>			
<b>Impuls 18</b>	„Klimaaktivisten werden manchmal als gefährliche Radikale dargestellt. Aber die wirklich gefährlichen Radikalen sind die Länder, die die Produktion von fossilen Brennstoffen erhöhen.“	Zitat als Text	Guterres, A. 2022

Die genannten Impulse dienten in den Fokusgruppen zur Initiierung der Diskussionen. Die Gruppen für diese Fokusgruppendifkussionen setzten sich wie folgt zusammen:

Tabelle 2: Zusammensetzung der Gruppen in den Fokusgruppeninterviews

Gruppenzusammensetzung	Transformationsprozess	N	Geschlecht	Altersspanne	Migrationshintergrund <sup>2</sup>	(Fach-) Hochschulreife	Aufgewachsen in Ostdeutschland
<b>Offene Jugendeinrichtung (Erkelenz/NRW)</b>	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	7	5 (m); 1 (w); 1 (d)	18–27	4	4	0
<b>Aufsuchende Jugendarbeit (Erkelenz/NRW)</b>	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	6	6 (m)	18–19	5	3	0 1 (k. A.) <sup>3</sup>
<b>Freiwilliges Ökologisches Jahr (ganz NRW)</b>	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	5	4 (m); 1 (d)	18–23	0	5	0

<sup>2</sup> Interviewteilnehmende mit Migrationshintergrund waren entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder hatten mindestens ein Elternteil, auf das dies zutrifft.

<sup>3</sup> „K. A.“ bedeutet, dass entsprechende Person/en diese Frage nicht beantwortete/n.

<b>Offene Jugendeinrichtung (Hofgeismar/Hessen)</b>	Geplanter Windpark im Reinhardswald	6	3 (m); 2 (w); 1 (d)	15–25	1	1	0 1 (k. A.)
<b>Dorf nahe Reinhardswald (nördlicher Landkreis Kassel/Hessen)</b>	Geplanter Windpark im Reinhardswald	6	5 (m); 1 (w)	20–29	0	5	0
<b>Verein (Region Zeitz-Weißenfels)</b>	Kohleausstieg in der Region Zeitz-Weißenfels	3	2 (m); 1 (w)	17–24	1	1	3
<b>Verein (Region Zeitz-Weißenfels)</b>	Kohleausstieg in der Region Zeitz-Weißenfels	3	2 (m); 1 (w)	16–21	0	2	3
<b>Freiwilliges Soziales Jahr (ganz Sachsen-Anhalt)</b>	Waldsterben im Harz	2 4	3 (m); 9 (w)	16–21	3	11	19

### *Narrativ-biografische Einzelinterviews*

Die Fokusgruppeninterviews wurden durch jeweils bis zu vier narrativ-biografische Einzelinterviews pro Fallregion ergänzt. Hierbei lag der Fokus auf den individuellen Perspektiven und den biografischen Erfahrungen der Befragten in Bezug auf den Klimawandel, die Klimawandelpolitik und die lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse und -konflikte. Des Weiteren wurde thematisiert, welche Perspektiven die Befragten auf äußerst rechte und verschwörungsideologische (lokale) Akteur\*innen und deren kommunikative und performative Handlungspraxen in den jeweils lokalen Klima- und Transformationsthematiken hatten. Im Besonderen wurde mit dieser Methode untersucht, aufgrund welcher biografischen Entwicklungspfade sich junge Menschen in den jeweiligen sozialökologischen Transformationsregionen für den Klimaschutz engagieren, welche klimapolitischen Einstellungen dabei leitend sind und mit welchen Herausforderungen sie sich dabei konfrontiert sehen. Die narrativ-biografischen Interviews in den ost- und den westdeutschen Transformationsregionen setzten sich wie folgt zusammen:

*Tabelle 3: Beschreibung der Teilnehmer\*innen der narrativ-biografischen Interviews*

Transformationsprozess	N	Geschlecht	Altersspanne	(Fach-) Hochschulreife	Migrationshintergrund	Aufgewachsen in Ostdeutschland
Waldsterben im Harz	4	3 (m); 1 (w)	16–26	2	0	3
Kohleausstieg in der Region Zeitz-Weißenfels	5	4 (m); 1 (w)	18–25	4	1	5
Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	4	1 (m); 1 (k. A.); 1 (w); 1 (d)	22–30	4	0 1 k. A.	0 1 k. A.
Geplanter Windpark im Reinhardswald	2	1 (m)	21–23	1	0	0

### *Teilnehmende Beobachtungen und Feldbegehungen*

Um zu vertiefenden Erkenntnissen zu gelangen, die die Interviews in allen vier Forschungsregionen ergänzen, wurden ausgewählte Orte begangen. Dabei handelte es sich beispielsweise um die Stadt Zeitz, die Stadt Blankenburg im Harz, die Abbruchkante des Tagebaus Garzweiler II sowie die umliegenden umgesiedelten bzw. nichtumgesiedelten Ortschaften. Zudem wurden teilnehmende Beobachtungen durchgeführt, beispielsweise im Zuge von Demonstrationen oder Dorrfesten. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen und Begehungen wurden in Beobachtungstagebüchern festgehalten.

## *Feldzugang*

Ein Teil des Feldzugangs und der Interviewakquise wurde durch die Empfehlung und die Vermittlung der zu Beginn des Projekts interviewten lokalen Expert\*innen und Akteur\*innen ermöglicht. Beispielsweise wurden drei Fokusgruppen durch vorher als Expert\*innen identifizierte und interviewte Jugendsozialarbeiter\*innen initiiert. Weitere Interviews konnten mithilfe von Praxis- und Kooperationsakteur\*innen, wie lokalen Partnerschaften für Demokratie oder Landessportbünden, realisiert werden. Zudem wurden gezielt Sportvereine und andere lokale Akteur\*innen wie Jugendclubs, Freiwillige Feuerwehren und Schulen angefragt oder es wurde versucht, Zugänge ins Feld durch Kontakte in Gewerkschaften und Firmen zu bekommen. Allerdings war die Resonanz, insbesondere im Hinblick auf die letztgenannten Zugangsversuche, trotz einer Vielzahl von Anfragen begrenzt. Dies führte zu einer Limitierung der Datengrundlage. So konnten aus bestimmten Zielgruppen kaum Personen erreicht werden. Dies traf beispielsweise auf Personen zu, die in der Kohleindustrie beschäftigt und daher direkt beruflich in ihrer Transformationsregion betroffen waren.

## *Datenauswertung*

Die qualitativen Interviews wurden im Rahmen einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz & Rädiker, 2022, S. 129–156) sowohl induktiv als auch deduktiv (vgl. ebd., S. 102–103) in einem zweistufigen Kodierprozess mithilfe der qualitativen Analysesoftware MAXQDA (Max [Weber] Qualitative Datenanalyse) ausgewertet. So wurden im Verlauf des Kodierprozesses zunächst in einem deduktiven Verfahren (Kuckartz & Rädiker, 2022, S. 71–73) aus dem theoretisch informierten Leitfaden für Expert\*inneninterviews bzw. aus den Diskussionsimpulsen der Fokusgruppeninterviews und den Erzählaufforderungen für die narrativ-biografischen Interviews Oberkategorien gebildet. Anschließend wurden in einem offen-induktiven Verfahren textnahe Unterkategorien erstellt, die daraufhin den gebildeten Oberkategorien oder abstrakteren Konzepten zugeordnet wurden (Kuckartz & Rädiker, 2022, S. 86–89; Strauss & Corbin, 1997).

### **1.3.2 Die quantitative Forschung**

Die qualitativen Erhebungen wurden ergänzt durch eine quantitative Onlinebefragung unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Befragung wurde durch das „infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ als Online-Access-Panel durchgeführt und im Anschluss durch das RIOET-Forschungsteam mithilfe der Software für die statistische Datenanalyse SPSS (Statistical Package für Social Sciences) ausgewertet. In den folgenden Unterkapiteln wird die Vorgehensweise der quantitativen Datenerhebung beschrieben.

#### *Konzeption, Umsetzung und Auswertung des Fragebogens*

Wie zutreffend und generalisierbar sind Befunde und Hypothesen aus qualitativen Fallstudien im Rahmen des Forschungsprojekts in Hinblick auf die Gruppe der 16- bis 27-jährigen in Deutschland insgesamt? Um statistische Zusammenhänge der Thesen explorativ untersuchen zu können, wurde im zweiten Teil des Forschungsprojekts zwischen dem 25.03.2024 und dem 05.04.2024 eine quantitative Jugendbefragung durchgeführt. Bei der Fragebogenkonzeption wurden theoretische sowie empirische Aspekte einbezogen. Dabei wurde auf etablierte Items und Skalen zurückgegriffen und es wurden zusätzlich in vivo aus dem Material neue Items konstruiert, insbesondere um die Forschungslücke zur Zustimmungsfähigkeit klimabezogener Narrative, die von äußerst rechten Akteur\*innen genutzt werden, zu füllen und Auffälligkeiten sowie Zusammenhänge zu identifizieren. Unter anderem ging es dabei um die folgende Forschungsfrage: Wie anschlussfähig sind klimabezogene Narrative der äußersten Rechten bzw. verschwörungsideologische Aussagen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen?

Das Sample fokussierte die zentrale Zielgruppe der jungen Menschen in Deutschland. In vielen bundesweiten quantitativen Untersuchungen sind Menschen aus ostdeutschen Bundesländern nicht stark vertreten. Dabei ist diese Gruppe in Hinblick auf tendenziell stärkere Affinitäten zu äußerst rechten Einstellungselementen und eine vermutete geringere Relevanz des Klimaschutzthemas besonders interessant – weshalb in dieser Studie jeweils etwa 1000 Befragte aus westdeutschen und 1000 aus ostdeutschen Bundesländern in einem Online-Access-Panel befragt werden sollten. Der Fragebogen konnte ausschließlich in deutscher Sprache beantwortet werden. Vollständig beantwortet wurden schließlich insgesamt 2099 Fragebögen. Dies ermöglichte in vertiefenden Auswertungen eine Binnendifferenzierung, mit der in weitergehenden Analysen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gruppen beschrieben werden konnten. Repräsentativität im engeren Sinne lag dabei für die jeweiligen Gruppen Ost- und Westdeutschland nicht vor und war im Rahmen des hypothesenprüfenden Verfahrens auch nicht beabsichtigt. Gleichwohl waren die Grundgesamtheit und die Streuung der Stichprobe groß genug, um Unterschiede und Trends zu identifizieren.

Zur Konstruktion des Fragebogens wurden auf übliche soziodemographische Merkmale sowie auf kognitive und affektive Dimensionen in Hinblick auf Klimawandel und Klimaschutz(-politik) zurückgegriffen. Außerdem wurden demokratiebezogene Orientierungen sowie Aspekte von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erhoben. Dabei wurden Impulse aufgenommen, die aus a) der Fachliteratur, b) der qualitativen Forschung im Projekt und c) aus Workshops mit Expert\*innen sowie d) der Beratung mit dem Umfrageinstitut stammten. Im Rahmen eines Pretests mit 50 Teilnehmenden wurde sichergestellt, dass der Fragebogen robuste und valide Ergebnisse liefern konnte. Insgesamt sollten die Befragten neben den Fragen zur Soziodemografie weitere 61 Aussagen beantworten.

Im Rahmen der Auswertung wurde zunächst eine deskriptive Analyse der Daten durchgeführt, um einen Überblick über die Verteilung der Variablen mit Blick auf demografische Merkmale wie das Geschlecht, den (angestrebten) Schulabschluss oder die Wohnortgröße zu gewinnen. Zusätzlich wurden Mittelwertvergleiche durchgeführt, um zentrale Tendenzen der Variablen zu ermitteln und abzubilden.

Zur weiteren Analyse wurden Mittelwertindizes mit listenweisem Fallausschluss gebildet, die mehrere Items zusammenfassten. Um die Validität dieser Indizes zu überprüfen, wurde eine explorative Faktorenanalyse (EFA) durchgeführt. Die EFA diente dazu, zu prüfen, ob die Items denselben latenten Faktor messen und somit als gemeinsamer Index verwendet werden können. Die Indizes setzten sich wie folgt zusammen:

*Tabelle 4: Gebildete Mittelwertindizes*

<b>Index äußerst rechte Einstellung (N = 1461)</b>
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss reingehalten werden.
<b>Index Umweltaffekt (N = 1797)</b>
Ich bin enttäuscht von der Politik, weil sie die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachtet.
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, in welchen Umweltverhältnissen zukünftige Generationen wahrscheinlich leben müssen.
Menschengemachte Umweltprobleme wie die Abholzung der Wälder oder das Plastik in den Weltmeeren machen mich wütend.
Vor den Folgen des Klimawandels habe ich Angst.
Ich fühle mich von all den Umweltproblemen überwältigt.
Es macht mich wütend, wenn ich sehe, wie Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt.
<b>Index Klimawandelleugnung (N = 1610)</b>
Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.
Der Klimawandel ist nicht von Menschen gemacht.
Personen, welche in der Öffentlichkeit dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehen, werden unfair behandelt.
Die herrschende Klimapolitik ist vor allem ideologisch getrieben.
Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik.
Die Umweltproblematik wird von vielen Umweltschützern stark übertrieben.

Um Zusammenhänge zwischen den gebildeten Indizes und weiteren Variablen zu untersuchen, wurden anschließend Korrelationen berechnet. Diese helfen dabei, mögliche Beziehungen zwischen den untersuchten Merkmalen aufzudecken und Hypothesen zu überprüfen.

## Beschreibung der Stichprobe

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die soziografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe<sup>4</sup> der durchgeführten Onlinebefragung. Die Befragung wurde insgesamt von 2099 Jugendlichen und jungen Erwachsenen beantwortet, darunter waren 51,8 % männliche, 46,9 % weibliche und 1,1 % diversgeschlechtliche Befragte. Das Durchschnittsalter lag bei 21,8 Jahren (Standardabweichung = 3,4 Jahre).<sup>5</sup> Während der Großteil der Befragten (Fach-)Abitur, allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss hatten (42,7 %), besuchten 17,5 % zum Zeitpunkt der Umfrage noch die Schule. Nur 3 % aller Teilnehmenden waren ohne einen Abschluss von der Schule gegangen, 12,2 % hatten einen Hauptschul- oder einen gleichwertigen Abschluss und gut ein Fünftel (22,2 %) ging mit der Mittleren Reife beziehungsweise einem Realschul- oder gleichwertigen Abschluss von der Schule. Mit 43,6 % aller Befragten lebte der Großteil zur Zeit der Befragung im klein- bis mittelstädtischen Raum. Der Anteil derer, die in einem Ort mit weniger als 5000 Einwohner\*innen (24,2 %) wohnten, und derer, die in einer Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohner\*innen (24,6 %) lebten, war nahezu gleich groß. Mehr als die Hälfte aller Befragten (52,6 %) hatte keine Zuwanderungsgeschichte und lediglich ein Zehntel (10,5 %) der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist selbst nach Deutschland zugewandert. Bei einem knappen Drittel (32,2 %) waren Teile der Familie, also mindestens ein Elternteil und/oder die Großeltern, nach Deutschland zugewandert. In der Onlineumfrage wurde außerdem die subjektive Schichtzugehörigkeit der Teilnehmenden abgefragt. Dabei ordneten sich mit 38,6 % die meisten Befragten der Mitte zu, ein knappes Drittel (31 %) ordnete sich der oberen Schicht zu und 22,4 % der unteren.

Tabelle 5: Soziografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe der Onlinebefragung (N = 2099)

		Absolute Häufigkeit	Prozent
Geschlecht	männlich	1087	51,8
	weiblich	985	46,9
	divers	23	1,1
	keine Angabe	4	0,2
Alter	16–21	965	46
	22–27	1134	54
(Angestrebter) Schulabschluss	noch Schüler*in	367	17,5
	ohne Abschluss von der Schule gegangen	63	3
	Hauptschulabschluss oder gleichwertigen Schulabschluss	256	12,2
	Mittlere Reife / Realschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss	467	22,2
	(Fach-)Abitur, allgemeine Hochschulreife oder gleichwertigen Abschluss	896	42,7
	keine Angabe	49	2,3
Subjektive Schichtzugehörigkeit	oben	650	31
	mitte	810	38,6
	unten	471	22,4
	keine Angabe	75	3,6
	weiß nicht	92	4,4
Größe des Wohnorts	(Land-)Gemeinden mit unter 5000 Einwohner*innen	509	24,2
	Kleinstadt mit 5000- unter 20.000 Einwohner*innen	398	18,9
	Mittelstadt mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohner*innen	517	24,7

<sup>4</sup> Mit dem Bundesland als Kalibrierungsfaktor wurde in der Stichprobe die hohe Fallzahl ostdeutscher und Berliner Befragter ausgeglichen. Zusätzlich wurden bei der Gewichtung weitere Faktoren berücksichtigt, um die Stichprobe noch genauer an die reale Bevölkerung anzupassen. Diese Faktoren umfassen die Kombination von Geschlecht und Altersgruppen, die Größe der Gemeinde (BIK-Gemeindegroßenklasse), den höchsten erreichten Schulabschluss, die Staatsangehörigkeit und die Haushaltsgröße. Das Gewicht ist demnach ein Gesamtgewicht für die 16- bis 27-Jährigen in Deutschland.

<sup>5</sup> Während in der Befragung das exakte Alter erfragt wurde, wurde das Alter in der Tabelle in zwei Kohorten aufgeteilt.

	Großstadt ab 100.000 Einwohner*innen	516	24,6
	keine Angabe	60	2,8
	weiß nicht	99	4,8
Zuwanderungsgeschichte gesamt	niemand ist zugewandert	1104	52,6
	ich selbst bin zugewandert	152	7,2
	Teile meiner Familie sind zugewandert	677	32,2
	ich selbst und Teile meiner Familie sind zugewandert	69	3,3
	keine Angabe	59	2,8
	weiß nicht	39	1,9

Auch das Bundesland, in dem die Befragten zum Zeitpunkt der Datenerhebung lebten, wurde abgefragt. Aufgrund des absichtlich hohen Anteils von Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern wird bei der Unterscheidung zwischen den Angaben west- und ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Folgenden auf den ungewichteten Datensatz zurückgegriffen (vgl. Tabelle 6), um ein genaueres Bild der jungen ostdeutschen Bevölkerung zeichnen zu können. Somit lebten 47,6 % der Befragten zum Zeitpunkt der Befragung in Westdeutschland und 39,7 % in Ostdeutschland. Durch die strukturelle Besonderheit der Großstadt Berlin, die teils zur DDR und teils zur BRD zählte, und aufgrund von Unterschieden in den Antworten der 12 % Berliner\*innen in dieser Studie wird der Stadtstaat als eigene Kategorie ausgewiesen.

*Tabelle 6: Verteilung des Wohnorts nach Bundesländern (Berlin, Ost- und Westdeutschland) im nicht gewichteten Datensatz (N = 2099)*

		Absolute Häufigkeit	Prozent
Wohnort	Westdeutschland	999	47,6
	Ostdeutschland	834	39,7
	Berlin	252	12,0
	keine Angabe	14	0,7

## 2. Jugend im Spannungsfeld von Klimawandel und rechter Einflussnahme

Die Themen Jugend und Klima stehen nicht erst seit der erhöhten diskursiven Präsenz ab 2018 durch „Fridays für Future“ im Fokus rechtsextremer Strategien. Rechtsextreme Akteur\*innen nutzen bereits wesentlich länger die Bedeutung ökologischer und jugendspezifischer Anliegen in gesellschaftlichen Debatten, um mit vermeintlich attraktiven Narrativen neue Zielgruppen zu erreichen. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über diese Strategien, indem historische Kontinuitäten, thematische Schwerpunkte und die Inhalte der rechtsextremen Ideologien dahinter aufgezeigt werden.

### 2.1 Jugend und Rechtsextremismus

Jugend ist ein zentrales Handlungsfeld der extremen Rechten. Dies hat zwei zentrale Gründe: Die Kindheit, mehr noch die Jugend, sind die Entwicklungsphasen, in denen Menschen wesentlich ihre politische Identität und ihr Wertesystem ausbilden. Die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten und die Auseinandersetzung mit komplexen Sachverhalten nehmen an Bedeutung zu; medial vermittelte Informationen, die Gruppe der Gleichaltrigen in der Schule und in der Berufsausbildung, aber auch erste Erfahrungen in der Arbeitswelt sowie Prägungen durch das Elternhaus (bzw. die Ablösung aus ihm) bilden den Kontext, in dem es zu einer zunehmenden Beschäftigung mit politischen Fragestellungen und Entwicklungen kommen kann. Dies gilt auch für Themen wie Klimawandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse (BMUV 2020).

Junge Menschen für gesellschaftliches, ehrenamtliches oder – im engeren Sinne – parteipolitisches Engagement zu gewinnen, darum bemühen sich viele Gruppen, Verbände und Organisationen, auch jene, die sich einem völkischen Nationalismus, autoritären Gesellschaftsmodellen und heteronormativen Geschlechterarrangements verpflichtet fühlen und diese zur gesellschaftlichen Norm machen wollen. In äußerst rechter Weltanschauung steht Jugend aber auch für die Kraft und den Willen eines Volkes, „im Ringen mit anderen Völkern“ zu bestehen. Aus der Jugend soll sich die zukünftige Führungselite rekrutieren; sie gilt als besonders aktionsbereit. Schließlich steht Jugend auch für die „biologische Kontinuität des Volkes“ (Bott 1969; Virchow 2006, S. 57–90).

In der Nachkriegsgeschichte hat die extreme Rechte ein breites Angebot entwickelt, um junge Menschen anzuziehen, sie ideologisch zu beeinflussen und ihnen eine politische Heimat zu bieten. Hierzu gehören beispielsweise kulturelle Angebote wie Musik und Tanz, Zeltlager und Wanderungen, aber auch politische Schulungen, Kampfsportwettbewerbe, virtuelle Erlebniswelten und Demonstrationen sowie die Mitwirkung in Jugendorganisationen, von denen einige auch an Parteien angeschlossen waren (Langebach 2016). Die bedeutendste politische Akteurin ist aktuell die AfD.

Spätestens seit der deutsch-deutschen Vereinigung ist die präventive und akademische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus von einem Fokus auf Jugendliche und junge Erwachsene geprägt. Dies ergibt sich phänomenologisch aus der Beobachtung, dass der Rechtsextremismus ab den 1970er Jahren zunehmend durch jugend- und subkulturelle Einflüsse, insbesondere der rechtsextremen Teile der Skinhead-Szene, dominiert wurde (Bundeszentrale für politische Bildung, o. D.-b). Gewalttätige Eskalationen gingen häufig vor allem von jungen Tätern (und seltener jungen Täterinnen) aus (Estrich, 2008; Scherr, 2001, S. 173). Die starke Jugendbezogenheit der Rechtsextremismusdebatte stellte lebensabschnittsbezogene Entwicklungsprozesse und jugendkulturelle Kontexte in den Vordergrund. Mitunter ging damit die Entpolitisierung des Rechtsextremismus und seiner ideologischen und gesellschaftlichen Ursprünge einher, insofern der Blick häufig auf Devianz und Gewalt sowie die individuellen und sozioökonomischen Umstände der jungen Rechtsextremen gerichtet wurde, während der Kontext ideologischer Legitimationen und Kontinuitäten sowie die Verantwortung der Erwachsenengesellschaft außen vor blieben (Scherr, 2001, S. 182). Zahlreiche Präventionsprogramme richteten sich vor allem auf die Jugendphase aus (Bruns, 2022). Die umstrittene Umsetzung von Konzepten wie der akzeptierenden Jugendarbeit mit jungen Neonazis durch dazu nicht ausreichend qualifizierte Sozialarbeiter\*innen hatte häufig eher problemverstärkende Folgen, die lokale Hegemonien rechtsextremer Strukturen teilweise normalisierten und stärkten, sodass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre immer mehr davon Abstand genommen wurde (Bock et al., 2023; Bruns, 2022). Ab der Jahrtausendwende setzten sich zunehmend neue Paradigmen bei der Begegnung des Rechtsextremismus durch, die vor allem auf die Stärkung von alternativen Angeboten und zivilgesellschaftlichen Gegenkräften, auf die Unterstützung von Betroffenen von rechter Gewalt sowie auf Prävention, Beratung und Ausstiegshilfen setzten. Seitdem hat sich dieses Handlungsfeld ausdifferenziert und stark professionalisiert (Nehmer et al., 2022). Angebote und Projekte richten sich nicht mehr nur an Jugendliche, was auch die Entwicklung berücksichtigt, dass die rechtsextreme Szene älter geworden ist. Außerdem haben in den vergangenen Jahren neue Erscheinungen mit eher älteren Trägergruppen an Bedeutung gewonnen, beispielsweise

die sogenannte Reichsbürger\*innenszene, die Protestbewegung „Pegida“ und die AfD (Schönberger/Schönberger 2023; Virchow 2016; Kleinert, 2018). Auch die vorrangig jugendbezogenen Aspekte des Rechtsextremismus haben sich seit den frühen 2000er Jahren verändert und zumindest äußerlich modernisiert. Mitte der 2000er Jahren kopierten die sogenannten Autonomen Nationalisten den Stil und das Auftreten der (post-)autonomen Linken, um so als moderner und kulturell anschlussfähiger zu erscheinen und sich besser vor sozialen und repressiven Gegenmaßnahmen zu schützen (Schedler/Häusler, 2011). Ab 2013 ist mit der sogenannten Identitären Bewegung (IB) eine aktionsorientierte Akteurin der sogenannten Neuen Rechten in Deutschland in Erscheinung getreten, die sich vor allem an junge Menschen richtet. Die IB inszeniert modern, jung, äußerlich adrett und gleichzeitig im Sinne des Mainstreams im Auftreten, das heißt betont ordentlich und unter Verzicht auf allzu martialisches Auftreten. Ihre Protestaktionen und Demonstrationen werden insbesondere für die Verwendung in klassischen und sozialen Medien penibel orchestriert – so wird beispielsweise darauf Wert gelegt, bei Demonstrationen junge Frauen zu zeigen, die vorherrschenden Schönheitsidealen entsprechen (Fiedler, 2018). Die IB verzichtet auf offensichtliche Bezüge zum Nationalsozialismus und sucht andere historische und popkulturelle Referenzen, beispielsweise in den christlichen Kreuzzügen, die vielen jüdischen und muslimischen Menschen das Leben kosteten, oder in der verherrlichten Kriegerkultur Spartas (Bundeszentrale für politische Bildung, o. D.-a; Rechercheplattform zur Identitären Bewegung, 2024). Real ist die IB wie auch andere rechtsextreme Jugendgruppen von hegemonialen Männlichkeitsvorstellungen geprägt, begünstigt die Entwicklung eines militanten Habitus und kooperiert mit der Neonaziszene, etwa bei Kampfsportevents der Szene (Südwestrundfunk, 2024).

Die Modernisierung von jugendbezogener Agitation professionalisierte insbesondere durch die IB und mit ihr verbundenen internationalen Strukturen die Nutzung sozialer Medien durch die äußerste Rechte erheblich. So haben sich soziale Netzwerke für den Rechtsextremismus zum wichtigsten Instrument und zum Raum für die Ansprache, Radikalisierung und Vernetzung (nicht nur) junger Menschen entwickelt (Rothut et al., 2024). Mit der zeitgleichen Etablierung der AfD im parlamentarischen Raum erweiterten sich Diskurs- und Resonanzräume ebenso wie finanzielle und karrierebezogene Möglichkeiten: Die Produktion äußerst rechter Medien insbesondere für digitale Räume ist auch zu einem Arbeitsmarkt geworden. Mit der Radikalisierung der AfD unter den Einflüssen der sogenannten Neuen Rechten verschmelzen diese Entwicklungen im digitalen und im politischen Raum zunehmend miteinander. Insbesondere der Jugendverband der AfD, die Junge Alternative (JA), übernimmt eine Brückenfunktion zwischen rechtsextremen Jugendlichen und der parlamentarischen Ebene. Dabei hat die als besonders extrem geltende JA einen radikalierenden Einfluss auf die Gesamtpartei und unterstützt deren Normalisierung durch lebensweltliche und erlebnisorientierte Angebote für junge Menschen online und offline (Heinze, 2024).

Mit den Landtagswahlen 2023 in Bayern und in Hessen drückte sich erstmals wieder in Wahlergebnissen ein Rechtstrend unter jungen Menschen in Deutschland aus: Erstwähler\*innen wählten im Durchschnitt etwa genauso häufig rechts außen wie der Bevölkerungsdurchschnitt der Länder. Bei den Landtagswahlen in Bayern am 8. Oktober 2023 erhielt die AfD 14,6 % der Zweitstimmen und konnte damit das Ergebnis der Wahl von 2018 (10,2 %) deutlich steigern. Während 7 % der Wähler\*innen aus der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen im Jahr 2018 für die AfD votiert hatten, waren es 2023 mit 16 % mehr als doppelt so viele. In dieser Alterskohorte war der Stimmenzuwachs der AfD am höchsten (infratest dimap, 2023c). Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Hessen, bei der die AfD 18,4 % der Zweitstimmen gewinnen konnte, lag der AfD-Stimmenanteil der 18- bis 24-Jährigen bei 18 % (infratest dimap, 2023d). Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 war noch konstatiert worden: „Die AfD spielt unter jungen Wähler\_innen keine große Rolle. Hier lohnt sich jedoch ein differenzierter Blick: So stieg die Zustimmung für die AfD unter jungen Menschen im Vergleich zu 2017 leicht an. Zudem sind vor allem junge Männer in Ostdeutschland für den Stimmenanteil der AfD unter jungen Menschen verantwortlich“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2022, S. 25).

Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen im September 2024 bestätigte sich diese Entwicklung – auch hier schnitt die AfD bei Jungwählenden mit 30 oder mehr Prozent den Nachwahlbefragungen folgend sehr gut ab (infratest dimap, 2024a; infratest dimap, 2024b, infratest dimap, 2024c). In den Wahlkämpfen adressierte die AfD junge Menschen stark; insbesondere der Thüringer Rechtsextremist Björn Höcke präsentierte sich mit Plakaten wie „JA zur Jugend“ sowie mit der bei ostdeutschen Jugendlichen nach wie vor beliebten „Simme“ – dem Simson-Moped aus der DDR (Pilz, 2024). In der politischen und öffentlichen Debatte wurde in diesem Zusammenhang vor allem die erfolgreiche Nutzung der Videoplattform TikTok durch die Rechtsaußenpartei als Ursache und Problem diskutiert. Außerdem wurden die Krisenbelastungen junger Menschen sowie unsichere Zukunftsperspektiven als Ursachen besprochen (tagesschau.de, 2024a).

In der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2022 zeigen sich in der Altersgruppe der 16- bis 30-Jährigen hinsichtlich manifest rechtsextremer Einstellungen für Jugendliche in westdeutschen Bundesländern deutlich höhere Zustimmungen zu neonationalsozialistischer Ideologie (bis zu 3,4 %), während die Zustimmung bei ethnozentrischen Einstellungen bei ostdeutschen Jugendlichen mit bis zu 22,1 % etwa doppelt so hoch ist wie bei den westdeutschen Befragten dieser Alterskohorte (Decker et al. 2022, S. 57). In der „Mitte-Studie“ des Jahres 2023 finden sich für die Alterskohorte der 18- bis 34-Jährigen 12,3 % mit einem manifest rechtsextremen Weltbild; 14,1 % stimmen Aussagen zu, die Nationalchauvinismus messen, 10,7 % Sozialdarwinismus (Zick et al. 2023, S. 76). Mit Ausnahme der Zustimmung zu

Items zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalchauvinismus liegt die Zustimmung in dieser Alterskohorte – zum Teil deutlich – über der Zustimmung bei den Gruppen der 35- bis 64-Jährigen bzw. den über 65-Jährigen.

Hafeneger und Kolleg\*innen (2021) kommen in ihrer Forschung zur Jugendpolitik der AfD zum Ergebnis, dass „Jugendpolitik insgesamt von der AfD (noch) nicht elaboriert thematisiert wird oder im Zentrum des Interesses steht“ (S. 154); dieses Feld sei insbesondere dann bedeutsam, „wenn sich dort politische Gegner\*innen und abgelehnte Positionen ausmachen lassen“ (ebd.). Konstatiert wird schließlich auch eine „Ferne gegenüber Jugend“ und den gelebten Jugendkulturen (ebd.). Dieser Befund muss jedoch insofern relativiert werden, als die AfD die ganze Bandbreite politischer Themen in medialen Öffentlichkeiten kommuniziert, die insbesondere von jüngeren Menschen genutzt werden. Durch eine intensive Nutzung von TikTok erzielt die AfD dabei weit überdurchschnittliche Reichweiten (Serrano et al. 2019; Rochnia et al. 2021). Bei der Bundestagswahl 2021 waren bei jungen AfD-Wähler\*innen Social Media gegenüber Fernsehen, Radio und persönlichen Gespräche allerdings noch vergleichsweise unwichtige Informationsquellen (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2022, S. 35).

Bezogen auf die in dieser Studie relevanten Bundesländer ergibt sich folgendes Bild: In Sachsen-Anhalt erreichte die AfD 20,8 % der Zweitstimmen bei den Landtagswahlen am 6. Juni 2021; gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl war dies ein Verlust von 3,5 %. In den Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen bzw. der 25- bis 34-Jährigen betrug der Anteil der AfD 18 % bzw. 28 % (infratest dimap, 2021). In Befragungen zur Wahlabsicht hat sich der Zustimmungswert für die AfD seit Spätsommer 2023 deutlich erhöht. Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 hat verdeutlicht, dass insbesondere in der Alterskohorte zwischen 18 und 29 Jahren die Tendenz zur Ablehnung der Demokratie als Staatsidee hoch ist (14 % gegenüber beispielsweise 3 % bei den 50- bis 65-jährigen Befragten). Zugleich sind die Altersgruppen ab 30 Jahren deutlich unzufriedener mit der Art, wie Demokratie in Deutschland funktioniert (Arenz et al. 2023, S. 76 ff.). „Sehr bzw. ziemlich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande zeigen sich [...] deutlich mehr Befragte auf der rechten als auf der linken Seite des politischen Spektrums“ (ebd., S. 80). Die Alterskohorte zwischen 18 und 29 Jahren zeigt deutlich unterdurchschnittliche Zustimmungswerte zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (ebd., S. 141); der AfD billigen die Befragten die zweithöchste gebündelte Lösungskompetenz zu, bezogen auf das Themengebiet Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung die höchste Lösungskompetenz (ebd., S. 115). Der Klimawandel wird von den Befragten als nachrangiges Problem für Sachsen-Anhalt und die Bundesrepublik Deutschland betrachtet (ebd., S. 99 f. sowie S. 107 und S. 111).

In Nordrhein-Westfalen (NRW) erreichte die AfD bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022 insgesamt 5,4 % der Zweitstimmen und verlor damit 1,9 % gegenüber der Landtagswahl im Jahr 2017. In den Altersgruppen 18 bis 24 Jahre bzw. 25 bis 34 Jahre betrug der AfD-Stimmenanteil 4 % bzw. 5 % (infratest dimap, 2022). Bei den Landtagswahlen in Hessen am 8. Oktober 2023 erreichte die AfD ein Ergebnis von 18,4 %; dieses Ergebnis lag 5,3 % über dem im Jahr 2018 durch die Partei erzielten Ergebnis. Dabei lag der AfD-Anteil in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen Wähler\*innen bei 18 %; der Zuwachs an Stimmen in dieser Altersgruppe lag erheblich über dem allgemeinen Zuwachs.

Anders als in den 1990er Jahren grenzen sich viele junge AfD-Unterstützer\*innen nicht durch äußerliches oder subkulturelles Auftreten von den älteren Generationen ab, sondern kopieren in einem nachholenden Konformismus äußerst rechte Positionierungen in der Elterngeneration und ordnen sich in ihren Selbstbeschreibungen eher der politischen Mitte zu. Sie übernehmen und reproduzieren damit die Normalisierung der äußersten Rechten in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte. Zeitgleich treten subkulturell und neonazistisch geprägte junge Menschen wieder verstärkt in Erscheinung, die teilweise die martialischen Outfits von Skinheads und Neonazikameradschaften aufweisen. Bei rechtsextremen Aufmärschen, beispielsweise gegen queere CSD-Versammlungen, treten die neuen Neonazis und die äußerlichen „Normies“ in einer Aura demonstrativen Bedrohungsgebahrens Seite an Seite in Erscheinung (vgl. Von der Weiden, 2024). Opferberatungsstellen und Behörden berichten seit Jahren von einer stetigen Zunahme rechts motivierter Gewalttaten. Im Alltag, so berichten beispielsweise Jugendliche aus Halberstadt in Sachsen-Anhalt, müsse man sich tarnen, um nicht in öffentlichen Räumen von Rechtsextremen als Linker erkannt und angegriffen zu werden (vgl. Gantenbrink, 2024). Übergriffe und Bedrohungen gegen nichtrechte Jugendliche haben online sowie insbesondere in strukturschwachen Regionen (wieder) zu einer Gefahr für Pluralismus, demokratische Kultur und die psychische und physische Unversehrtheit insbesondere von jungen Menschen entwickelt.

## 2.2 Klima und Rechtsextremismus

Das Verhältnis zwischen Umwelt- und Klimafragen sowie Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ist reich an Facetten und teilweise auch an Widersprüchen (vgl. Forchtner, 2019). Die Gleichzeitigkeit des Erstarkens der äußersten Rechten in vielen Gesellschaften des globalen Nordens und der zunehmenden Dringlichkeit der Klimakrise haben in den vergangenen Jahren zu einer immer stärkeren Verstrickung beider Felder geführt.

Neu ist die Verbindung beider Themenfelder zunächst nicht: Historisch hat der Schutz der Umwelt vor den Veränderungen und Verwerfungen der industriellen Moderne schon um die Wende ins 20. Jahrhundert völkisch-nationalistische Zusammenschlüsse wie den „Deutschen Bund Heimatschutz“ beschäftigt, unter anderen um Ernst Rudorff und Paul Schultze-Naumburg. Auch esoterisch-anthroposophische Kreise thematisierten das Verhältnis zwischen Mensch

und Natur bereits im frühen 20. Jahrhundert auf antimoderne, antisemitische, rassistische und sozialdarwinistische Weise. Die Verbindung rassistischer, antisemitischer und antimoderner Ideologien und Stimmungen wurde mit dem Nationalsozialismus ideologisch radikalisiert in die Blut-und-Boden-Ideologie eingebunden. Umwelt- und Heimatschutz wurden mit rassistischen und imperialistischen Zielen verbunden, indem behauptet wurde, dass das deutsche Volk einen natürlichen Anspruch auf bestimmte Territorien, die Bewahrung der „natürlichen“ Umwelt und Überlegenheit habe. Diese Verknüpfung von Umweltschutz und rassistischer Ideologie bildet das Fundament für heutige ökofaschistische Strömungen, die Umwelthanliegen für rassistische und nationalistische Zwecke instrumentalisieren.

Obwohl seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erste Befunde über die Zusammenhänge zwischen der Verbrennung fossiler Energieträger und der Erhitzung der Atmosphäre vorlagen, war das Weltklima lange kein öffentlich relevantes Thema. Beim Umweltschutz standen lokale und nationale Fragen von Flora und Fauna, Wald und Landschaft im Vordergrund, die von Rechtsextremen rassentheoretisch aufgeladen wurden. Als angeblich natürliche Prinzipien wurden Rassenlehre und darwinistische Prinzipien auf das Zusammenleben der Menschen übertragen. Das Ziel dieser Pseudowissenschaften war vor allem die Rechtfertigung der Ideologien „rassistischer“ Überlegenheit und das Ausschließen vermeintlich minderwertiger Menschengruppen durch die Behauptung natürlicher Überlegenheit. Im sogenannten Ökofaschismus werden ökologische Argumente autoritär und ethnozentristisch eingebettet. In dieser ideengeschichtlichen Tradition gab es auch in der Umweltbewegung sowie im Neonazismus immer wieder Verstrickungen zwischen „grünen“ und „braunen“ Einflüssen. Im Jahr 1982 identifizierte die SINUS-Studie „Öko-Rechtsextremismus“ als eigenständiges Phänomen, dem sie ein Gesamtpotential von 2 % (zusätzlich zu 13 % Rechtsextremen) zuordnete (vgl. Flaig & Uelzhöffer, 1981, S. 9).

In kritischer Auseinandersetzung mit nationalistischen und rassistischen Ökoargumenten hat der Mainstream der ökologischen Bewegung in den vergangenen Jahrzehnten rechtsextreme Ideologien weitgehend ausgeschlossen. Gleichwohl finden sich nach wie vor antisemitisch-anthroposophische Einflüsse auch in der ökologischen Landwirtschaft. Neonazistische Parteien wie Die Heimat (früher NPD), Der III. Weg sowie das Milieu der „völkischen Siedler\*innen“ und andere schließen an die ökofaschistischen Traditionslinien an (vgl. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, 2023). Der ideologische Kern dieser Strömung ist die antisemitisch und völkisch-rassistisch fundierte Ablehnung der liberalen Moderne als vermeintliche Ursache für Schwäche und Niedergang des deutschen Volkes. Dem modernen, kosmopolitischen und angeblich wurzellosen Stadtleben wird das idealisierte bodenständige, naturnahe und familienbezogene Zusammenleben auf dem Land entgegengestellt. Umwelt- und Tierschutzanliegen werden aufgegriffen, jedoch mit nationalistischen und exklusiven Ideologien vermischt, in denen Zuwanderung und Multikulturalismus eine Bedrohung für die „natürliche Ordnung“ darstellen.

Trotz betonter Naturnähe und nationalstaatlich gedachtem Umweltschutz spielen die Veränderungen des globalen Weltklimas für diese Strömungen der äußersten Rechten kaum eine Rolle, werden allgemeiner Industrialisierungskritik untergeordnet oder gar geleugnet. Daran offenbart sich die Unterscheidung zwischen einerseits dem nationalen Umweltschutz zum Nutzen des Volkes und andererseits dem Schutz des globalen Klimas, dessen Erhitzung vor allem Menschen in besonders vulnerablen Weltregionen insbesondere im Globalen Süden schadet (vgl. Quent et al., 2022).

Wird der Klimawandel in der äußersten Rechten überhaupt anerkannt und thematisiert, dann wird dieser häufig mit vermeintlicher „Überbevölkerung“ im Globalen Süden und mit Migration in den globalen Norden in Verbindung gebracht, das heißt, die Verantwortung wird rassistisch aufgeladen, anstatt den überproportionalen Emissionen im globalen Norden Aufmerksamkeit zu schenken. Auch rechtsterroristische Attentäter wurden in den vergangenen Jahren von ökofaschistischen Ideologemen motiviert – so der Attentäter, der 2019 im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen aus rassistischen Motiven ermordete. Dem Ökofaschismus folgend müsse die Bevölkerungszahl der Welt radikal reduziert werden, wobei sich dies vor allem auf nichtweiße, afrikanische und muslimische Bevölkerungen bezieht.

### Begriffliches: Rechtsextremismus und äußerste Rechte



Der Begriff Rechtsextremismus wird – wie ähnliche Begrifflichkeiten – sowohl in wissenschaftlichen als auch in öffentlichen Diskussionen uneinheitlich genutzt; es existiert eine Vielzahl von Definitionen, Konzepten und sich teils überschneidenden Deutungsbereichen, beispielsweise zu den Begriffen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. In dieser Studie wird Rechtsextremismus als Sammelkategorie für zahlreiche Phänomene auf den Ebenen von Einstellungen, Verhaltensweisen sowie von Ideologien, Narrativen und Organisationen der antiliberalen, populistischen, radikalen und extremen Rechten verwendet, die mit den demokratischen Prinzipien der Menschenwürde und/oder des Pluralismus und des Minderheitenschutzes konfliktieren. Innerhalb dieses Spektrums variiert die Intensität der Demokratiegefährdung; gemeinsamer Nenner sind Ungleichwertigkeitsideologien. Diesen Mindestkriterien folgend, fassen wir in Anschluss an die internationale politikwissenschaftliche Debatte mit den Begriffen „rechts außen“ bzw. „äußerste Rechte“ radikale, populistische und extremistische Akteur\*innen der Rechten zusammen (vgl. Bjørgo & Ravndal, 2019).

## *Klimawandelleugnung im Dienst der äußersten Rechten*

Externalisierungen der Verantwortung für den Klimawandel und dessen Bekämpfung insbesondere zu Lasten des Globalen Südens finden sich auch im populistisch auftretenden Rechtsextremismus, dessen Mainstream davon geprägt ist, die Existenz, den menschengemachten Beitrag oder die (nationale) Verantwortung für Klimawandel und sozial-ökologische Transformation zu leugnen oder zu relativieren. So ist die AfD in Deutschland die einzige Bundestagspartei, die in ihrem Wahlprogramm und in zahlreichen Äußerungen von Politiker\*innen den Klimawandel grundsätzlich infrage stellt (vgl. Küppers, 2022). Bereits 2019 rief der damalige AfD-Bundessprecher Alexander Gauland die Klimafrage als nächstes großes Krisenthema für die Partei aus – nach Euro- und Migrationskrise (vgl. Zeit Online, 2019). Die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg stellt die Agenda „Umweltschutz ist Heimatschutz“ (vgl. Der III. Weg, 2019b) in den Vordergrund und fordert eine „ökologische Revolution“ mit der völkisch-nationalistischen Verbindung von Umwelt und der „biologischen Substanz des Volkes“. Gleichzeitig verbreitet die Neonazipartei Argumente der Klimawandelleugnung („Lügentrommel und verbreitet das Märchen vom großen Klimakollaps und Weltuntergang“ (Der III. Weg, 2024)) und betont, niemals dürfe die „Kraft unserer Volkswirtschaft und Landwirtschaft durch klimaideologische Experimente gelähmt werden und uns im Wettbewerb mit den übrigen Nationen nach hinten werfen“ (Der III. Weg, 2024). Dies steht beispielhaft für rechtsextreme Agitationen, die nationalen Umweltschutz mit völkischer Begründung verbinden und zugleich die industrielle Verantwortung für die Erderhitzung leugnen. Nationaler Umweltschutz wird globalem Klimaschutz antagonistisch gegenübergestellt.

Die Einstellungsforschung der „Mitte-Studie“ 2023 zeigt, dass klimapolitisch regressiv orientierte Personen auch der Demokratie gegenüber feindlicher eingestellt sind: „Dies zeigt sich empirisch in der ganzen Bandbreite demokratiegefährdender bis hin zu rechtsextremen Einstellungen und der Billigung politischer Gewalt“ (Reusswig & Küpper 2023, S. 308).

Obwohl die Bagatellisierung oder Leugnung des anthropogenen Klimawandels keine originär rechtsextreme Ideologie ist, verbinden sich gerade unter populistischen, verschwörungsideologischen und rechtslibertären Einflüssen nationalistische und partikularistische Ideologien mit der rigiden Ablehnung globaler Verantwortungsübernahme und als „grün“ geltender Politikangebote und Milieus. Empirisch stehen sich in Deutschland die Milieus zwischen der AfD und dem Bündnis 90/Die Grünen normativ und emotional polarisiert gegenüber (Teichler et al., 2023). Nicht zuletzt durch die Verbreitung von Falschinformationen und die systematische Infragestellung wissenschaftlicher Erkenntnisse versuchen Teile der äußersten Rechten, die Notwendigkeit des ökologischen Wandels zu leugnen oder herunterzuspielen. Diese Haltung wird häufig mit dem Schutz der nationalen Wirtschaft, persönlicher Freiheiten und der Bewahrung traditioneller Lebensweisen begründet. Diese Ansätze sind in die breitere antiwissenschaftliche und populistische Rhetorik eingebettet, die Misstrauen gegenüber Expert\*innen und Institutionen sät. Dabei bedient sich die populistische äußerste Rechte häufig Argumenten, die nicht originär rechts(-extrem) sind, sondern die von Lobbyorganisationen der Fossilindustrie (beispielsweise für Verbrennungsmotoren), von Naturschutzinitiativen (beispielsweise gegen Windkraftanlagen) stammen oder auch von anderen demokratischen Parteien vertreten werden (beispielsweise für Atomenergie). Durch diese Verzahnungen dient die Klimafrage als Brückenthema für die Entgrenzung des Rechtsextremismus in neue politische Spannungslinien, über die neue Zielgruppen erreicht werden können. Extreme Verschwörungserzählungen, in denen die ökologische Transformation beispielsweise unter dem Stichwort „The Great Reset“ als gefährliches Vorhaben globaler Eliten gegen die nativen Bevölkerungen dargestellt wird, können an Verschwörungsideologien anschließen und radikalisieren Sorgen und Bedenken.

### **Begriffliches: Verschwörungsideologie**



Als „Verschwörungsideologie“ gelten Vorstellungen, denen zufolge ein bestimmtes Ereignis, ein bestimmter Zustand oder eine bestimmte politische Entscheidung das Werk einer geheimen, mächtigen und „böse“ Absichten verfolgenden Gruppe von Menschen ist. Verschwörungsideologische Menschen sehen sich selbst als Teil einer kleinen Anzahl von Personen, die die jeweilige „Verschwörung“ durchschaut haben. Diese Sichtweise stellt eine geschlossene Weltdeutung dar, die anderslautenden Fakten und Gegenargumenten nicht mehr zugänglich ist (vgl. Hausmanninger 2013).

# 3. Wind, Kohle, Wald – Ökologische Transformation vor Ort

Sozialökologische Transformationsprozesse, die im Zuge des Klimawandels entstehen, zeigen sich konkret in lokalen Kontexten und werden vor Ort diskutiert. Oft gehen sie mit gesellschaftspolitischen Konflikten einher, die auch von äußerst rechten Akteur\*innen aufgegriffen werden. Um genauer zu verstehen, wie sozialökologische Transformationsprozesse von jungen Menschen vor Ort wahrgenommen werden und wie äußerst rechte Akteur\*innen sich in diesem Kontext strategisch positionieren, lag der Fokus im RIOET-Projekt auf vier konkreten Regionen in Ost- und Westdeutschland, in denen diese Entwicklung zu beobachten ist.

Tabelle 7: Forschungsregionen und Transformationsprozesse

Region	Transformationsprozess
1. Harz (Sachsen-Anhalt)	Waldsterben
2. Zeitz-Weißenfelser Kohlerevier (Sachsen-Anhalt)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
3. Rheinisches Kohlerevier / Garzweiler II (NRW)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
4. Reinhardswald (Hessen)	geplanter Bau von Windkraftanlagen

Neben der Analyse der oben genannten qualitativen und quantitativen Interviewdaten, deren grundlegende Ergebnisse integriert weiter unten präsentiert werden (vgl. Kapitel 4), wurde im Zuge des RIOET-Projekts eine problemzentrierte Lokalforschung in den vier Forschungsregionen getätigt.<sup>6</sup> Das Ziel dieser Forschung bestand zum einen darin, ein grundlegendes Verständnis der fokussierten vier Transformationsregionen und der mit den entsprechenden Transformationsprozessen einhergehenden Konflikte zu generieren. Zum anderen sollte ergründet werden, welche strategischen Positionierungen entsprechende Akteur\*innen auf der Handlungs- oder Kommunikationsebene zu den jeweiligen regionalen Transformationsprozessen und Transformationskonflikten eingenommen haben. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse dieser Situationsanalyse zu den vier Forschungsregionen präsentiert. Hierzu wird mit Blick auf die vier Forschungsregionen zunächst kurz auf ausgewählte sozioökonomische und strukturelle Parameter dieser Regionen eingegangen. Daraufhin werden die für diese Regionen relevanten sozialökologischen Transformationsprozesse und Aspekte der damit einhergehenden Transformationskonflikte beschrieben. Im Anschluss daran werden die entsprechenden Positionierungen äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur\*innen dargestellt. Nachdem ein Vergleich zwischen den beiden Forschungsregionen „Wald“ sowie den beiden Forschungsregionen „Kohleausstieg“ gezogen wurde, werden die Ergebnisse der Situationsanalysen zusammengefasst.

## 3.1 Lokale sozialökologische Transformationsprozesse: Forschungsregionen

In den folgenden Kapiteln werden die im Projekt untersuchten Transformationsprozesse näher beschrieben. Dabei wird zunächst auf die sozioökonomischen und die strukturellen Parameter der Transformationsregionen eingegangen. Anschließend werden die jeweiligen relevanten sozialökologischen Transformationsprozesse und Aspekte der damit einhergehenden Transformationskonflikte beleuchtet.

<sup>6</sup> Die Situationsanalysen aufgeteilt nach den ost- und den westdeutschen Forschungsregionen finden sich unter den folgenden Links: [https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/05/Hascher-Kastberg-Quent-2024-%E2%80%93-RIOET\\_Situationsanalyse-Sachsen-Anhalt.pdf](https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/05/Hascher-Kastberg-Quent-2024-%E2%80%93-RIOET_Situationsanalyse-Sachsen-Anhalt.pdf) (Situationsanalyse Sachsen-Anhalt) und [https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/05/Kerst-Osterberger-Virchow-2024-%E2%80%93-RIOET\\_Situationsanalyse-Hessen-und-NRW.pdf](https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/05/Kerst-Osterberger-Virchow-2024-%E2%80%93-RIOET_Situationsanalyse-Hessen-und-NRW.pdf) (Situationsanalyse Hessen und NRW).

### 3.1.1 Transformationsprozess 1: Waldsterben im Harz

#### *Die Transformationsregion Harz*

Der Landkreis Harz befindet sich im Westen Sachsen-Anhalts an der Grenze zu Niedersachsen. Zu ihm gehören unter anderem die Städte Quedlinburg, Wernigerode, Thale und Halberstadt. Der Landkreis umfasst 2105 km<sup>2</sup> und wird von 209 117 Einwohner\*innen (Stand 31.12.2021) bewohnt (citypopulation.de, 2024). Die Arbeitslosenquote des Landkreises betrug 5,8 % im Februar 2024 (Bundesagentur für Arbeit, 2024a), womit sie um 0,5 Punkte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 6,3 % im gleichen Monat lag (Bundesagentur für Arbeit, 2024b). Genau wie der Burgenlandkreis wird der Landkreis Harz im „Sozioökonomischen Disparitätsbericht 2023“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu den „strukturschwachen Regionen mit Aufholerfolgen“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023) gezählt. Wirtschaftlich ist der Landkreis unter anderem vom Tourismus, der Land- und Forstwirtschaft sowie vom Handwerk geprägt (Landkreis Harz, 2024a). Seit den letzten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt wird der Landkreis Harz von Thomas Balcerowski von der CDU vertreten (Landkreis Harz, 2024b). In diesem Landkreis befindet sich auch der Nationalpark Harz, der sich über die beiden Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt erstreckt und ca. 25 000 Hektar umfasst, wobei 97 % seiner Fläche mit Wald bedeckt sind. Er gilt als bedeutendes Biotop für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten (Nationalparkverwaltung Harz, 2024). An seinen Nord- und Südrändern befinden sich ausgedehnte Buchenwälder, während sich seine Höhenlagen vor allem durch Moore, Fichtenwälder und Felsen auszeichnen (Oberharz, 2024). Die Moore zählen dabei zu den besterhaltenen in Deutschland. Auch viele seltene Tierarten wie Auerhähne, Wildkatzen, Luchse und Rothirsche treten im Nationalpark Harz in freier Wildbahn auf. Daher wird der Nationalpark Harz jährlich von vielen Tourist\*innen besucht (ebd.).

#### *Der Transformationsprozess im Harz*

Seit einigen Jahren ist der Harzer Wald durch ein massives Waldsterben bedroht: Vier von fünf Bäumen des Nationalparks sind vollständig abgestorben oder stark beschädigt (Pomer, 2023). Der Grund dafür ist vor allem der Borkenkäfer, welcher sich in den Fichtenmonokulturen schnell ausbreitet und die Bäume befällt. Hinzu kommen besonders trockene Sommer wie 2018 und 2022, immer häufiger auftretende Stürme wie „Kyrill“ im Jahr 2007 und vereinzelte Waldbrände (NABU – Naturschutzbund Deutschland e. V., 2014). Die wärmeren Temperaturen der letzten Jahre sorgen dafür, dass sich Borkenkäfer stärker vermehren und die durch Hitze und Dürre gestressten Bäume noch intensiver befallen können (ebd.). Die Fichtenmonokulturen zeigen sich dabei als wenig klimaresilient und besonders anfällig (Bothe, 2023). Dies liegt daran, dass diese nicht natürlich in den klimatischen Bedingungen des Harzes vorkommen, sondern künstlich durch menschliches Einwirken geschaffen wurden. Die mittlerweile abgestorbenen Wälder sollen daher im Rahmen der Waldentwicklung nicht wieder mit Fichten aufgeforstet werden, sondern zukünftig mit biodiversen Laub- und Nadelbäumen wie Buchen und etablierten Samenbäumen (Nationalpark Harz, 2020).

#### *Aspekte des Transformationskonflikts Waldsterben im Harz*

Die Problematik des Waldsterbens im Harz wird von Konflikten begleitet. Beispielhaft dafür entwickelte sich um den Umgang mit Totholz innerhalb des Waldes ein Rechtsstreit zwischen der Leitung des Nationalparks Harz und dem Naturschutzbund Sachsen-Anhalt (NABU) auf der einen Seite und Sachsen-Anhalts Forstminister Sven Schulze (CDU) auf der anderen Seite (Harzer Kurier, 2022). Dabei sprachen sich die Nationalparkleitung und der NABU gegen die Entnahme von Totholz aus, um die Biodiversität innerhalb des Waldes zu erhalten, während der Forstminister für die Totholzräumung aufgrund von erhöhter Brandgefahr plädierte. Der Rechtsstreit konnte im September 2022 durch die Wernigeröder Erklärung zur Waldbrandprävention im Nationalpark Harz beigelegt werden, in der vereinbart wurde, dass zum Schutz von Orten abgestorbene Bäume beseitigt werden können und Brandschneisen für Feuerwehrfahrzeuge geschaffen werden (ebd.). Auch die Frage, ob die Kalamitätsflächen des Waldes als Standorte für Windkraftanlagen auszuweisen sind, sorgt in der Harzregion für Konflikte zwischen Naturschützer\*innen und Sachsen-Anhalts Forstminister Sven Schultze (Koch, 2024).

### 3.1.2 Transformationsprozess 2: Kohleausstieg in der Region Zeitz-Weißenfels

#### *Die Transformationsregion Zeitz-Weißenfels*

Die Mittelstadt Zeitz liegt im Mitteldeutschen Revier, das sich über den südlichen Teil Sachsen-Anhalts und den nördlichen Teil Sachsens unter Einbezug der Städte Dessau-Roßlau, Halle und Leipzig erstreckt. Wirtschaftlich ist die Region industriell geprägt, vor allem vom Kohlebergbau, der Chemie- und Kunststoffindustrie sowie der Lebensmittelindustrie (Burgenlandkreis, 2024). Im Jahr 2021 waren insgesamt 2052 Personen zumindest indirekt im Braunkohlesek-

tor des Mitteldeutschen Reviers beschäftigt (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2023). Die Arbeitslosenquote von Zeitz lag am 3. Januar 2023 bei 8,1 % (Bundesagentur für Arbeit, 2023a) bei einem Gesamtdurchschnitt in Sachsen-Anhalt von 7,5 % im Juli 2023 (Bundesagentur für Arbeit, 2023b) und einem bundesdeutschen Durchschnitt von 5,7 % im Oktober 2023 (Bundesagentur für Arbeit, 2023c). Laut des „Sozioökonomischen Disparitätsbericht 2023“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wird der Landkreis Burgenlandkreis, dem Zeitz angehört, als „strukturschwache Region mit Aufholerfolgen“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023) klassifiziert, dessen Wohlstandsniveau eher unterdurchschnittlich im Vergleich zu Gesamtdeutschland geprägt ist (ebd.). Bezüglich Resilienz und Zukunftsfähigkeit wird der Burgenlandkreis von dieser Studie den „Räumen mit besonderen strukturellen Herausforderungen“ zugerechnet, bei denen Indikatoren wie wirtschaftliche Konzentration, Gründungsintensität oder die Anzahl der jungen Beschäftigten, ausländischen Hochqualifizierten und Beschäftigten in Wissensberufen unter dem Durchschnitt aller bundesdeutschen Landkreise liegen (ebd.). Seit der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 wird der Landkreis Zeitz von dem AfD-Politiker Lothar Waehler im Landtag vertreten (Landesportal Sachsen-Anhalt, 2021).

### *Der Transformationsprozess in Zeitz-Weißenfels*

In Zeitz hat die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG), die größte regionale Bergbaugesellschaft des Mitteldeutschen Reviers, ihren Sitz. Sie stellt einen zentralen Arbeitgeber für die Zeitzer Bevölkerung dar. Derzeit beschäftigt das Unternehmen insgesamt über 1800 Mitarbeitende (MIBRAG, 2024). Das „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Kohleausstiegsgesetz), das am 3. Juli 2020 im Deutschen Bundestag als Reaktion auf die Bedrohung des globalen Klimawandels angenommen wurde (Hausding, 2020), sorgt daher in der Braunkohleregion Zeitz für konfliktreiche Diskussionen. Sorgen um Arbeitsplatzverluste und ein damit verbundener befürchteter Rückgang der Bevölkerungszahlen durch Abwanderung beschäftigen politische Akteur\*innen und die Bevölkerung. Auch zahlreiche Maßnahmenpakete, die die Region struktur- und sozialpolitisch sowie energiewirtschaftlich während des Kohleausstiegs unterstützen sollen und im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes des Bundes finanziert werden (Landesportal Sachsen-Anhalt, 2024), können strukturelle Abstiegsängste in der Region nicht vollständig ausräumen. Der Grund dafür sind negative Transformationserfahrungen, die die Menschen in der Region infolge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten machen mussten (Schiffers, 2009, 107).

### *Aspekte des Transformationskonflikts in Zeitz-Weißenfels*

Zeitz steht seit der Wiedervereinigung stellvertretend für eine sozioökonomisch abdriftende Region: Die Einwohner\*innenzahl sank von über 43 000 Einwohner\*innen im Jahr 1988 (Kiesant, 2019) auf 27 601 Einwohner\*innen im Jahr 2019 (Burgenlandkreis, 2019). Vor allem junge Menschen verlassen die Stadt, um in strukturstärkeren Gegenden zu arbeiten oder zu studieren, da ca. 20 000 Arbeitsplätze nach 1990 verloren gingen (Engelhardt, 2019). Ausgelöst wurde diese Entwicklung dadurch, dass viele ehemalige volkseigene Betriebe (VEB) wie die ZEKIWA (Zeitzer Kinderwagenindustrie) im Zuge der wirtschaftlichen Transformation von Plan- zu Marktwirtschaft von der Treuhandanstalt erst kurzzeitig verwaltet und später in der Regel liquidiert wurden (Ulrich, 2021). Zeitz wandelte sich somit von einer einst florierenden Industriestadt der DDR zu einer Stadt, welche unter Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang und extremem Leerstand sowie einer verfallenden Innenstadt und allgemeiner Perspektivlosigkeit leidet (mdr.de 2019). Der kommende erneute Strukturwandel der Stadt aktiviert daher politische Akteur\*innen, welche die zentralen Themen Revitalisierung der Stadt, Braunkohleausstieg und Klimawandel unterschiedlich adressieren. Die Transformationsentwicklungen in Zeitz werden durch kulturelle Freiräume und die Entwicklung innovativer Projekte begleitet. Darunter sind unter anderem die städtische Initiative „Stadt der Zukunft Zeitz“, das „Stadtlabor Zeitz“, das Start-up-Unternehmen „WeCreate“, das „Café Mosaik“ und die Kultur- und Bildungsstätte „Kloster Posa e. V.“. Diese haben zum Ziel, die Bürger\*innen der Stadt in die Transformationsprozesse miteinzubeziehen und neue Ideen zu entwickeln, die Stadt während und nach dem Prozess des Braunkohleausstiegs attraktiv zu gestalten.

## **3.1.3 Transformationsprozess 3: Kohleausstieg im Rheinischen Revier**

### *Die Transformationsregion Rheinisches Revier*

Neben dem geplanten Windpark im Reinhardswald wurde im Zuge des RIOET-Projekts auch der vorgezogene Kohleausstieg im sogenannten Rheinischen Revier als sozialökologischer Transformationsprozess in den Blick genommen. Das Rheinische Revier liegt in der Niederrheinischen Bucht im Städtedreieck Aachen, Mönchengladbach und Bonn (Lanuv NRW, o. J.) und dient seit dem 19. Jahrhundert der industriellen Kohlegewinnung (DEBRIV, o. J.). Als größtes Braunkohlerevier Europas umfasst es die Tagebaue Inden I/II, Garzweiler I/II und Hambach und beherbergt auf 4.800 km<sup>2</sup> etwa 2,5 Millionen Menschen in 65 Städten und Gemeinden (Lanuv NRW, o. J.; Strukturwandel Rheinisches Revier). Im Jahr 2020 wurden 51,4 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, was 47,86 % der gesamten deutschen Braunkohleförderung entspricht (Wirtschaftsministerium NRW, o. J.b). Aufgrund ihrer Prägung durch die

Braunkohleförderung ist die Region auch von mehreren Problemlagen und Konflikten betroffen, worauf Goerke, Kamlage und Pauß (2023) in einer Studie zum „Strukturwandel des Rheinischen Reviers“ hinweisen: „Bergbauschäden, Umweltbelastungen und Eingriffe in die Natur- und Kulturlandschaft prägen die Region genauso wie der Kampf gegen Umsiedlungen von Dörfern. In den letzten Jahren war das Revier auch Schauplatz bundesweiter Proteste der Klimabewegung (zum Beispiel Hambacher Wald 2018 und Lützerath 2022/23)“ (ebd. S. 3). Damit einhergehend spielt das Thema der Arbeitsplatzsicherheit in der Braunkohleindustrie in der Region eine wichtige Rolle. Nach Zahlen der Statistik für Kohlewirtschaft (2024) waren im Jahr 2022 insgesamt 7676 Personen im Rheinland in der Braunkohleindustrie beschäftigt, wohingegen es im Jahr 2019 noch 9785 und im Jahr 2010 noch 11 606 Beschäftigte gewesen waren (Statistik der Kohlewirtschaft e. V., 2024). Im Laufe der Zeit hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der rheinischen Braunkohleindustrie deutlich verringert (ebd.; vgl. dazu auch Roth, Kropp & Sujata, 2020, S. 18–20), eine Entwicklung, die sich auch bundesweit zeigt (Statistik der Kohlewirtschaft e. V., 2024). Bezüglich der Frage nach einem möglichen Zusammenhang zwischen wegfallenden Stellen in der Braunkohleindustrie und der Arbeitslosenquote im Rheinischen Revier zeigen Berechnungen des MDR-Projekts „Hinter dem Abgrund – Leben in der Lausitz“, dass die Arbeitslosenquote im Rheinischen Revier im Oktober 2023 um 0,86 % höher lag als die bundesweite Quote (MDR, o.J.), die zu diesem Zeitpunkt 5,7 % betrug (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2023). Zudem hat sich gezeigt, dass diese Differenz seit 10 Jahren konstant bei einem guten Prozent liegt (MDR, o. J.). Allerdings habe seit den 2000er Jahren der Verlust von Braunkohlearbeitsplätze nur einen geringen Effekt auf die Arbeitslosenquote im Revier gehabt (ebd.).

### *Der Transformationsprozess im Rheinischen Revier*

Die Thematik (möglicher) Arbeitsplatzverluste in der Braunkohleindustrie und das Protestgeschehen im Rheinischen Revier stehen in Teilen auch in Zusammenhang mit dem bundesweiten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, insbesondere mit dem vorgezogenen Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier: Aus Gründen des Klimaschutzes kam es im Oktober 2022 zu einem Kompromiss zwischen dem Land NRW, das seit dem 28. Juni 2022 von einer schwarz-grünen Koalition regiert wird, der Bundesregierung und der RWE Power AG, der Betreibergesellschaft der drei Tagebaue im Rheinischen Revier. Der Kompromiss beinhaltete einen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2030 (Deutscher Bundestag, 2022; Wirtschaftsministerium NRW, o. J.a). Damit wurde der bereits für 2038 geplante bundesweite Kohleausstieg, der auf den Empfehlungen der sogenannten Kohlekommission<sup>7</sup> von 2019 basiert und 2020 beschlossen wurde, im Rheinischen Revier um acht Jahre auf das Jahr 2030 vorgezogen (Deutscher Bundestag, 2020, 2022; Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, 2019; Wirtschaftsministerium NRW, o. J.a). Von dieser Einigung war vor allem der Tagebau Garzweiler II betroffen, dessen Abbaufelder erheblich verkleinert werden sollten. Das führte dazu, dass entgegen den ursprünglichen Plänen der Großteil der Ortschaften in der Nähe des Tagebaus, die zu Erkelenz gehören, nicht umgesiedelt und für die Kohlegewinnung abgebaggert werden sollte (Wirtschaftsministerium NRW, o. J.a). In der Vergangenheit war dies bei vielen Ortschaften im Rheinischen Revier geschehen.<sup>8</sup> Ausgenommen von dieser Erhaltung von Ortschaften war allerdings die Ortschaft Lützerath, deren Abriss aus Sicht der Landesregierung NRW zur Braunkohlegewinnung und damit zur Wahrung der Energieversorgungssicherheit notwendig blieb (RND, 2023; Wirtschaftsministerium NRW, o. J.a, 2023).

### *Aspekte des Transformationskonflikts im Rheinischen Revier*

Dies führte zu einem umfangreichen Protestgeschehen um die sich schon seit 2006 in Umsiedlung befindende und seit 2020 von Klimaaktivist\*innen besetzte Ortschaft Lützerath (Pasvantis, 2020; RND, 2023). Zahlreiche Protestaktionen und mehrere Großdemonstrationen zogen großes, auch internationales, mediales Interesse auf sich (Deutschlandfunk, 2023; Küppers, 2022; RND, 2023). Dabei richteten sich die Proteste auch gegen die polizeiliche Räumung von Lützerath, die nach mehreren Tagen und trotz aller Widerstände am 11. Januar 2023 abgeschlossen war

---

<sup>7</sup> Im Juni 2018 wurde von der deutschen Bundesregierung die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, oft als „Kohlekommission“ bezeichnet, ins Leben gerufen. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, einen Plan für den schrittweisen Rückzug aus der Nutzung von Kohle zur Stromerzeugung zu entwerfen, der sowohl mit den nationalen Zielen zum Klimaschutz übereinstimmt als auch gleichzeitig den von diesem Wandel betroffenen Regionen und den in der Kohleindustrie Beschäftigten gerechte und zukunftsfähige Perspektiven bietet. Die 31-köpfige Kommission setzte sich aus Expert\*innen aus Wirtschaft, Industrie, Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Verwaltung sowie Vertreter\*innen der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen und drei parlamentarischen Mitgliedern ohne Stimmrecht zusammen. Nachdem sich die Kommission nahezu im Konsens auf einen Ausstieg aus der Kohleverstromung geeinigt hatte, wurden deren Empfehlungen Anfang 2019 der Bundesregierung vorgelegt (Agora Energiewende und Aurora Energy Research, 2019).

<sup>8</sup> Allein im Gebiet der heutigen Tagebaue Garzweiler I/II, das auch den ehemaligen Tagebau Frimmersdorf umfasst, wurden seit den 1960er Jahren vielzählige Ortschaften geräumt, umgesiedelt und abgebaggert (BUND NRW, o. J., 2022; Zweckverband Landfolge Garzweiler, 2022).

(Deutschlandfunk, 2023). Damit knüpften die Proteste um Lützerath an eine jahrzehntelange Kontinuität von Protesten und Klagen an, die sich gegen den Kohleabbau im Rheinischen Revier<sup>9</sup> und/oder damit einhergehenden Zwangsenteignungen und Umsiedlungen richteten. Ähnlich wie im oben beschriebenen Falle des Reinhardswaldes gingen diese von einer Bandbreite von Akteur\*innen aus, darunter Bündnissen aus der Anti-Kohle- und Klimabewegung, Umweltverbänden, Kirchengemeinden, Bürger\*inneninitiativen, Anwohnenden sowie teilweise Lokalpolitiker\*innen und betroffenen Städten und Kreisen (BUND NRW, o. J.; Dederichs o. J.; Jansen & Schubert, 2014; Speen & Rohman; Speen & Spichartz, 2015; Zeit Online, 2013).

Neben den vielzähligen Anti-Kohle-Aktionen und -protesten gab es im Rheinischen Kohlerevier in den letzten Jahren mehrere Pro-Kohle-Aktionen und -proteste. Diese thematisierten vor allem mögliche Arbeitsplatzverluste durch einen vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung. Ein Teil der Proteste bestand aus zahlreichen Mahnwachen der IGBCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) (IGBCE, o. J). In deren Rahmen kam es in einem Fall zu einer Protestaktion vor dem Privathaus eines kohlekritischen Mitglieds der Kohlekommission, welches sich dadurch bedroht fühlte (Eberle, 2018). Während sich die IGBCE von dieser Aktion distanzierte, wurde vonseiten der Firma RWE neben einer Distanzierung auf Bedrohungen und Übergriffe auf Mitarbeitende des Unternehmens im Hambacher Forst sowie auf die durch den Kohleausstieg bedrohten Arbeitsplätze verwiesen (Eberle, 2018; NTV, 2018; RWE Media Relations Team, 2018). Zudem gab es 2018 unter dem Motto „Ohne gute Arbeit kein gutes Klima. Wir sind laut für unsere Jobs“ im Kontext einer Tagung der Kohlekommission eine größere Demonstration mit 20 000 Beschäftigten aus der Kohleindustrie und der Energiewirtschaft gegen einen schnellen Kohleausstieg (kw, jmw & sti, 2018). Die in den Pro-Kohle-Aktionen und -protesten adressierte Thematik möglicher Arbeitsplatzverluste wurde auch vom Wirtschaftsministerium NRW thematisiert: Die durch den vorzeitigen Kohleausstieg 2030 vermutlich abgebauten 14 4000 Arbeitsplätze würden nach Ansicht des Ministeriums „mehr als kompensiert“ (Wirtschaftsministerium NRW, 2021), da durch vom Land und vom Bund zur Verfügung gestellte Strukturfördermittel gleichzeitig 27 000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Gegenüber einer solchen Prognose meldete die oppositionelle SPD-Landtagsfraktion im Rahmen einer Großen Anfrage deutliche Zweifel an (Magoley, 2024; SPD NRW Landtagsfraktion, 2024). Dass die Frage möglicher Arbeitsplatzverluste durch den vorgezogenen Kohleausstieg auch auf lokaler Ebene thematisiert und diskutiert wird, zeigte sich nicht nur im Rahmen der Fokusgruppeninterviews (vgl. Kapitel 4.1), sondern auch bei einer Feldbegehung: Dabei äußerten Einwohner\*innen einer Gemeinde mit hoher RWE-Beschäftigungsrate gegenüber einem RIOET-Forscher Sorgen vor Arbeitsplatzverlusten in der Region und zeigten Verständnis für entsprechende Ängste von Beschäftigten in der Kohleindustrie. Dies zeigt, dass jenseits der genannten eher positiven Prognosen des Wirtschaftsministeriums NRW und der eher geringen Auswirkungen des Strukturwandels in der Braunkohleindustrie auf die Gesamtarbeitslosenquote im Rheinischen Revier in Teilen der lokalen Bevölkerung Befürchtungen bestehen, dass ein beschleunigter Kohleausstieg negative Folgen für Einzelpersonen und die Region haben könnte.

### 3.1.4 Lokaler Transformationsprozess 4: Geplantes Windparkprojekt im Reinhardswald

#### *Die Transformationsregion Reinhardswald*

Der über 1000 Jahre alte Reinhardswald, der auch als „Grimms Märchenwald“ oder „Märchenwald“ bekannt ist (Naturpark Reinhardswald, o. J.b), befindet sich im Norden des Landkreises Kassel in Nordhessen. Die zwei größten der acht am Reinhardswald angrenzenden Ortschaften sind Hofgeismar mit 15 272 und das Fuldaatal mit 12 369 Einwohnenden, während die beiden kleinsten Orte Bad Karlshafen mit 3531 und Reinhardshagen mit 4338 Einwohnenden darstellen (Stand 30.06.2021) (Landkreis Kassel, o. J.a). Die Region ist ländlich geprägt (Landkreis Kassel, o. J.b) und kann zudem in Teilen als strukturschwach begriffen werden. So wird im „Sozioökonomischen Disparitätsbericht 2023“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) der Kreis Kassel zwar einerseits als Raum mit überdurchschnittlichem Wohlstand bezüglich der Bruttomediangehälter klassifiziert und im Vergleich mit anderen Räumen im gesamtdeutschen Mittelwert gesehen (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023; Gohla & Hennicke, 2023). Andererseits wird er für Westdeutschland als einer der wenigen Räume mit besonderen strukturellen Herausforderungen beschrieben, der hinsichtlich einiger Indikatoren unter dem Mittelwert aller anderen Kreise in Deutschland liegt, so beispielsweise hinsichtlich der Anzahl junger Beschäftigter, der Anzahl von Beschäftigten in Wissensberufen, ausländischen Hochqualifizierten, den Sachinvestitionen der Kommunen oder der Schienenreichbarkeit (ebd.; vgl. zudem Fina & Heider, 2021).

Der Wald selbst befindet sich im gemeindefreien Gutsbezirk Reinhardswald (Landkreis Kassel, o. J.b) und bildet mit einer Fläche von 20 000 Hektar das größte geschlossene Waldgebiet Hessens (Naturpark Reinhardswald, o. J.b). Er

---

<sup>9</sup> Zu nennen wäre hier zudem das oben erwähnte Protestgeschehen im Hambacher Wald/Forst, der 2012 das erste Mal von Antikohle-/Klima-Aktivist\*innen besetzt und 2018 einhergehend mit großen Demonstrationen das letzte Mal geräumt wurde (Brochhagen, Drescher, Reschke Torsten & Tenta Sabine, 2019). Im Ausgang des beschlossenen Kohleausstieg 2038 wurde der Wald an der Abbruchkante des Tagebaus Hambachs entgegen den ursprünglichen Plänen letztlich doch nicht für den Tagebau in Anspruch genommen (Deutscher Bundestag, 2020).

umfasst ausgedehnte Buchenwälder sowie den seit 1907 unter Naturschutz stehenden „Urwald Sababurg“, ein ursprünglich vom Menschen geschaffener Wald, der für das Weiden von Nutztieren im Wald (Hute) angelegt wurde und aus jahrhundertealten Hute-Eichen besteht (Naturpark Reinhardswald, o. J.b, o. J.a). Gleichzeitig gehört der Reinhardswald dem Land Hessen und wird fortwirtschaftlich genutzt.

### *Der Transformationsprozess im Reinhardswald*

Auf einem Höhenzug des Waldes ist der Bau von 20 Windkraftanlagen (WKA) geplant („Windpark Reinhardswald“); dieser soll von der Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG realisiert werden und seine Planung wurde bereits in den Jahren 2012 und 2013 kritisch diskutiert (Eg & Thiele, 2012; Pinto, 2013). Die für die Errichtung notwendigen Flächen gehören zu den fast 2 % der hessischen Landesfläche, die gemäß den „Teilregionalplänen Energie“ als Windvorrangflächen ausgewiesen wurden (Regierungspräsidium Kassel, 2022a, S. 1). Nach Angaben des Regierungspräsidiums Kassel werden für die 18 WKAs inklusive der Zuwegung ca. 14 Hektar Fläche benötigt, was ca. 0,07 % der Fläche des Reinhardswalds entspricht (ebd., S. 4). Zudem weist das Präsidium darauf hin, dass ein großer Teil dieser Flächen aufgrund von „Stürme[n], Dürresommer[n] und Borkenkäfer[n] geschädigt [ist], sodass der Großteil der Flächen bereits baumfrei ist“ (ebd., S. 4). Somit seien Eingriffe in intakte Buchenbestände zu vermeiden, insgesamt müssten ca. 260 Laubbäume gefällt werden (ebd. S. 4). Nach Eingang des entsprechenden Antrags im Jahr 2020 wurden die Errichtung und der Betrieb der 18 WKA im Jahr 2022 durch das Regierungspräsidium Kassel genehmigt (Regierungspräsidium Kassel, 2022b).

### *Aspekte des Transformationskonflikts im Reinhardswald*

Allerdings wurde die Genehmigung im Laufe der Zeit mit Klagen im Bereich des Artenschutzes und des Baurechts belegt und erfuhr Widersprüche und Einwendungen. Die Klagen gingen von mehreren Akteur\*innen aus, darunter von Umweltverbänden, die von Bürger\*inneninitiativen unterstützt wurden, sowie von zwei umliegenden Gemeinden<sup>10</sup> (Henke, 2023; Müller, 2021; Neu & Thiele, 2022). In Teilen waren die Klagen erfolgreich, was dazu führte, dass der Bau am Projekt mehrere Male gestoppt werden musste (Diel, 2023; hessenschau.de, 2022; Pörtner, 2023). Im Februar 2023 folgte der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) dem Eilantrag eines Umweltverbandes und verhängte einen Stopp von Fäll- und Rodungsarbeiten für die Zuwegungen zum geplanten Windpark Reinhardswald (Verwaltungsgerichtshof Kassel, 2023a). Nach einer Änderung des hessischen Baurechts gab der VGH allerdings im Oktober desselben Jahres für bestimmte Flächen eine Rodungsfreigabe (Verwaltungsgerichtshof Kassel, 2023b), womit die Arbeit an den Zuwegungen teilweise wieder aufgenommen werden konnte. Neben solchen Widersprüchen, Einwendungen und Klagen war das Vorhaben, Windkraftanlagen im Reinhardswald zu errichten, von Beginn an von Gegenprotesten begleitet. So gab es beispielsweise schon im Jahre 2014 eine Protestaktion am Ufer der Weser, bei der unter dem Motto „Nein zur Windkraft im Wald“ ein Holzwindrad symbolisch angezündet wurde (Löschner, 2014). Ein Jahr später überreichten lokale Bürger\*inneninitiativen Vertreter\*innen des Regierungspräsidiums Kassel eine Liste mit über 10 000 Unterschriften gegen das Projekt (Gehlen, 2015). Nach der Genehmigung des Windparks Anfang 2022 gab es mehrere Demonstrationen, zu denen eine Freie Wählergemeinschaft, teilweise mit Unterstützung der Bürger\*inneninitiative „Rettet den Reinhardswald“, aufgerufen hatte. An diesen Versammlungen nahmen mehrere Hundert Personen teil, darunter lokale Politiker\*innen und politische Amtsträger\*innen (Temme, 2022; Thiele, 2022). Die Argumente der Gegner\*innen des Windparks Reinhardswald stellten insbesondere heraus, dass dieser mit dem Landschafts-, Natur- und Artenschutz unvereinbar sei. Sie führten an, dass die Rotorblätter der Windräder Vögel, Fledermäuse und Insekten töten oder die Böden und das Grundwasser angreifen würden (Müller, 2021; Rettet den Reinhardswald, o. J.a). Auch wurde kritisiert, dass die Windkraftanlagen im Wald dem Tourismus in der Region und damit auch der lokalen Wirtschaft schaden würden (Gehlen, 2013; Rettet den Reinhardswald, o. J.a). Zudem wurde das Land Hessen dafür kritisiert, dass es als Eigentümerin des Waldes Proteststimmen ignoriere (Henke, 2023; Rettet den Reinhardswald, o. J.a) und es bei dem Projekt letztlich um ein wirtschaftliches, an Gewinnerzielung ausgerichtetes Vorhaben gehe und weniger um Klimaschutz (Rettet den Reinhardswald, o. J.a).

## **3.2 Klimawandel und die äußerste Rechte: Akteur\*innen, Narrative und Strategien**

Im Zuge der Forschung wurde sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Forschungsregionen ein breites Spektrum äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur\*innen sichtbar. Diese waren lokal verortet, traten mit lokalen Aktionen in Erscheinung oder bezogen sich beispielsweise durch Social-Media-

---

<sup>10</sup> Eine dieser Gemeinden war die Stadt Hofgeismar, die in Erwartung eines mangelnden Erfolges ihre Klage allerdings wieder zurückzog (Neu, 2022).

Posts und Artikel auf die Situationen vor Ort. Im Folgenden wird aufgezeigt, welche strategischen Positionierungen entsprechende Akteur\*innen auf der Handlungs- oder Kommunikationsebene zu den jeweiligen regionalen Transformationsprozessen und -konflikten eingenommen haben.

### 3.2.1 Äußerst rechte Positionierungen zum Waldsterben im Harz

Debatten rund um die Maßnahmen, das Waldsterben einzudämmen, ließen auch die AfD in Sachsen-Anhalt in Erscheinung treten: So bezeichnete der AfD-Landtagsabgeordnete Daniel Roi in seiner Rede am 12. Oktober 2021 im Landtag die Partei Bündnis 90/Die Grünen als „Waldvernichtungspartei Nr. 1“ (Landtag von Sachsen-Anhalt, 2022: 81) und problematisierte deren Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung (ebd.: 82). Der AfD-Abgeordnete des Deutschen Bundestags Dietmar Friedhoff beschäftigt sich besonders intensiv mit dem Waldsterben im Harz und lud am 1. Juli 2023 zu seiner „1. Harzer Waldkonferenz“ im Südharz ein (Friedhoff, 2023). Laut Friedhoffs Bericht nahmen an der Konferenz „Vertreter der Kreisverbände Harz, Nordhausen und Göttingen für die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen“ (ebd.) teil. Auf der Konferenz wurde der Errichtung von Windparks auf den Kalamitätsflächen des Waldes widersprochen und die Wiederaufforstung mit Mischwald befürwortet. Dabei ist in Friedhoffs Bericht ein starker Bezug zu romantischer Naturverklärung zu erkennen, da damit argumentiert wird, „[...] dass die deutschen Wälder Heimat und Tradition sind“ (ebd.). Auch ein Bezug zum deutschen Mythos der sogenannten Trümmerfrauen (Lueg, 2015) lässt sich bei Friedhoff erkennen, da er die Wiederaufforstung des Waldes als „nationale Kraftanstrengung, ähnlich wie 1945 bis 1948 [bei den] Kulturfrauen [...]“ (ebd.) bezeichnet, „weil Umweltschutz auch Heimatschutz [...]“ (ebd.) sei.

Auch die Idee der Harzer Nationalparks an sich wird von Vertreter\*innen der AfD kritisiert. In einem Interview mit dem Rechtsaußenmagazin „Freilich“ bezeichnete der AfD-Abgeordnete des niedersächsischen Landtags Marcel Queckemeyer die Etablierung von Nationalparks im Harz als Teil „grüner Ideologie“, ohne die das Waldsterben besser verhindert werden könnte (Freilich Magazin, 2024). Wie sein Parteikollege Roi griff er dabei vor allem die Klimapolitik des Bündnis 90/Die Grünen – besonders deren Einsatz für Windparks – an, welche im Zuge der Energiewende klimaneutrale Energie zur Verfügung stellen sollen (ebd.).

Neben der AfD mobilisieren weitere Akteur\*innen der äußersten Rechten gegen geplante Windkraftanlagen. So berichtete die Regionalausgabe des nördlichen und mittleren Sachsen-Anhalts der „Volksstimme“ darüber, dass der 2023 gegründete Verein „Schöne Harzer Heimat“ gegen geplante Windkraftanlagen in Elbingerode mobilisierte (Schröder, 2023). In seiner Onlinepräsenz beschreibt sich der Verein zwar als „in politischer und religiöser Hinsicht unabhängig“ (Schöne Harzer Heimat, 2023), steht jedoch in enger Verbindung zum rechtsextremen völkischen Siedlungsprojekt „Weda Elysia e. V.“ in Wienrode, welches der Anastasia-Bewegung zuzurechnen ist (Röpke, 2023). „Weda Elysia e. V.“ gibt sich auf seiner Homepage naturnah und ökologisch, transportiert dabei jedoch antisemitische, antifeministische und völkische Ideologien. Im Webshop des Vereins finden sich neben Sachbüchern zu Garten- und Landschaftsbau viele Bücher mit verschwörungserzählerischen Inhalten (Lindenquell Marktplatz, 2024). Die Strategie des Vereins ist es, viele Grundstücke zu erwerben,<sup>11</sup> Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen und politisch Einfluss zu nehmen. Die Akzeptanz soll unter anderem durch das Ausrichten von Volksfesten und Veranstaltungen in den eigenen Räumen erreicht werden (Sachsen-Anhalt Rechtsaußen, 2021). Auf diesen Veranstaltungen konnten bereits Mitglieder der rechtsradikalen Vereinigung „Harzrevolte“, AfD-Politiker\*innen und Mitglieder von „Die Rechte“ beobachtet werden (Röpke, 2023). Der Verein wurde 2009 von dem Ehepaar Maik Schulz und Anja Maria „Aruna“ Palitzsch-Schulz gegründet und ist seit Juni 2023 vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft (ebd.). Trotz einer Informationsveranstaltung des Verfassungsschutzes am 8. November 2023 über die rechtsextreme Ideologie der Bewegung vor dem Hintergrund der Ortschaftsratswahl in Wienrode, bei welcher die beiden Mitglieder von Weda Elysia, Anja Maria „Aruna“ Palitzsch-Schulz und Johannes Degel, antraten (Klaus, 2023), wurde erstere am 12. November 2023 mit 101 Stimmen in den Ortschaftsrat gewählt (Stadt Blankenburg, 2023).

### 3.2.2 Äußerst rechte Positionierungen zum Kohleausstieg in Zeitz-Weißenfels

Die AfD ist derzeit die einflussreichste rechtsextreme Akteurin in der Zeitzer Region. Der Landtagswahlkreis Zeitz wird seit 2016 von AfD-Politikern im sachsen-anhaltinischen Landtag direkt vertreten. Im Jahr 2016 war die AfD in diesem Landkreis mit 31,6 % der Erststimmen und 30,4 % der Zweitstimmen erstmals stärkste Kraft bei den Landtagswahlen und stellte André Poggenburg als direkten Landtagswahlkreisvertreter auf (Landesportal Sachsen-Anhalt, 2016). Die letzte Stadtratswahl in Zeitz 2019 gewann die AfD mit 17,11 %, konnte allerdings nicht all ihre gewonnenen Sitze besetzen, da sie nicht genug Kandidat\*innen zur Wahl aufgestellt hatte (Andräs, 2019). Vor den Kommunalwahlen 2024 besetzte die AfD im Zeitzer Stadtrat zwei von insgesamt 30 Sitzen (Stadt Zeitz, 2024).

Im Landeswahlkreis Zeitz lassen sich auch weitere Kontinuitäten von Wahlerfolgen und Aktivitäten rechtsextremer Parteien beobachten: Bei den Landtagswahlen 2011 erlangte dort die NPD 6,0 % der Erststimmen und 6,4 % der

---

<sup>11</sup> Der Verfassungsschutz rechnet Weda Elysia etwa 20 Grundstücke zu (Klaus, 2023).

Zweitstimmen (Landesportal Sachsen-Anhalt, 2020a), während die DVU bei den Landtagswahlen 1998 dort 12,9 % der Zweitstimmen für sich verbuchen konnte (Landesportal Sachsen-Anhalt, 2020b). Spätestens seit 2021 führt auch die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg regelmäßig Flugblattaktionen in Zeitz durch (Der III. Weg, 2022a, 2022b, 2023b, 2023c, 2023d, 2021). Zugleich ließen sich in der Ortschaft Bornitz bei Zeitz sogenannte völkische Siedler\*innen nieder, die dem mittlerweile verbotenen rechtsextremen Verein „Artgemeinschaft“ angehörten (Mitteldeutsche Zeitung, 2023). Der Verein „Artgemeinschaft“ unterhielt Verbindungen ins terroristische, militante und rechtsextreme Milieu (Schierholz & Huesmann, 2023).

Die gegen die ökologische Transformation gerichtete Programmatik der AfD zeigt sich auch in Zeitz auf regionaler Ebene, wo auf den Transformationskonflikt des Braunkohleausstiegs Bezug genommen wird: So griff der AfD-Abgeordnete Lothar Waehler in seiner Rede im Landtag, welche er am 27.01.2023 auf seiner Facebookseite veröffentlichte, die Thematik des geplanten Braunkohleausstiegs in Zusammenhang mit den sozioökonomischen Problemen des Postwende-Strukturwandels in Zeitz auf (Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt, 2023). In dieser Rede bezeichnete er den zukünftigen Transformationsprozess, welcher mit dem Braunkohleausstieg auf die Region zukommen wird, als „ideologiegeprägt“ und von „dem absurden Vorhaben, das Weltklima zu retten“ (ebd.), motiviert. Dabei sprach er auch davon, dass Braunkohlekraftwerke heute „dank überragender deutscher Ingenieurskunst“ (ebd.) schadstoffarm seien. Anschließend bezeichnete er den Braunkohleausstieg als „aufgedrängten falschen Weg“ (ebd.) und als „Einbahnstraße, die es zu korrigieren gilt“ (ebd.).

Jedoch ist die AfD nicht die einzige äußerst rechte politische Akteurin, die im Raum Zeitz mit umwelt- und klimapolitischen Themen mobilisiert. Über die Telegram-Gruppe „Zeitz läuft“ werden rechtspopulistische und teilweise antisemitische Inhalte sowie Aufrufe zu Veranstaltungen von Reichsbürger\*innen verbreitet. Die Gruppe existiert seit dem 6. Dezember 2021 und wird von Bodo Pistor als Administrator geführt. Pistor meldete während der Coronapandemie mehrere Veranstaltungen in Zeitz an, welche sich gegen die Infektionsschutzmaßnahmen der bundesdeutschen Regierung und gegen Impfungen richteten (Mitteldeutsche Zeitung, 2021). Diese Demonstrationen wurden als „Montagsspaziergänge“ bezeichnet (ebd.). Thematisch rückten die Inhalte der Telegram-Gruppe 2024 von der Coronathematik ab und warben unter anderem für die sogenannten Bauernproteste, die sich ebenfalls gegen die Politik der Bundesregierung („Ampel“) richten. Auch Veranstaltungen der Reichsbürger\*innenbewegung wurden dort beworben, wie „Das große Treffen der 25+1 Bundesstaaten“ am 28. Oktober 2023 in Dresden. Auf die Politik der Partei Bündnis 90/Die Grünen wird in der Telegram-Gruppe negativ Bezug genommen.

Die Aktivitäten äußerst rechter Akteur\*innen werden in Zeitz auch im Stadtbild sichtbar – ebenso wie ihre Kontestation: So finden sich politische Botschaften der äußersten Rechten im öffentlichen Stadtbild in Form von Aufklebern und Graffiti, die aber auch teilweise von progressiven oder linken Gruppierungen überklebt oder modifiziert werden.

### 3.2.3 Äußerst rechte Positionierungen zum Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Auch im Falle des Transformationsprozesses um den vorgezogenen Kohleausstieg gab es mehrere Bezüge von Akteur\*innen aus dem äußerst rechten Spektrum zur Thematik. Hierbei zeigte sich die AfD bzw. die AfD NRW als deutlich sichtbare Akteurin, auch wenn sie bei den letzten NRW-Landtagswahlen im Jahre 2022 lediglich einen Zweitstimmenanteil von 5,4 % in ganz NRW erreichte, während die CDU die Wahlen mit einem Zweitstimmenanteil von 36,6 % gewann (Landeswahlleiterin NRW, 2022). In den Kreisen des Rheinischen Reviers erlangte die AfD ähnlich schwache Ergebnisse (ebd.), so etwa 5,8 % im Kreis Heinsberg (Statistisches Landesamt NRW, o. J.b). Die CDU gewann im Kreis Heinsberg bei diesen Wahlen mit einem Zweitstimmenanteil von 47,1 % (ebd.). Auch bei den letzten NRW-Kommunalwahlen im Jahr 2020 schnitt die AfD vergleichsweise schwach ab, indem sie nur 5,1 % der Stimmen in ganz NRW erzielte (Landeswahlleiterin NRW, 2020). Die stärkste Kraft in NRW wurde die CDU mit 34,3 % (ebd.). Im Rat der Stadt Erkelenz, zu dem viele der (ehemaligen) Ortschaften am Tagebau Garzweiler II gehören, ist die AfD, was auch für andere Parteien der äußersten Rechten gilt, hingegen derzeit überhaupt nicht vertreten (Statistisches Landesamt NRW, o. J.a). Auch im Stadtrat von Erkelenz stellt die CDU seit den letzten Kommunalwahlen mit 42,0 % die stärkste Fraktion (ebd.).

In ihrer Bezugnahme auf den vorgezogenen Kohleausstieg thematisierte die AfD auch mögliche Arbeitsplatzverluste im Rheinischen Revier, etwa durch eine damalige Landtagsabgeordnete, die im Jahr 2018 an dem genannten Pro-Kohle-Protest teilnahm (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2018). Entsprechend wurde vonseiten der AfD NRW behauptet, dass durch den Kohleausstieg, der „ideologisch getrieben“ sei (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, 2022, S. 73), „unzählige Menschen“ ihre Arbeit verlieren würden (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019a). Zudem würden durch den Kohleausstieg „die teuersten Strompreise der Welt noch teurer“ werden, ohne dass zugleich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert würde (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019a); ferner werde auch die Energiesicherheit bedroht (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019b). Diese wesentlichen Positionen zum Kohleausstieg bzw. zur Energiewende finden sich auch bei der Bundestagsfraktion der AfD wieder, die als einzige Partei im Deutschen Bundestag den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vollständig ablehnt und weitestgehend rückgängig machen möchte (AfD Bundestagsfraktion, 2023b).

In vergleichbarer Weise wurde von der AfD-Fraktion im Landtag NRW das Protestgeschehen um Lützerath thematisiert, während zu den Umsiedlungen von Dörfern zum Zwecke der Kohlegewinnung geschwiegen wurde. Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion suchten während der Räumung das Gelände auf und posteten dazu einen in den sozialen Medien geteilten Videobericht (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023a). Dabei wurden die Proteste um Lützerath mit dem Begriff des „Klimaterrors“ assoziiert (ebd.) und in anderen Social-Media-Äußerungen der AfD wurden Klimaaktivist\*innen als „Klimaterroristen“ bezeichnet, so auch Greta Thunberg und Lisa Neubauer, die beide während der Räumung Lützerath vor Ort waren (AfD, 2023a). Der Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde unterstellt, sie würde in Lützerath mit „Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei“ auftreten (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023b).

Im Jahr 2022 teilte der AfD-Fraktionsvorsitzende des Landtages in Thüringen, Björn Höcke, in mehreren sozialen Medien einen Post zur Situation im Reinhardswald (vgl. zum Beispiel Höcke, 2023), in dem er einen Vergleich zwischen den Protesten in Lützerath und im Reinhardswald (vgl. Kapitel 3.2.4) zog: „Anders als bei dem linksextremen Medienspektakel um ‚Lützi‘ lassen sich in Nordhessen keine Berufsrebell\*innen blicken. Der Widerstand ist authentisch, parteiübergreifend und getragen vom bürgerlichen Mittelstand der Region. Dieser Wald ist ein nationales Naturerbe, das uns alle angeht“ (ebd.).

Abgesehen von der AfD, die in Gestalt der genannten Aktionen rund um einen (vorgezogenen) Kohleausstieg im Rheinischen Revier eine lokale Präsenz zeigte, sich vor allem aber in den sozialen Medien zum Thema äußerte, hat das Forschungsprojekt keine weiteren Akteur\*innen der organisierten äußersten Rechten identifiziert, die sich im Untersuchungszeitraum zum Thema positioniert haben. Dieses Ergebnis bestätigten auch mehrere der interviewten Personen aus der Region Erkelenz, die zudem der Ansicht waren, dass in Erkelenz und den Ortschaften um Garzweiler II weder die AfD noch weitere Akteur\*innen der äußersten Rechten eine größere Rolle spielen würden. Ein als Experte interviewtes Mitglied eines bundesweiten Anti-Kohle-Bündnisses, der sowohl mit der Situation des Kohleausstiegs in West- als auch in Ostdeutschland vertraut war und zudem aus der Region Erkelenz stammte, äußerte dementsprechend, dass die AfD bereits ein Jahr vor den Ereignissen in Lützerath aufgehört habe, die Kohleausstiegsthematik politisch zu adressieren. Seines Erachtens sei das Feld „an die Linken [verloren] [...], wenn man nur diese zwei Gruppen unterscheiden will“. Äußerst rechte Organisationen und entsprechend organisierte junge Menschen seien ihm nicht aufgefallen, was er auch darauf zurückführte, dass es in den Ortschaften rund um Garzweiler II nur wenige junge Menschen gebe.

Schließlich wurde der Transformationsprozess Kohleausstieg im Rheinischen Revier noch in zahlreichen äußerst rechten Medien thematisiert und dabei wurden oftmals die Anti-Kohle-Proteste und die Besetzungen im Hambacher Forst sowie in Lützerath fokussiert und teilweise in den Kontext des Linksextremismus gesetzt (vgl. z.B. fw, 2023; Mai, 2023; st, 2023).

### 3.2.4 Äußerst rechte Positionierungen zum geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald

Ähnlich wie im Transformationsprozess um den vorgezogenen Kohleausstieg zeigte sich die AfD auch im Transformationsprozess um das geplante Windparkprojekt im Reinhardswald als deutlich sichtbare und aktive Akteurin. Diesbezüglich ist zunächst eine „Protestaktion“ zu nennen, die im August 2020 von Mitgliedern der AfD-Bundestags- und Landtagsfraktion, darunter von umweltpolitischen sowie wirtschafts- und energiepolitischen Sprechern der AfD-Bundestagsfraktion, durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Aktion wurden vonseiten der AfD eine Pressekonferenz und eine Übernachtung im Wald organisiert, begleitet von YouTube-Videos zur Aktion, Flugblättern und Infobroschüren. Ähnlich wie bei einer vergleichbaren Aktion zwei Jahre später äußerte sich die AfD ablehnend gegen den Windpark Reinhardswald und argumentierte weitgehend übereinstimmend mit den oben angesprochenen Kritiker\*innen des Windparkprojekts: Argumente des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes wurden angeführt, und es wurde auf einen fehlenden Willen der Bürger\*innen verwiesen (AfD-Bundestagsfraktion, 2020a, 2020b; AfD-Fraktion Hessen, o. J., 2022a, 2022b). Auch die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) tauchte im Reinhardswald auf und inszenierte sich im Frühjahr 2022 in einer auf YouTube hochgeladenen Protestaktion unter dem Banner „Märchenwald bleibt! Mythos Wald statt Klimawahn“ unter anderem beim Einpflanzen junger Bäume im Wald. Dabei wurde auf den Reinhardswald in einer kulturhistorischen Perspektive als „Märchenwald“ bzw. „Grimms Märchenwald“ Bezug genommen. Der Wald wurde als Teil der nationalen und regionalen Identität betont und es wurde eine explizite Verknüpfung von Ökologie, Umweltschutz und Heimatschutz hergestellt (AfD-Kompakt, 2022; Junge Alternative, 2022).<sup>12</sup>

Zudem wurden seitens der AfD das Bündnis 90/Die Grünen bzw. dessen als ideologisch beschriebene Energiewendepolitik angegriffen und als Hauptverantwortliche für das kritisierte Windparkprojekt benannt, etwa indem in einem von der AfD-Fraktion Hessen geteilten Facebook-Post ein junges AfD-Mitglied mit der Äußerung zitiert wurde, dass die Grünen „Windrad-Ideologen und keine Umweltschützer“ seien (AfD-Fraktion Hessen, 2018).

---

<sup>12</sup> Auch die äußerst rechte Identitäre Bewegung, die nach Angaben der Behörde im Jahr 2022 ca. 40 hessenweite und ca. 400 bundesweite Mitglieder hatte (IM Hessen, 2023, S. 77) und in ihrem Agieren bewusst versucht, junge Menschen anzusprechen, versuchte im Februar 2022 eine ähnliche Aktion. Allerdings scheiterte diese, da die geplante Versammlung polizeilich untersagt wurde (IM Hessen, 2023, S. 81).

Auch wenn die AfD mit ihrer Kritik am geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald hinsichtlich zahlreicher Aspekte im Einklang mit lokalen Anti-Windpark-Bürger\*inneninitiativen stand, stieß sie bei diesen nicht auf positive Resonanz. Vielmehr wurden diese Vereinnahmungsversuche durch die AfD beklagt: So habe die AfD den Initiativen zwar im Vorfeld der oben genannten Aktion im Reinhardswald Unterstützung angeboten oder sie auf der Einladung zur Aktion verlinkt (Holdinghausen, 2020).<sup>13</sup> Die Initiativen, die sich als „parteilich neutral“ bezeichnen, reagierten ablehnend und distanzieren sich auf ihrer Website „ausdrücklich von jeglicher Form von Extremismus, insbesondere von rechtem Gedankengut, von der AfD und Gruppierungen wie dem Reichsbürgertum“ sowie von falschen Behauptungen der AfD, dass der ganze Wald oder der Reinhardswald „Urwald“ abgeholzt werden würde (Holdinghausen, 2020; Rettet den Reinhardswald, o. J.b).<sup>14</sup> Zudem veranstaltete am 16. März 2024 die am Reinhardswald angrenzende Ortschaft Immenhausen zusammen mit einem ansässigen Sportverein und dem Naturpark Reinhardswald eine Aktion gegen Rassismus (Hoffmann, 2024). Bei dieser Gelegenheit grenzte sich auch der Landrat des Landkreises Kassel, Andreas Siebert, gegenüber Vereinnahmungsversuchen der AfD ab: „Unser Märchenwald – der Reinhardswald – gehört uns. Wir lassen ihn nicht durch gezielte Desinformationskampagnen der AfD übernehmen“ (ebd.). Die Geschäftsführerin des Naturparks Reinhardswald hob hervor, dass Begriffe und Themen wie Heimat, Reinhardswald, Märchen, Natur und Umweltschutz „positiv besetzt seien und sie nicht völkisch-nationalistisch gesinnten Gruppen und Rechtspopulisten überlassen werden dürften“ (ebd.).

Eine weitere Akteurin der organisierten äußersten Rechten, die Bezüge zum lokalen Transformationsprozess im Reinhardswald zeigte, war die Partei Der III. Weg, die nach Angaben der hessischen Verfassungsschutzbehörde im Jahr 2022 bundesweit 700 und hessenweit 35 Mitglieder hatte (IM Hessen, 2023, S. 135). Die neonazistische Kleinstpartei ist seit 2021 mit mehreren Veranstaltungen in Nordhessen in Erscheinung getreten und gründete kürzlich ihrem Bemühen einer bundesweiten Verankerung folgend einen sogenannten Stützpunkt in der Region (o. A., 2023). Abgesehen von wenigen Aufklebern mit Parteilogo, die im Naturpark Reinhardswald auftauchten, scheint es anders als im Falle der AfD keine lokalen Aktionen der Partei und ihrer Aktivist\*innen gegeben zu haben, die sich thematisch gezielt auf die Situation im Reinhardswald bezogen. Allerdings wurde die Situation in zwei Onlinebeiträgen auf der Parteiwebsite thematisiert (Der III. Weg, 2022c, 2023a). In diesen wurde unter anderem zur „Rettung“ des Reinhardswalds aufgerufen und ebenfalls behauptet, dass der ganze „Märchenwald [...] abgeholzt“ würde (Der III. Weg, 2023). Dieser würde „gefällt für 241 Meter hohe Monsterwindräder“ und für das „Klima [...] abgeholzt“ (ebd.). Zudem wurde formuliert, dass die Partei für Natur- und Umweltschutz kämpfen würde und dieser eng mit dem Heimatschutz verbunden sei. Dies würde sich am Reinhardswald zeigen, der dementsprechend als „Rückzugsort für deutsche Menschen“ beschrieben wurde (ebd.). „Heimat“ wird in diesem Kontext völkisch verstanden als exklusiver Ort des angestammten deutschen Volkes.

Im Zuge der Forschung wurden zudem drei Telegram-Gruppen mit lokalem Bezug identifiziert. Bei einer davon handelte es sich um den Informationskanal einer lokalen Anti-Windkraft-Initiative. In den beiden anderen Gruppen wurden neben den Informationen dieser Initiative auch klimawandelleugnende und verschwörungsideologische Narrative verbreitet. In der reichweitenstärkeren Gruppe gab es zunächst Interventionsversuche der Mitglieder der Initiative gegen solche Positionen.

Auch die Situation im Reinhardswald wurde in zahlreichen Medien der äußersten Rechten behandelt. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil es in Deutschland auch an vielzähligen anderen Orten realisierte und geplante Windparkprojekte und Anti-Windkraft-Initiativen gibt (Rechercheteam Europäische-Energiewende-Community, 2021), ohne dass eine so große Aufmerksamkeit bei rechten Akteur\*innen sichtbar wurde wie bei der Situation im Reinhardswald. Zu nennen wären hier mehrere über die letzten Jahre verteilte Beiträge und Gastkommentare im nationalliberalen und rechtskonservativen Onlinemagazin „Tichys Einblick“, in denen sich eine signifikante Schnittmenge zu den Argumenten der lokalen Windparkkritiker\*innen zeigte (vgl. zum Beispiel Douglas, 13.12.2023; Etschert, 2022; Tichy Redaktion, 2019).

Eine solche Art der Bezugnahme fand sich auch in einem Onlineartikel des völkischen Magazins „Die Kehre“, in welchem unter anderem die lokale Anti-Windkraft-Initiative „Pro Märchenland e. V.“ mit ihrem Protestspruch „Das Märchenland ist stinksauer“ (Schindler, 2014) zitiert und das Vorhaben im Reinhardswald als „ökologische Katastrophe“ beschrieben wurde (Fröhlich, 2020). Angesichts der Wiederaufnahme der Fäll- und Rodungsarbeiten titelte die rechte jungkonservative Wochenzeitung „Junge Freiheit (JF)“ mit starker Bezugnahme auf einen BILD-Artikel (Schlagenhafer & Storch) „Grüne zerstören Märchenwald für Windräder“ (Junge Freiheit, 2023) und stellte damit ebenso wie andere äußerst rechte Akteur\*innen die Partei Bündnis 90/Die Grünen als wesentliche Verursacherin für die behauptete Zerstörung des Märchenwaldes dar.

---

<sup>13</sup> Derartige Verlinkungen finden sich auch auf der Website der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg in einem das geplante Windparkprojekt ebenso ablehnenden Beitrag (Der III. Weg, 2022b).

<sup>14</sup> Zudem wurden von der AfD-Fraktion Hessen mehrere kleine Anfragen zur Windkraft gestellt. Dabei wurden zahlreiche Themenbereiche adressiert: beispielsweise der Flächenverbrauch von Windkraftanlagen (AfD-Fraktion Hessen, 2019a), die Entsorgung von Windkraftanlagen und die damit verbundenen Kosten (AfD-Fraktion Hessen, 2019b), das Brandschutzkonzept in Windkraftanlagen (AfD-Fraktion Hessen, 2020) sowie die potenziellen negativen Auswirkungen solcher Anlagen in Wäldern (AfD-Fraktion Hessen, 2019a, 2021).

### 3.3 Vergleich der Forschungsregionen

Im Folgenden soll die Frage aufgeworfen werden, inwiefern sich die jeweiligen Forschungsregionen anhand ihrer sozioökonomischen, politischen Ausgangslagen und der Positionierungen von äußerst rechten Akteur\*innen zu den Transformationsprozessen vergleichen lassen. Dies dient dazu, die strukturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der ost- und der westdeutschen Forschungsregionen zu ermitteln und in die Auswertung der Forschungsergebnisse miteinzubeziehen.

#### 3.3.1 Vergleich der „Waldregionen“

Werden die beiden Regionen verglichen, in denen die sozialökologischen Transformationsprozesse „Waldsterben im Harz“ (LSA) und „geplanter Bau von Windkraftanlagen“ (Hessen) erforscht wurden, lässt sich zunächst eine sozioökonomische Gemeinsamkeit feststellen: Sowohl der Landkreis Harz als auch der Landkreis Kassel können als Regionen beschrieben werden, die bezüglich bestimmter Faktoren in Teilen als strukturschwach charakterisiert werden können bzw. mit besonderen strukturellen Herausforderungen konfrontiert sind. Eine weitere Gemeinsamkeit zeigt sich, wenn die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen verglichen werden, die in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 und in Hessen im Jahr 2023 stattfanden. Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Hessen schnitt die AfD mit jeweils 20,8 % bzw. 18,4 % der Zweitstimmen als zweitstärkste Kraft hinter der CDU ab, die jeweils 37,1 % bzw. 34,6 % der Zweitstimmen erreichte (Landeswahlleiter Hessen, 2023a; Landeswahlleiterin LSA, 2021). Was die für die Studie relevanten Wahlkreise betrifft, konnte die AfD, analog zu ihrem Gesamtergebnis, in allen Harzer Wahlkreisen (Blankenburg, Halberstadt, Wernigerode, Sangerhausen) mit 17,7 (Wernigerode) bis 24,6 % (Sangerhausen) der Zweitstimmen zweitstärkste Kraft werden (mdr.de, 2021a, 2021b, 2021c, 2021d). Auch in den Stadträten dieser vier Städte ist die AfD mit 8 (Blankenburg) bis 16 (Halberstadt) Sitzen vertreten (Die Blütestadt im Harz Blankenburg, 2024; Stadt Halberstadt, 2024; Stadt Sangerhausen, 2024; Stadt Wernigerode, 2024). Im Wahlkreis „Kassler Land I“ hingegen, der die am Reinhardswald angrenzenden Städte umfasst, konnte die AfD hinter der CDU und SPD mit 19,7 % der Zweitstimmen lediglich drittstärkste Kraft werden (hessenschau.de, 2023). Dies galt auch für die Städte Hofgeismar und Reinhardshagen, in denen die AfD mit 20,9 % und 21,9 % jedoch gleichzeitig ihren höchsten Stimmenanteil in der Region erzielen konnte (Landeswahlleiter Hessen, 2023b, 2023c, 2023d). Die Partei verfügt dort jedoch, ebenso wie andere Parteien der äußersten Rechten, über keine Sitze in den entsprechenden Stadtverordnetenversammlungen: In diesen haben seit den letzten hessischen Kommunalwahlen im Jahr 2021 die SPD (Hofgeismar) bzw. die „Unabhängige Wählergemeinschaft UWG: Freie Bürger“ (Reinhardshagen) die meisten Sitze (Landeswahlleiter Hessen, 2021a, 2021b). Wie oben festgestellt, wurden sowohl die Problematik des Waldsterbens im Harz als auch der geplante Bau von Windkraftanlagen im Reinhardswald von zahlreichen Konflikten und Protesten begleitet. Dazu gehörten auch Proteste gegen Windkraftanlagen und das geplante Windparkprojekt, die vor allem in der Forschungsregion Reinhardswald ein großes Ausmaß erreichten. Es bestand eine Gemeinsamkeit beider Regionen in äußerst rechten Positionierungen und Aktionen gegen Windkraft und erneuerbare Energien sowie die Energiewende im Allgemeinen. Wie oben angesprochen war in der Forschungsregion Reinhardswald diesbezüglich vor allem die AfD sichtbar, die mit ihrem Agieren bei den lokalen Anti-Windpark-Bürger\*inneninitiativen, die sich parteipolitisch neutral verorteten, keine positive Resonanz erzielen konnten. In der Forschungsregion Harz mobilisierten unter anderem die AfD und weitere äußerst rechte Akteur\*innen gegen Windkraftanlagen.

#### 3.3.2 Vergleich der Braunkohleregionen

Beim Vergleich der ostdeutschen Region Zeitz-Weißenfels um das Mitteldeutsche Revier und der westdeutschen Region Niederrheinische Bucht um das Rheinische Revier lässt sich zunächst die Gemeinsamkeit feststellen, dass beide Regionen industriell stark von der Braunkohleförderung geprägt sind. Sie führte dazu, dass sich beide Regionen im 19. Jahrhundert zu bedeutenden industriellen Zentren etablierten. In beiden Gebieten stellt die Braunkohleindustrie bis heute einen wichtigen Arbeitgeber für die ansässige Bevölkerung dar (Burgenlandkreis, 2024; Statistik der Kohlenwirtschaft e. V., 2024), wobei die Beschäftigungszahlen in beiden Regionen seit den letzten Jahren rückläufig sind (Bundesverband Braunkohle 2024; Statistik der Kohlenwirtschaft e. V., 2024). Die Arbeitslosenquote liegt in beiden Regionen höher als der bundesdeutsche Durchschnitt, wobei die Differenz der Region Zeitz-Weißenfels größer ausfällt als in der Region um das Rheinische Revier (vgl. Kapitel 3.1.2 bzw. 3.1.3). Die möglichen Arbeitsplatzverluste, die durch Deutschlands Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2038 erwartet werden, stellen beide Regionen demnach vor sozioökonomische Herausforderungen. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass insbesondere die Region Zeitz-Weißenfels bereits von einer maßgeblichen Transformationsentwicklung betroffen war: Durch die Liquidierung vieler DDR-Betriebe im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ging nach 1990 eine erhebliche Zahl an Arbeitsplätzen verloren, was zu einem eklatanten Wegzug von Bürger\*innen aus der Region führte. Hiervon konnte sich die Region bis heute noch nicht ökonomisch und demografisch erholen (vgl. Kapitel 3.1.2). Im Rheinischen Revier steht allerdings ein weiterer Konflikt bezüglich der Braunkohleverstromung

im Fokus: Trotz des Beschlusses der sogenannten Kohlekommission, keine weiteren Ortschaften in der Nähe des Tagebaus Garzweiler II mehr für die Braunkohlegewinnung umzusiedeln und abzubaggern, wurde beschlossen, dass dies trotzdem mit der Ortschaft Lützerath geschehen soll, da für diese eine Ausnahme gelte, was zu starken Protesten innerhalb der Bevölkerung führte (vgl. Kapitel 3.1.3).

Auch die politische Landschaft unterscheidet sich in beiden Regionen: Während äußerst rechte Parteien in der Region Zeitz-Weißenfels seit der Wiedervereinigung bis heute kontinuierliche Wahlerfolge verzeichnen und andere äußerst rechte Akteur\*innen dort in hohem Maße präsent sind (vgl. Kapitel 3.1.2), schnitt die AfD in den forschungsrelevanten Wahlkreisen um das Rheinische Revier bei den letzten NRW-Kommunalwahlen im Jahr 2020 vergleichsweise schwach ab, was ebenfalls für andere äußerst rechte Parteien dort gilt (vgl. Kapitel 3.1.3). Der Landtagswahlkreis Zeitz wird seit 2016 von AfD-Politikern im sachsen-anhaltinischen Landtag direkt vertreten und auch weitere äußerst rechte Gruppen wie die Partei Der III. Weg sind dort erkennbar aktiv. In der Stadt Zeitz sind zudem rechtsextreme Symboliken im öffentlichen Raum deutlich sichtbar, und auch völkische Siedler\*innen haben sich in der Umgebung niedergelassen. Rechtspopulistische und verschwörungsideologische Bewegungen, die sich in Telegram-Gruppen organisieren, wie Reichsbürger\*innen und Coronaleugner\*innen, sind präsent. Damit lässt sich festhalten, dass äußerst rechte Parteien und Gruppierungen in der Region Zeitz-Weißenfels wesentlich aktiver als in der Region um das Rheinische Revier sind und sie dort auch auf wesentlich höhere Zustimmung in der Bevölkerung stoßen (vgl. Kapitel 3.1.2 bzw. 3.1.3). Auch ein Teilnehmer der Expert\*inneninterviews zog einen Vergleich zwischen der Situation um den Tagebau Garzweiler II und der Situation in Ostdeutschland am Beispiel des ostdeutschen Lausitzer Kohlereviers. Er stellte einen großen Unterschied hinsichtlich der lokalen Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit äußerst rechter Strukturen und teilweise auch hinsichtlich des politischen Diskurses und Stimmungsbildes fest:

Und ich würde sagen, also erstens gibt es tatsächlich Aktive und da würde ich schon sagen rechtsextreme Strukturen in der Lausitz, die quasi auch dort verankert sind, die vor Ort aktiv sind und die aber auch quasi Einfluss nehmen auf sowohl die lokale Bevölkerung als auch auf die Mitarbeiter\*innen LEAK [das ansässige Energieunternehmen] und die auch ein relevanter Player einfach sind, das gibt es bei uns [in NRW] gar nicht. [U]nd auch die, ich sag mal, lokalen Diskurse [in der Lausitz] würde ich tatsächlich nicht als ‚besorgte Bürger und konservativ katholisch‘ [wie in NRW] benennen, sondern schon als ein Großteil wählt halt AfD und meint das auch so. Und für die gibt es halt dann einfach keinen Klimawandel. Für die ist links, für die ist alles ... Die Grünen sind die eigentliche Diktatur. Also das ist, das sind Dinge, die bei uns nie gesagt wurden und auch glaube ich Leute nicht gedacht haben in NRW, da wo ich aktiv war, bin. [...] Das war jetzt zum Beispiel gestern eine große Demo und da waren zum Beispiel auch einfach Faschos vor Ort und haben dagegen demonstriert. Das war das falsche Wort, haben Gegenmacht versucht aufzubauen. Es gab auch mehrere Vorfälle, wo nichtweiße Menschen öffentlich rassistisch, hart beleidigt wurden mit Anwesenheit von Polizei. Das ist etwas, was ich in NRW einfach nicht erlebt habe und auch quasi, dass es sozusagen überhaupt Gegenproteste in dem Maßstab zusammen mit Faschos habe ich auch nicht erlebt. Ähm. Genau. [...] [U]nd dann die Antwort ist aber die AfD, die AfD ist die einzige Partei, die unsere Sorgen noch ernst nimmt. Und deswegen, und die wollen ja auch keinen Kohleausstieg und die werden das schon wieder richten. (Experte Anti-Kohle-Bündnis).

Trotz der höheren Aktivität und der höheren Zustimmung äußerst rechter Akteur\*innen in der ostdeutschen Transformationsregion zeigte sich, dass sich deren Strategien zur Verbreitung ihrer Narrative gleichen. So positionieren sich die Akteur\*innen in beiden Transformationsregionen klar gegen den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Dies begründen sie mit dem möglichen Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze in den jeweiligen Regionen, den sie als bereits gegeben annehmen. In der Region Zeitz-Weißenfels ziehen äußerst rechte Akteur\*innen dabei oft Parallelen zu den negativen Transformationserfahrungen der Region in der Nachwendezeit. Hierzu lässt sich die Vermutung aufstellen, dass Narrative, die Ängste vor Arbeitsplatzverlusten schüren, besonders bei ostdeutschen Bürger\*innen verfangen, da diese durch die Transformationserfahrungen der Nachwendezeit diesbezüglich negativ geprägt sind. Des Weiteren versuchen äußerst rechte Akteur\*innen in beiden Transformationsregionen, den Braunkohleausstieg auch aus technischer Sicht zu delegitimieren. Dabei werden beispielsweise von AfD-Politiker\*innen die Auswirkungen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei der Braunkohleverstromung auf den Klimawandel gelehrt (Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt, 2023), Ängste vor Energiepreissteigerungen geschürt (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019a) oder die künftige Energiesicherheit Deutschlands infrage gestellt (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2019b).

Ein maßgeblicher Unterschied zwischen beiden Regionen ist jedoch, dass es durch die Protestaktionen und insbesondere die Besetzung der Ortschaft Lützerath seit dem Jahr 2020 (Pasvantis, 2020; RND, 2023) eine flächendeckende Mobilisierung und Thematisierung des Transformationskonflikts in klimaaktivistischen Bündnissen und bei linkspolitischen Akteur\*innen gibt (Die LINKE NRW, 2022). Diese stehen zudem in einem starken medialen Interesse (Deutschlandfunk, 2023; Küppers, 2022; RND, 2023). Eine derartige Thematisierung des Transformationskonflikts bei linkspolitischen Akteur\*innen findet in der Region Zeitz-Weißenfels nicht statt. Allerdings werden diese Proteste auch von äußerst rechten Akteur\*innen zu Delegitimierungszwecken von klimaschutzpolitischen Akteur\*innen genutzt (vgl. Kapitel 3.1.3). Dies trifft vor allem die Partei Bündnis 90/Die Grünen, die im Zuge der Proteste in Lützerath von der AfD vermehrt mit dem Begriff des „Klimaterrors“ assoziiert wurde (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen, 2023a). Dabei ist allerdings zu betonen, dass die Delegitimierung von klimaschutzpolitischen Akteur\*innen kein Alleinstellungsmerkmal der äußerst Rechten im Rheinischen Revier ist. Auch in Telegram-Gruppen, in denen äußerst rechte Narrative in der

Region Zeitz-Weißenfels verbreitet werden, wird oft besonders negativ über Klimaaktivist\*innen und die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ berichtet (vgl. Kapitel 3.1.2).

### 3.4 Zwischenfazit: Vergleich der Forschungsregionen

In der Gesamtschau der sozialökologischen Transformationsprozesse, die im Zuge des RIOET-Projekts untersucht wurden, lässt sich festhalten: Alle untersuchten Transformationsprozesse standen im Zentrum intensiver öffentlicher, medialer und politischer Debatten und Auseinandersetzungen. Diese wurden auch lokal ausgetragen, was beispielsweise an einem diversen und umfangreichen Protestgeschehen sichtbar wurde. Als exemplarisch dafür können die zahlreichen Proteste um die Ortschaft Lützerath gelten, die trotz der Entscheidung, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier auf das Jahr 2030 vorzuziehen, nicht erhalten, sondern für die Kohlegewinnung abgebagert wurde, sowie die von zahlreichen Bürger\*inneninitiativen getragenen Proteste gegen das geplante Windkraftprojekt im nordhessischen Reinhardswald.

Dabei ließen sich mehrere Spannungsfelder bezeichnen, zwischen denen sich die Debatten und Auseinandersetzungen um die entsprechenden Transformationsprozesse bewegten. In den Forschungsregionen Harz und Reinhardswald bewegten sich diese zwischen Maßnahmen für den Klimaschutz im Sinne der Energiewende und dem Erhalt der lokalen Natur-, Kultur-, und Tourismuslandschaft in ihrer bisherigen Form. In den Kohleregionen Rheinisches Revier und Zeitz-Weißenfels ließ sich ein Spannungsfeld zwischen Klimaschutzmaßnahmen, dem Erhalt von durch den Kohleabbau bedrohten Ortschaften und strukturellen Herausforderungen, wie dem (möglichen) Verlust von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie, ausmachen.

Ein weiterer zentraler Befund der ist, dass sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Untersuchungsregionen ein breites Spektrum äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur\*innen sichtbar war. Diese bezogen sich in Positionierungen kommunikativ und/oder durch lokales Agieren auf die entsprechenden Transformationsprozesse und die mit ihnen einhergehenden Transformationskonflikte: Diesbezüglich ist als ressourcenstarke Akteurin insbesondere die AfD zu nennen, die die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag darstellt, die den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vollständig ablehnt (AfD-Bundestagsfraktion 2023a). Auf der lokalen Ebene zeigte sich, dass sich die AfD in allen Forschungsregionen sowohl auf der Handlungs- als auch auf der Kommunikationsebene zu den lokalen Transformationsprozessen und Transformationskonflikten positionierte. Dies geschah unabhängig von ihrer regionalen und kommunalen politischen Stärke, die im Bundesland NRW und in der Forschungsregion Rheinisches Revier vergleichsweise gering war, wohingegen sie im Bundesland Sachsen-Anhalt und insbesondere in der Forschungsregion Zeitz-Weißenfels vergleichsweise stark war.

Aber auch beispielsweise die neonazistische Partei Der III. Weg mobilisierte in den beforschten Regionen, indem sie Transformationsprozesse und Klimathemen adressierte. Zudem wurden äußerst rechte Protestformationen und Gruppierungen sichtbar, die vor allem in den ostdeutschen Forschungsregionen vermehrt auftraten, sich gegen geplante Windkraftanlagen wandten oder Bezüge zum Themenbereich Ökologie zeigten, wie völkische Siedler\*innen.

In den Forschungsregionen wurden zudem äußerst rechte und verschwörungsideologische Gruppen und Einzelakteur\*innen in den sozialen Medien identifiziert – etwa in Form von Telegram-Gruppen, in denen in variierenden Häufigkeiten äußerst rechte und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet wurden oder zu Protesten aufgerufen wurde. Zudem gab es mehrere Bezugnahmen äußerst rechter Medien auf verschiedene der untersuchten Transformationsprozesse, die vor allem hinsichtlich der Situation im Reinhardswald bemerkenswert waren.

# 4. Klimageneration oder Rechtsruck in der Jugend?

## Ergebnisse aus der qualitativen und der quantitativen Forschung

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen und der quantitativen Studien zusammengeführt und interpretiert. Die qualitative Studie bestand aus Expert\*inneninterviews, Fokusgruppeninterviews und narrativ-biografischen Einzelinterviews. Die Expert\*inneninterviews richteten sich an Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Umwelt- und Naturschutzorganisationen, zivilgesellschaftliche Bündnisse bzw. Bürger\*inneninitiativen, Jugendorganisationen und Präventions- und Interventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus. Sie dienten dazu, einen Überblick über die lokalen Situationen der beforschten Transformationsregionen hinsichtlich der Forschungsfragen zu gewinnen. Die Fokusgruppeninterviews, narrativ-biografischen Einzelinterviews und die quantitative Umfrage richteten sich an junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren, um deren Einstellungen zu den relevanten Aspekten entlang der Forschungsfragen herauszufinden. Die Ergebnisse der qualitativen Studie flossen auch bei der Erstellung des Fragebogens für die quantitative Umfrage, die sich ebenfalls an junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren richtete, mit ein. Dies erfüllte den Zweck, mit der quantitativen Umfrage die qualitativ ermittelten Forschungsergebnisse zu überprüfen. Des Weiteren ermöglicht dieses Forschungsdesign, dass durch die qualitative Studie die quantitativen Ergebnisse anhand von Sinnzusammenhängen der Befragten näher ergründet werden konnten.

### 4.1 Zwischen Desinteresse und Aktivismus: Einstellungen zum Klimawandel und regionalen Transformationsprozessen

#### Lokale Transformationsprozesse

Zu den oben beschriebenen sozialökologischen Transformationsprozessen (Waldsterben, Kohleausstieg, Windkraft) befragt, zeigte sich zunächst, dass fast alle Befragten der qualitativen Erhebung zumindest oberflächliches Wissen, vielfach auch ein vertieftes Wissen über diese Prozesse aufwiesen. Diese Thematiken wurden teilweise auch im eigenen sozialen Umfeld, wie in der Familie, im Freund\*innenkreis und der Schule, diskutiert.

#### *Windpark*

Das geplante Windparkprojekt im Reinhardswald stieß auf unterschiedliche Reaktionen in der qualitativen Untersuchung: Während ein Teil der Befragten dieses Projekt im Sinne der Energiewende unterstützte, äußerte eine größere Anzahl der Befragten starke Kritik. Diese hatten sich in der Vergangenheit teilweise intensiv mit dem geplanten Windparkprojekt beschäftigt und begründeten damit ihre vollständige Ablehnung. Sie berichteten, dass diese Ablehnung auch in ihren Familien und in Freund\*innenkreisen geteilt würde. Sie empfanden das Projekt beispielsweise als „absolute Frechheit“ und als „katastrophales Zeichen“, das auch von der Politik ausgehe. Dabei gründete sich diese Ablehnung auf verschiedene Aspekte. So wurden die Anlagen und die für diese benötigte Infrastruktur (zum Beispiel die Zuwegungen) als schädlich für den Wald und dessen klimaschützende Funktion betrachtet, was als konträr zu Vorstellungen des Umwelt- und Naturschutzes wahrgenommen wurde:

Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, einen Wald abzuholzen für Windräder. Denn die Bäume sorgen für saubere Luft und die wollen sie jetzt alle wegmachen für Windräder, damit wir Energie kriegen. (Anne)

Zudem wurde ein mögliches erhöhtes Waldbrandrisiko aufgrund der Anlagen thematisiert, eine massive Belastung für die eigene Ortschaft durch künftigen Schwerlastverkehr in der Bauphase der Anlagen befürchtet und teilweise vermutet, dass das Land Hessen vor allem aus Profitinteressen das Windparkprojekt im Reinhardswald realisieren wolle.

Trotz der ablehnenden Haltung, die sich unter vielen Teilnehmenden gegenüber dem geplanten Windparkprojekt zeigte, wurden Windkraftanlagen im Allgemeinen nicht abgelehnt und der Bau solcher Anlagen sowie anderer erneuerbaren Energien wurde größtenteils befürwortet. Somit betrachteten diese Teilnehmenden mehrheitlich ausschließlich Windkraftanlagen in Wäldern als problematisch, während sie, wie auch viele andere Teilnehmende, den Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Maßnahme gegen den Klimawandel unterstützten. Hierbei lassen sich Zusammenhänge zur NIMBY-Problematik erkennen, die besagt, dass Bürger\*innen zwar grundsätzlich politischen Maßnahmen

men und Entscheidungen offen gegenüberstehen können, diese allerdings ablehnen, wenn diese in ihrer unmittelbaren Nähe umgesetzt werden sollen. Dieses Phänomen wurde von Wissenschaftler\*innen bereits 2007 in Zusammenhang mit Windkraftanlagen beschrieben (Smith & Klick, 2007: 2 ff).

### *Kohleausstieg im Rheinischen und Mitteldeutschen Revier*

In den betroffenen Regionen wurde der Ausstieg aus der Kohle aus Klimaschutzgründen von den meisten Befragten in der qualitativen Erhebung befürwortet. Sie zweifelten zum Teil allerdings an der Realisierbarkeit. Insbesondere die Umsiedlungen von Dörfern für den Kohleabbau sowie die mit der Kohleindustrie verbundene lokale und globale Umweltverschmutzung wurden kritisch gesehen. So wurde mehrfach kritisiert, dass „für ein bisschen Braunkohle“, die dann irgendwann sowieso nicht mehr verfügbar sei, „ganze Dörfer und Siedlungen“ umgesiedelt werden müssten. Der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen infolge des Kohleausstiegs stieß nur wenig auf Bedenken der Befragten, was sich damit erklären ließe, dass die Befragten selbst bzw. Personen aus ihrem Umfeld nicht in der Kohleindustrie arbeiteten. Allerdings wiesen die Befragten darauf hin, dass der Ausstieg aus der Kohle sozial verträglich gestaltet werden müsste. Ein Interviewpartner sprach sich daher dafür aus, dass im Zuge des Braunkohleausstiegs dringend darauf geachtet werden müsse, „dass sie [die Leute] eben nicht ins wirtschaftlich Bodenlose fallen und um die Region halt wirklich wirtschaftlich irgendwie voranzubringen dauerhaft“ (Leon).

### *Waldsterben*

Das Waldsterben wurde von den Befragten der qualitativen Erhebung emotional und intensiv verhandelt. Die Sichtbarkeit dieses Transformationsprozesses und der damit verbundene Verlust einer Landschaft, die mit positiven (Kindheits-)Erinnerungen verknüpft war, löste bei den Befragten stärkere Gefühle und ein höheres Interesse aus. Die direkte Betroffenheit von dem Transformationsprozess wurde auch dadurch begründet, dass die Befragten, die den Wald zum Fotografieren oder Spazieren nutzen, fürchten, diesen zu verlieren. Kontroverse Diskussionen gab es bezüglich des Tourismus im Harz: Während eine Interviewteilnehmerin darauf hinwies, dass der Tourismus auf den gesunden Wald angewiesen sei, problematisierte eine andere, dass für den Tourismus auch Bäume gefällt würden und dem Wald somit dadurch geschadet würde.

### *Klimawandel*

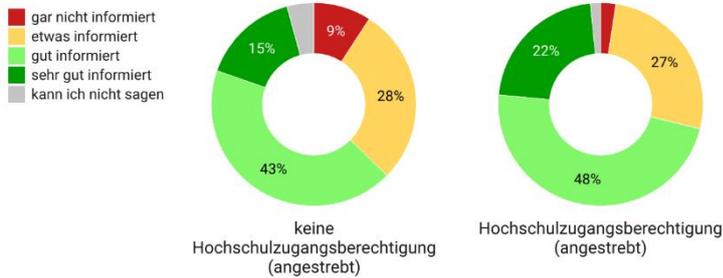
In den narrativ-biografischen Interviews und auch in den Fokusgruppeninterviews wurden die jungen Menschen nach ihren Ansichten zum Klimawandel und zu dem jeweiligen lokalen Transformationsprozess (vgl. Kapitel 3) befragt.

Sowohl das Interesse am Klimawandel als auch die Einschätzungen der Klimawandelfolgen variierten unter den Befragten: Teilweise wurde der Klimawandel als „ziemlich wichtiges“ und „ernstes“ Thema sowie als großes Problem bewertet, teilweise stieß das Thema aber auch auf Desinteresse. Teilnehmende eines Fokusgruppeninterviews gaben beispielsweise an, sich in ihrer Freizeit nicht mit dem Thema zu befassen, und wenn, dann „nur ungewollt“. In einem Fokusgruppeninterview wurde das Thema Klimawandel auch als „nervig“ beschrieben und spielte im persönlichen Umfeld keine große Rolle. Befragte der narrativ-biografischen Interviews, die sich klimapolitisch engagieren, äußerten ein erwartbar hohes Problembewusstsein für den Klimawandel und begründeten dies mit einer verstärkten persönlichen Betroffenheit.

In der quantitativen Befragung darauf angesprochen, wie gut sie sich zu den Ursachen und den Folgen des Klimawandels informiert fühlen, gaben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehrheitlich an, dass sie gut über die Ursachen (59,4 %) und die Folgen (63,8 %) des Klimawandels informiert seien. Besonders Befragte, die bereits eine Hochschulzugangsberechtigung hatten oder anstrebten, fühlten sich zu einem Drittel gut bis sehr gut informiert. In Bezug auf die Ursachen des Klimawandels teilten diese Einschätzung 64,6 % und in Bezug auf dessen Folgen waren es 69,5 %. Obwohl auch mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die voraussichtlich ohne Hochschulzugangsberechtigung von der Schule gehen werden oder bereits gegangen sind, sich in beiden Themenfeldern gut bis sehr gut informiert fühlten, schätzten sich im Vergleich lediglich 54,9 % als dementsprechend gut über die Ursachen und 58,4 % über die Folgen informiert ein.

Abbildung 1: Informiertheit über die Folgen des Klimawandels nach (angestrebtem) Schulabschluss, gewichteter Datensatz (N = 2099)

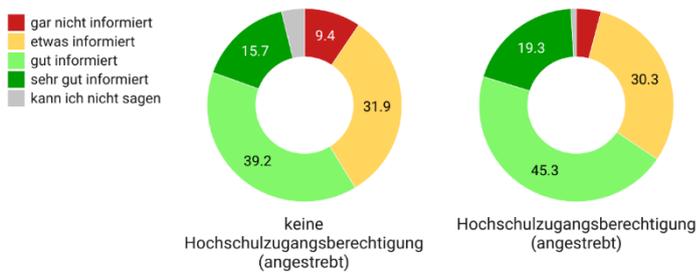
### Wie gut fühlen Sie sich insgesamt informiert über die Folgen des Klimawandels?



Created with Datawrapper

Abbildung 2: Informiertheit über die Ursachen des Klimawandels nach (angestrebtem) Schulabschluss, gewichteter Datensatz (N = 2099)

### Wie gut fühlen Sie sich insgesamt informiert über die Ursachen des Klimawandels?



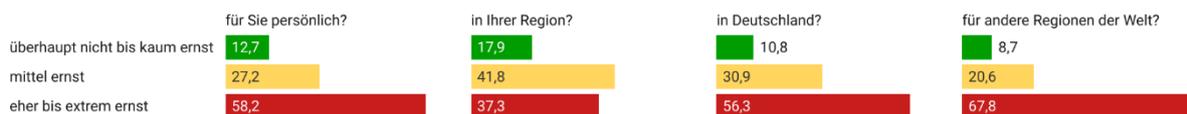
Created with Datawrapper

Wie ernst Jugendliche und junge Erwachsene das Problem mit dem Klimawandel einschätzen, wurde ebenfalls quantitativ ermittelt. Dabei wurde deutlich, dass die Mehrheit aller Befragten das Problem als eher ernst bis extrem ernst einschätzt, außer für die eigene Region. Dort teilten diese Einschätzung mit 37,3 % nur ein gutes Drittel. Für andere Regionen der Welt schätzte der größte Teil der Befragten den Klimawandel als ein eher bis extrem ernstes Problem ein (67,8 %). Nur 8,7 % ordneten das Problem mit dem Klimawandel dort als überhaupt nicht bis kaum ernst ein. Somit wurde der Klimawandel in der Befragung häufiger als globales statt als lokales Problem verortet.

In Bezug auf die eigene Region der Befragten zeigten die Ergebnisse, dass Personen aus Großstädten mit über 100 000 Einwohner\*innen mit 43,4 % am häufigsten angaben, dass durch den Klimawandel verursachte Probleme in ihrer Region eher bis extrem ernst seien. Unter denjenigen Befragten, die in einem kleinen Ort mit unter 5000 Einwohner\*innen lebten, teilte nur ein Drittel diese Einschätzung.

Abbildung 3: Problemwahrnehmung im gewichteten Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

#### Was denken Sie, wie ernst ist derzeit das Problem mit dem Klimawandel...



Erstellt mit Datawrapper

Mit Blick in die quantitativen Daten bestätigt sich außerdem die Vermutung, dass nicht nur das Interesse für die Themen Klimaschutz und Klimawandel unter den in Ostdeutschland lebenden Befragten etwas geringer war, sondern auch, dass die dort lebenden das Problem mit dem Klimawandel etwas seltener als eher bis extrem ernst einschätzten. So gaben unter den in Westdeutschland lebenden Befragten 54,4 % an, dass sie sich ziemlich bis sehr stark für die Themen Klimaschutz und Klimawandel interessierten und nur 46,9 % der in Ostdeutschland lebenden. Unter den

Befragten, die in Berlin leben gab mit 57,9 % ein noch größerer Anteil an, ziemlich bis sehr an diesen Themen interessiert zu sein.

Mit Blick auf die Problemeinschätzung des Klimawandels, gaben rund 15,8 % der in ostdeutschen Befragten an, dass das Problem mit dem Klimawandel für sie persönlich überhaupt nicht bis kaum ernst sei, während die Einschätzung 12,4 % der westdeutschen Befragten teilten. Dementsprechend schätzten letztere mit 59,4 % das Problem für sich persönlich als eher bis extrem ernst ein. Der Anteil der ostdeutschen Befragten war hier mit 52,2 % geringer.

Das Wissen um den Klimawandel variierte auch unter den Befragten in der qualitativen Erhebung. Während alle Befragten der qualitativen Interviews den menschengemachten Klimawandel anerkannten, äußerten einzelne Personen Zweifel daran, die Hauptverantwortung dafür bei Menschen zu sehen:

Also ich würde persönlich sagen, dass der Mensch auch eine Teilschuld hat, so aber nicht komplett allein verantwortlich dafür ist. Viele würden ja sagen, der Mensch verursacht den Klimawandel, aber Mutter Natur weiß auch, was sie tut. Und wir können ja auch nicht immer etwas für das Wetter und generell, ob es wärmer oder kälter wird. Deswegen würde ich auch Mitschuld auf die Natur schieben. (Fabian)

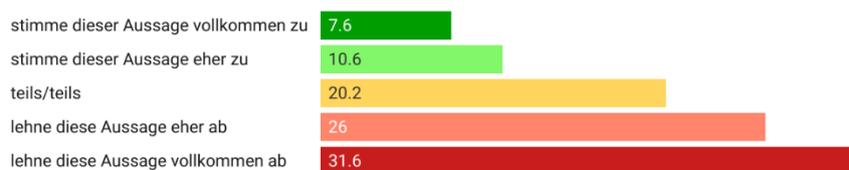
Diese und ähnliche Aussagen wie „Den Klimawandel, den gab es ja schon immer“ oder die Aussage, wir befänden uns am „Ende einer Eiszeit“ und die Temperaturen würden sich „so oder so anheben“, wiesen darauf hin, dass es bei den Befragten gegebenenfalls eine Wissenslücke gibt. Diese Wissenslücke, die ggfs. mit Klimawandelskepsis oder Klimawandelleugnung verknüpft ist, bietet Anknüpfungspunkte und Parallelen zu Narrativen der äußersten Rechten (vgl. Kapitel 3.2), weswegen entsprechende klimaleugnende oder klimaskeptische Aussagen auch in der quantitativen Befragung aufgenommen wurden.

Dort lehnten über die Hälfte der Befragten die Aussage, dass der Klimawandel nicht vom Menschen gemacht sei, eher oder vollkommen ab und nahmen den Klimawandel damit als menschengemacht an. Insgesamt 18,2 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten der Aussage aber (eher) zu und weitere 20,2 % gaben an, teilweise zuzustimmen. Die Zustimmungswerte hierzu unterschieden sich unter Berücksichtigung des (angestrebten) Schulabschlusses der Befragten. So lehnten über 37 % der Befragten mit Fachhochschulreife oder Abitur diese Aussage vollkommen ab. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die niedrigere Schulabschlüsse hatten oder anstrebten, lag die vollkommene Ablehnung im Vergleich bei nur knapp 25 %.

Abbildung 4: Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)<sup>15</sup>

### Der Klimawandel ist nicht von Menschen gemacht.

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu ■ stimme dieser Aussage eher zu ■ teils/teils ■ lehne diese Aussage eher ab ■ lehne diese Aussage vollkommen ab



Created with Datawrapper

Auch die Aussage „Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt“ wurde in der Onlinebefragung zur Abstimmung gestellt. Dabei gaben 11,6 % aller Befragten an, dass sie dieser vollkommen oder eher zustimmten. Weitere 21,1 % stimmten der Aussagen teils/teils zu. Somit teilten insgesamt 63,1 % aller Befragten diese klimaskeptische Aussage nicht.

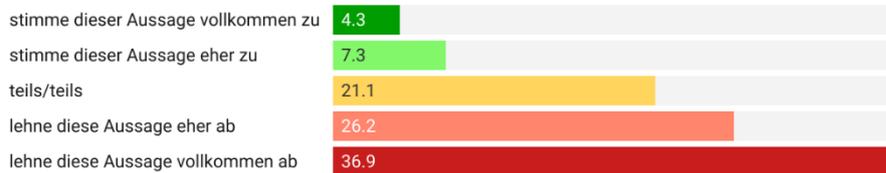
<sup>15</sup> In den folgenden Abbildungen sind die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ nicht mit aufgeführt, weswegen die Antworten in den Grafiken meist nicht auf 100 % kommen.

Abbildung 3: Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

## Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.

in %

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu ■ stimme dieser Aussage eher zu ■ teils/teils ■ lehne diese Aussage eher ab ■ lehne diese Aussage vollkommen ab



Created with Datawrapper

Bemerkenswert war bei dieser Aussage, dass mit 13,8 % Zustimmung (vollkommen bis eher) dieser Anteil bei den Befragten ohne Hochschulzugangsberechtigung oder mit derzeit angestrebter Berechtigung größer war als bei denjenigen, die ein Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss hatten oder anstrebten. Im Vergleich dazu betrug der Anteil dieser Gruppe knapp ein Zehntel. Die teils/teils-Kategorie fand insgesamt viel Anklang, wobei der Anteil bei Personen ohne Hochschulzugangsberechtigung mit 26,2 % fast 10 % höher lag als bei der Vergleichsgruppe.

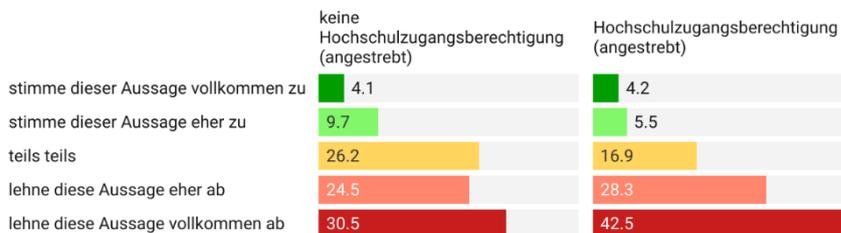
Die Daten zeigten somit, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss seltener an der wissenschaftlichen Existenz des Klimawandels zu zweifeln scheinen und auch weniger unentschlossen in Bezug auf diese Frage sind.

Abbildung 4: Es gibt keine ausreichenden wissenschaftliche Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt, gewichteter Datensatz nach (angestrebtem) Schulabschluss, N = 2032 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

## Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.

in %

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu ■ stimme dieser Aussage eher zu ■ teils teils ■ lehne diese Aussage eher ab ■ lehne diese Aussage vollkommen ab



Created with Datawrapper

In der Onlinebefragung wurden auch weitere Aussagen abgefragt (vgl. Abbildung 5), die eine skeptische Einstellung zum Klimawandel beschrieben. Bei der Aussage, ob Personen, die in der Öffentlichkeit dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehen, unfair behandelt würden, waren die Einschätzungen der Befragten gespalten. Allerdings wählte der größte Anteil die teils/teils-Kategorie, womit ein Drittel (33,7 %) zumindest teilweise zustimmte und sich nicht klarer positionieren mochte. Ein weiterer Anteil über 30 % lehnte die Aussage eher oder vollkommen ab, während 29,3 % zustimmten (vollkommen oder eher), dass klimawandelskeptische Personen unfair behandelt würden.

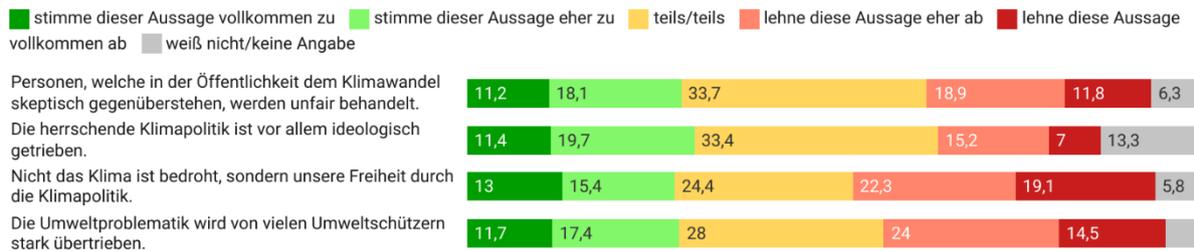
Auch bei der Aussage, dass die herrschende Klimapolitik vor allem ideologisch getrieben sei, war der Anteil derer, die mit teils/teils antworteten, mit 33,4 % am größten. Es lehnten weniger Jugendliche und junge Erwachsene diese Aussage vollkommen oder eher ab (22,2 %) als diejenigen, die eher oder vollkommen zustimmten (31,1 %).

Eine stärkere Festlegung fand sich bei der Aussage „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik“. Diese wurde von über 40 % der Befragten vollkommen oder eher abgelehnt. Dennoch gab mit 28,4 % eine bedeutende Gruppe an, der Aussage vollkommen oder eher zuzustimmen. Auch hier stimmte ein Viertel der Befragten (24,4 %) teilweise zu und/oder mochte sich nicht deutlicher festlegen.

Dass die Umweltproblematik von Umweltschützer\*innen stark übertrieben werde, war eine Einschätzung, der fast 30 % der Befragten folgten. Mit 38,5 % war der Anteil derer, die hier nicht zustimmten, etwas größer.

Abbildung 5: Weitere Aussagen zur Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz, N = 2099

## Weitere Aussagen zur Klimawandelleugnung



Erstellt mit Datawrapper

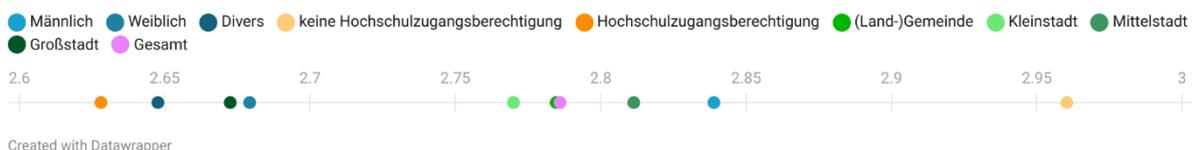
Somit zeigte sich in der quantitativen Befragung, dass die Einschätzungen zu Aussagen über Klimawandelleugnung und -skepsis zum Teil stark variierten. Die Debatte um die Bedrohung des Klimas versus die Bedrohung der Freiheit durch Klimapolitik war besonders polarisierend, wobei sich jeweils ein großer Anteil der Befragten auf Zustimmung oder Ablehnung festlegte. Deutlich wurde hier aber auch, dass es vor allem unter Berücksichtigung der großen teils/teils-Kategorien große Zustimmungen zu diesen Aussagen gab, die auch klare Anknüpfungspunkte zu Klimanarrativen der äußersten Rechten boten, auf die im weiteren Verlauf genauer eingegangen werden soll.

Abbildung 6 zeigt, dass es in den Daten der RIOET-Erhebung signifikante Unterschiede ( $p = 0,030$ ) in der Zustimmung zum Index der Klimawandelleugnung zwischen den Geschlechtern gab. Dabei fällt auf, dass die männlichen Befragten (2,84) im Mittel den klimawandelleugnenden Aussagen häufiger zustimmten als die weiblichen (2,68) und die kleine Gruppe der diversgeschlechtlichen Befragten (2,65).<sup>16</sup>

Abbildung 6: Mittelwerte zur Zustimmung zum Index der Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz

## Zustimmung Index Klimawandelleugnung

Mittelwerte (gesamt=2,76)



Created with Datawrapper

Signifikant war auch der Unterschied zwischen den (angestrebten) Schulabschlüssen, der hier unter allen Gruppenvergleich am größten ausfiel. So wählten die Befragten ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung (2,96) im Mittel häufiger die teils/teils-Kategorie und stimmten den klimawandelleugnenden Aussagen damit zumindest teilweise zu. Die Befragten, die zur Zeit der Befragung ein Abitur oder einen vergleichbaren Schulabschluss hatten oder anstrebten, tendierten weniger deutlich zur Mittelkategorie (2,63).

Mit Blick auf die Größe der Wohnorte der Befragten zeigte sich, dass es auch hier Unterschiede in der Zustimmung zum Index zur Klimawandelleugnung gab. Dabei gab es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der beobachteten Zustimmung zum Index und dem Wohnen in der Großstadt. Unter den Befragten, die angaben, in Großstädten (2,67) zu wohnen, war die Zustimmung zu klimawandelleugnenden Aussagen im Mittel am geringsten. Die im Mittel höchsten Zustimmungen hatten die Befragten, die in Mittelstädten wohnten und die mit einem Wert von 2,8 im Schnitt dazu neigten, den Aussagen zumindest teilweise zuzustimmen oder sich nicht entscheiden zu wollen. Dabei gab es allerdings keine statistische Signifikanz.<sup>17</sup> Auch mit Blick auf eventuelle Ost-West-Unterschiede in der Zustimmung zu den klimawandelleugnenden Aussagen zeigten sich hier keine signifikanten Unterschiede.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Mittelwertindex der likertskalierten Items aus Abbildung 5 von 1 = „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5 = „stimme dieser Aussage vollkommen zu“. Bei den Mittelwerten gilt also: Je höher der Wert, desto höher die durchschnittliche Zustimmung zu klimawandelleugnenden Aussagen. Ein Wert von 2,65 bedeutet hier also, dass die befragte Gruppe im Schnitt Aussagen eher ablehnte oder teils/teils auswählte.

<sup>17</sup>  $p > 0,05$

<sup>18</sup>  $p > 0,05$  im ungewichteten Datensatz.

## 4.2 Emotionen zum Klimawandel

Ja, ich finde es auch schade, dass die Menschheit das Klima so zerstört haben. Dass jetzt auch/ Also ich habe gehört, dass an den Polen jetzt auch anfangen, Blumen zu wachsen. Und das ist ja gar nicht gut und/ Ja.  
(Alina)

Nach ihren Gefühlen zum Klimawandel gefragt, äußerten die meisten Teilnehmenden der qualitativen Interviews negative Gefühle. So wurde der Klimawandel mit Gefühlen wie „Angst“, „Traurigkeit“, „Bedauern“, „Unwohlsein“, „Unbehagen“, „Ohnmacht“, „Machtlosigkeit“, „Verzweiflung“ und „Allein-Gelassen-Sein“ sowie mit „Wut“ und „Frustration“ oder einem allgemein „schlechten Gefühl“ assoziiert. Dabei brachten Teilnehmende immer wieder diese Gefühle mit verschiedenen Phänomenen und Perspektiven in Verbindung.

Tabelle 8: Kontextualisierte geäußerte Gefühle bezüglich des Klimawandels in den qualitativen Interviews

Negative Gefühle im Kontext des Klimawandels	Kontext/Auslöser	Gefühlsrichtung
Angst, Unbehagen, Traurigkeit, weitere negative Gefühle (aber auch Zynismus)	Wahrnehmung klimawandelbedingter negativer Folgen, auch im Kontext sozialökologischer Transformationsprozesse	im Allgemeinen
schlechtes Gewissen	Wahrnehmung, selbst zu wenig gegen den Klimawandel zu tun	selbstbezogen
Machtlosigkeit, Ohnmacht, Verzweiflung	begrenzte eigene Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel	selbstbezogen
Frustration und Wut	mangelndes Engagement im Kampf gegen den Klimawandel; fehlendes Interesse am Thema, Ignorierung bis Leugnung des Klimawandels	fremdbezogen (Mitmenschen, Gesellschaft)
Allein-Gelassen-Sein, Frustration, Wut, Machtlosigkeit, Enttäuschung, Sich-klein-Fühlen	mangelndes Handeln politischer Akteure bezüglich des Klimawandels, Lobbyismus	fremdbezogen (Politik)
starke negative Gefühle, Gewaltfantasien, aber auch Verständnis	die Aktionen der ‚Letzten Generation‘	fremdbezogen (Letzte Generation)

So zeigte sich ein konkretes Bedauern um einen Verlust von Landschaft und Natur, der, wie im Falle des Waldsterbens in der Harzer Region, dem Klimawandel zugerechnet wurde. Andere Teilnehmende verknüpften ihre mit dem Klimawandel verbundenen Gefühle mit negativen Zukunftsperspektiven:

[A]ls junger Mensch macht es mir Angst für meine Zukunft, aber auch vor allem Angst für die Zukunft um die Generationen, die nach mir kommen soll. Weil, mein Traum ist es schon, irgendwann eine Familie zu gründen und Kinder zu haben und irgendwie denen ein gutes Leben zu geben zu können. Und wenn jetzt immer so weitergemacht wird, wie es jetzt ist, wird das ein bisschen schwieriger werden. (Ciel)

Auch Markus hatte ein „schlechtes Gefühl“ bezüglich des Klimawandels, den er für etwas „Schlimmes“ hielt und der auch in naher Zukunft negative Folgen haben werde. Gleichzeitig war er der Auffassung, dass er derzeit selbst noch zu wenig gegen den Klimawandel tun würde, und verband dies mit einem schlechten Gewissen.

Ähnlich wie Markus bezogen auch Annalena und Sebastian ihre Gefühle zum Klimawandel auf sich selbst und verknüpften diese dabei mit einer negativen Wahrnehmung ihrer Handlungsmöglichkeiten bezüglich des Klimawandels. Sie beschrieben, dass sie sich als einzelne Personen „sehr machtlos“ fühlen würden oder nur „sehr wenig Einfluss“ hätten.

Verschiedene Aussagen zum Umweltaffekt, also der „emotionale[n] Reaktion zu Umweltthemen mit positiven oder negativen Gefühlen“ (BMUV, 2023, S. 48), wurden auch in der Onlinebefragung abgefragt.<sup>19</sup> Die Ergebnisse verdeutlichen dabei, dass viele Jugendliche und jungen Erwachsene negative Gefühle in Bezug auf den Klimawandel teilen. So stimmten 65,4 % aller Befragten eher bis vollkommen zu, dass sie menschengemachte Umweltprobleme wütend

<sup>19</sup> Ursprünglich wurde in den regelmäßigen Umweltbewusstseinsstudien (UBSs) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) die Kenngröße des Umweltaffekts erfragt. Einige Aussagen zur emotionalen Reaktion auf den Klimawandel und dessen Folgen wurden im Rahmen des RIEOT-Projekts hieran anschließend mit in den Fragebogen aufgenommen. In den UBSs gibt es eine vierstufige Antwortskala: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“. In der vorliegenden Befragung wurde wie bei der Mehrheit der Items eine fünfstufige Likertskala vorgegeben.

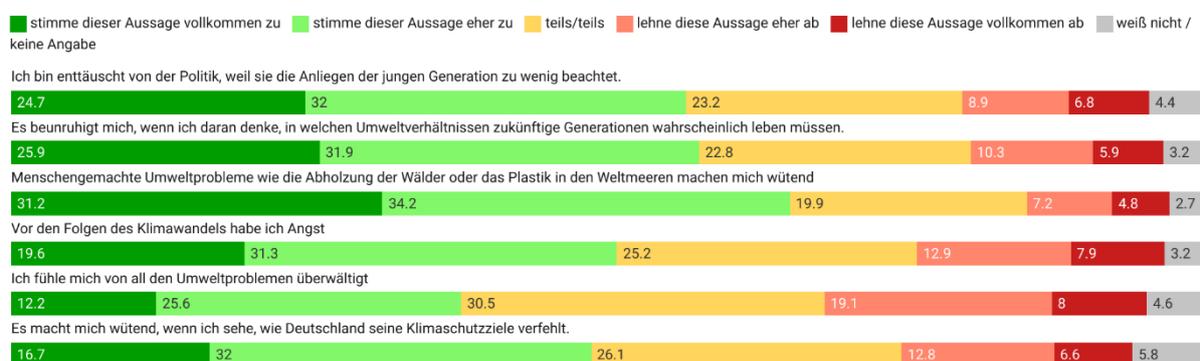
machten, und 57,8 % waren (eher) beunruhigt, wenn sie daran dachten, in welchen Umweltverhältnissen zukünftige Generationen leben müssen. Über die Hälfte der Befragten stimmte zu, dass sie enttäuscht von der Politik seien, weil sie die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachte (vgl. Abbildung 7).

Noch höher fielen diese Zustimmungen mit Blick auf Geschlechterunterschiede der Befragten aus. Unter den weiblichen Teilnehmenden stimmten mit 72,8 % fast drei Viertel der Aussage zu, dass Probleme wie die Abholzung der Wälder oder das Plastik in den Weltmeeren sie wütend machten. Unter den männlichen Befragten teilte mit 58,5 % zwar auch ein Großteil diese Einschätzung, aber dennoch waren es deutlich weniger als bei den befragten Frauen und Mädchen. Ein ähnliches Bild zeichnete sich auch bei der Zustimmung zur Aussage „Vor den Folgen des Klimawandels habe ich Angst“ ab. Während hier über die Hälfte (56,8 %) der weiblichen Befragten eher oder vollkommen zustimmte, waren es unter den männlichen Befragten nur 45,5 %.

Ebenso mit Blick auf die jeweiligen Bildungsniveaus zeigen sich deutliche Unterschiede in der Bewertung der Items zum Umweltaffekt. Befragte, die ein (Fach-)Abitur, eine allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss hatten oder anstrebten, stimmten zu 72,7 % vollkommen oder eher zu, dass sie menschengemachte Umweltprobleme wütend machten. Bei den Befragten, die einen niedrigeren Schulabschluss hatten oder derzeit abschlossen, waren es im Vergleich nur 57,7 %. Außerdem fühlten sich unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit (angestrebter) Hochschulzugangsberechtigung mit 43,1 % nach eigener Angabe mehr Personen überwältigt von den Umweltproblemen als unter denen, die keine Hochschulzugangsberechtigung hatten oder anstrebten (31,3 %).

Abbildung 7: Items zum Umweltaffekt, gewichteter Datensatz, N = 2099

### Umweltaffekt



Created with Datawrapper

Neben dem eigenen Handeln brachten die Teilnehmenden der qualitativen Interviews ihre negativen Gefühle zum Klimawandel auch mit dem Handeln anderer oder einem wahrgenommenen mangelnden Interesse an diesem in Verbindung. So beschrieb Bilal ein Gefühl der Trauer darüber, dass sich viele Menschen nicht für den Klimawandel interessieren würden und die Zerstörung der Umwelt unvermindert fortgesetzt werde. Andere Teilnehmende waren der Meinung, dass der Klimawandel von vielen nicht ernst genommen, in seinen Ausmaßen nicht verstanden würde oder zu wenig Handlungsdruck gegeben sei: „Man sieht Länder brennen. Man sieht komplette Eisschichten schmelzen. Und die Leute verstehen es nicht“ (Ryan). Celine verband diese Auffassung mit einem „unfassbaren Frust“ und „Wut“ bezüglich der „Menschen, die jetzt verdammt noch mal ihren Arsch nicht hochkriegen, um ordentlich sich darum zu kümmern, dass es besser wird“ (Celine), während Janosch seine Wut gegenüber klimawandelleugnenden Personen artikuliert:

Also, das macht mich halt auch ziemlich wütend, einfach dann diesen Menschen gegenüberzutreten und da zu sagen: Ja, also warum ignorierst du das, dass es das gibt? Und man KANN es nicht ignorieren. Und dann halt mit irgendwelchen Verschwörungstheorien antworten, wo dann halt auch wirklich gar kein Sinn mehr dahintersteckt. (Janosch)

Mehrere Teilnehmende verbanden ihre negativen Gefühle zum Klimawandel mit einer Bewertung politischen Handelns in Bezug auf diesen. Max fühlte sich beispielsweise beim Umgang mit dem Waldsterben im Harz nicht nur machtlos, sondern auch von der Politik „alleingelassen“. Eine Teilnehmerin beschrieb ein Gefühl der „Frustration“, welches sie auf das Handeln politischer Akteur\*innen bezog:

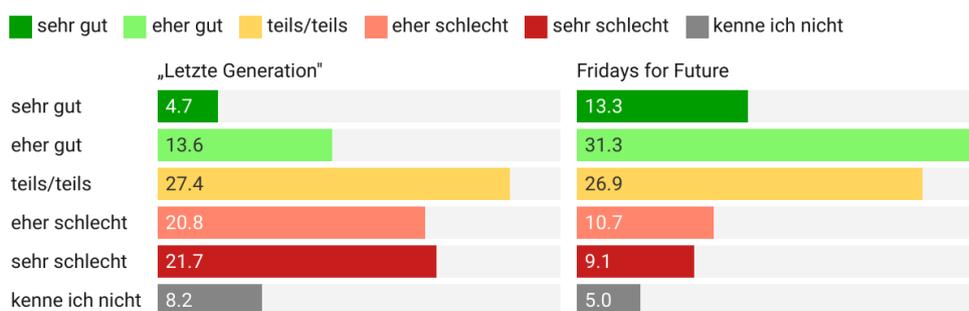
Es löst persönlich ganz viele Gefühle aus, die natürlich Handlungen auslösen, besonders so derzeitige Frustrationen bezüglich unserer politischen Akteure, die halt relativ wenig Handlungen in Betracht ziehen und das auch eher verhindern, dass unsere Meinung stark durchgesetzt wird. Was ich zum Klimawandel denke, ist, dass es besonders Angst in mir auslöst, Verzweiflung. Also sehr viele Emotionen, die negativ belastet sind, aber auch dennoch irgendwie was Schönes, weil unser Klima generell ist auch unsere Welt und die ist halt unfassbar schön und ich bin sehr dankbar, dass ich hier sein darf. (Lisa)

Während Teile der Bevölkerung und politische Akteur\*innen eher aufgrund eines wahrgenommenen Nichthandelns bezüglich des Klimawandels mit negativen Gefühlen in Verbindung gebracht wurden, wurde die klimaaktivistische Gruppierung „Letzte Generation“ aufgrund ihres Handelns oftmals mit negativen Gefühlen belegt – bis hin zur Artikulation expliziter Gewaltfantasien. So erachteten viele Teilnehmende die Ziele der Gruppe zwar als legitim oder äußerten vereinzelt Verständnis für deren Agieren. Oftmals aber wurde das Mittel der Straßenblockade als eher kritisch betrachtet oder vehement abgelehnt. Beispielsweise wurde die Vermutung geäußert, dass die Gruppierung mit ihren Aktionen negative Gefühle hervorrufen und dadurch der Klimawandelthematik eher schaden würde. Andere Teilnehmende sprachen beispielsweise davon, dass sie die Aktionen der Gruppierung als „abartig“, „affig“ oder „sehr schrecklich“ empfinden würden, auch weil sie teilweise der Meinung waren, dass durch die Blockaden Rettungswagen und damit Menschenleben gefährdet seien. Jennifer äußerte zudem, dass sie die Gruppierung in „Rage“ bringen würde, und glaubte, bei einer entsprechenden Straßenblockade „nicht bremsen [zu] können“, während Nils sagte, dass er „die von der Straße runterkloppen“ würde.

Auch in der Onlinebefragung wurden die Aktionen der „Letzten Generation“ negativ von den Teilnehmenden der Onlinebefragung bewertet (vgl. Abbildung 8). So gaben lediglich 18,3 % aller Befragten an, dass sie sie eher oder sehr gut bewerten würden, während über 40 % die Aktionen eher oder sehr schlecht fanden. Im Vergleich dazu wurden die Aktionen von „Fridays for Future“ deutlich positiver aufgenommen. Fast 45 % aller Befragten bewerteten diese als sehr oder eher gut.

Abbildung 8: Bewertung der Aktionen der „Letzten Generation“ und von Fridays for Future im gewichteten Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

### Wie bewerten Sie die Aktionen von...



Created with Datawrapper

Schließlich gab es in den Fokusgruppeninterviews vereinzelt Teilnehmende, die ihre Gefühle gegenüber dem Klimawandel als eher „gemischt“ beschrieben und sich von der Thematik teilweise „genervt“ zeigten oder eine eher neutrale und abgeklärte Gefühlshaltung einnahmen, die sich teilweise auch als zynisch oder nihilistisch interpretieren lässt:

Also ich [habe] ziemlich neutrale [Gefühle] grundsätzlich erst mal, weil ich der Meinung bin, dass die Menschheit so oder so früher oder später ausstirbt und dass wir uns mit dem Gedanken anfreunden können, die Erde wird es auch nicht ewig geben, das ist nur ein Fakt. Und ja, ich meine, klar können wir darauf achten, dass wir unser Leben auf der Erde nicht unnötig schnell kaputtmachen, aber ja, früher oder später, gerade in Anbetracht dessen, dass wir uns am Ende in einer Eiszeit befinden und sich sowieso die Temperaturen so oder so anheben werden, ja, das ist alles endlich im Universum, sage ich mal so. (...) Also ich sehe das ganz nüchtern. (Max)

Die vielfältigen und überwiegend negativen Gefühle der Teilnehmenden verdeutlichten ihre tiefgreifende Besorgnis und das Gefühl der Ohnmacht angesichts des Klimawandels. Insbesondere der wahrgenommene Mangel an umfassenden politischen Maßnahmen sowie das fehlende Engagement vieler Mitmenschen trugen erheblich zu dieser emotionalen Belastung bei.

### 4.3 Wirtschaft, Politik oder ich? Verantwortlichkeiten zum Klimawandel

Die Frage, welche Akteur\*innen die Verantwortung für den Klimawandel tragen und welchen Akteur\*innen politisches Lösungsvermögen für dessen Bekämpfung zugetraut wird, war ein wichtiger Aspekt in den qualitativen und quantitativen Befragungen.

In Hinblick auf die Frage, wer die Verantwortung für den Klimaschutz tragen müsse, wurde in der Onlinebefragung auch die Zustimmung zur Aussage „Reiche Länder wie Deutschland, die mehr Treibhausgase ausgestoßen haben, tragen mehr Verantwortung für den Klimaschutz“ erfragt. Insgesamt stimmten dieser Aussage 47,1 % der Teilnehmenden eher oder vollkommen zu und nur 6,6 % lehnten sie vollkommen ab. Für über die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stand außerdem fest, dass Deutschland für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern mitverantwortlich sei. Lediglich 6,8 % aller befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen lehnten diese Aussage vollkommen ab (vgl. Abbildung 9).

Die Antworten zeigen, dass die Mehrheit der Befragten der Meinung war, dass Deutschland und andere reiche Länder, die historisch bedingt mehr Treibhausgase ausstoßen und damit mehr klimaschädliche Emissionen produzierten, auch eine größere Verantwortung für den Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels tragen müssen. Die Befragten zeigten also deutlich ein Bewusstsein für die Thematik und reflektierten die historischen und globalen Dimensionen des Klimawandels sowie die Rolle, die reiche Länder wie Deutschland dabei spielen sollten.

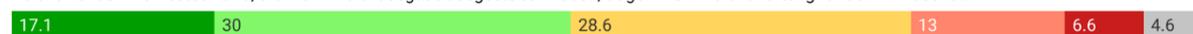
Der recht große Anteil derer, die jeweils mit „teils/teils“ antworteten, könnte zum einen ein Hinweis auf eine Verunsicherung der Befragten sein oder aber darauf, dass ihnen eine klare Antwort auf diese komplexen Themen schwerfiel und sie somit lediglich in Teilen zustimmten.

Abbildung 9: Aussagen zur Verantwortung für Klimaschutz und -wandel im gewichteten Datensatz (N = 2099)

## Aussagen zur Verantwortung für Klimaschutz und Klimawandel

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu   
 ■ stimme dieser Aussage eher zu   
 ■ teils/teils   
 ■ lehne diese Aussage eher ab   
 ■ lehne diese Aussage vollkommen ab   
 ■ weiß nicht / keine Angabe

Reiche Länder wie Deutschland, die mehr Treibhausgase ausgestoßen haben, tragen mehr Verantwortung für den Klimaschutz.



Für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern sind wir in Deutschland mitverantwortlich.



Created with Datawrapper

Wurde die Ursache für den Klimawandel als menschengemacht gesehen, stellte sich im Anschluss meist die Frage, welche Akteur\*innen auf welchen Ebenen die Verantwortung für ihn tragen und wie sie handeln sollten, um ihn zu bekämpfen. Bei der Auswertung der qualitativen Interviews konnten hauptsächlich drei Ebenen ausgemacht werden, auf welchen die Befragten Verantwortung für den Klimawandel und dessen Bekämpfung ausmachten: die ökonomische Ebene, die politische Ebene und die individuelle Ebene.

Sahen die Teilnehmenden die Verantwortlichkeit auf der ökonomischen Ebene, sprachen sie die industrielle Produktionsweise an, wobei explizit der Kohleabbau genannt wurde. Dementsprechend wurden für eine gerechte Bewältigung des Klimawandels Lösungsansätze auf der ökonomischen Ebene vorgeschlagen. So forderte eine Person beispielsweise, dass vor allem Großkonzerne Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen müssten und dies weniger von Einzelnen erwartet werden sollte:

Aber, finde ich, ein falscher Ansatz, jetzt zwingend an den Einzelnen zu gehen. Ich meine, klar muss das in alle Köpfe rein, dass was passieren muss. Aber in erster Linie sollte man sich an Großkonzerne richten und da Maßnahmen ergreifen. Weil, das ist letztendlich bei weitem machtvoller. (Joseph)

Tobias, ein Teilnehmer eines Einzelinterviews aus dem Harz, übertrug die strukturelle kapitalistische Problematik bezüglich des Klimawandels auch auf den regionalen Konflikt des Umgangs mit dem Totholz im Harz. Dabei sah er einen wirtschaftlichen Konflikt zwischen Waldbesitzenden, die das Holz als Rohstoff verkaufen möchten, und dem Nationalpark, der das Totholz liegen lassen möchte, damit dieses für Organismen als Biotop fungieren kann:

Und das hatte ja verschiedene Reaktionen auch zur Folge, wo erst mal gerade auch von den kommerziellen Waldbesitzern so eine Abwehrreaktion war und auch so eine Gegenreaktion gegen den Nationalpark. Die gesagt haben: „Wie könnt ihr das da alles laufen lassen? Ihr müsst jetzt Borkenkäferfallen aufstellen und das muss ja alles rausgeholt werden, das Totholz!“ Und das war ja auch erst mal eine Riesendiskussion gewesen, wo halt auch gerade von politischer Seite die CDU und das konservative, rechte Lager doch sehr Stimmung gegen die Nationalparkideen gemacht haben. Einfach weil sie halt auch da die forstwirtschaftlich Arbeitenden mehr im Fokus hatten. Also das hatte auch kapitalistische Hintergründe, das Ganze. (Tobias)

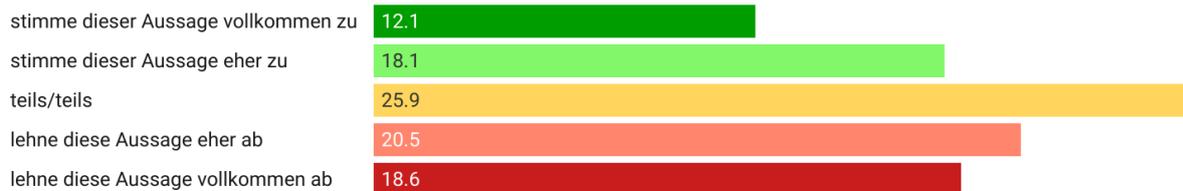
Neben Lösungsansätzen, die die ökonomische Sphäre adressierten, wurden auch Lösungsstrategien genannt, die auf die politische Ebene zielten. Diese sollten beispielsweise mehr Menschen und Staaten in die Verantwortung nehmen („mehr globale Ansätze“) oder sich an wissenschaftlichen (entgegen emotionalisierten) Erkenntnissen orientieren: „Weniger Gefühlsbetontheit, sondern mehr Kompetenz und Fakten“ (Max). In Verbindung mit der ökonomischen Sphäre wird der Politik dabei eine Steuerungs- und Reglementierungsaufgabe zugeschrieben. Hier sollten beispiels-

weise „Unternehmen und Konzerne [...] in der Art, wie sie Dinge produzieren, herstellen und handeln“ (Jay) eingeschränkt werden. Zudem wurden die Rolle und die Verantwortlichkeit von anderen Staaten, darunter emissionsstarken Ländern wie den USA und China, kritisch diskutiert.

Abbildung 10: Item zur Verantwortung für den Klimaschutz, gewichteter Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

## Was wir hier in Deutschland für den Klimaschutz machen, ist völlig egal. Soll China doch erst mal mit Klimaschutz anfangen.

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu
 ■ stimme dieser Aussage eher zu
 ■ teils/teils
 ■ lehne diese Aussage eher ab
 ■ lehne diese Aussage vollkommen ab



Created with Datawrapper

Das Narrativ, dass China sich zunächst für den Klimaschutz engagieren sollte, da entsprechende Maßnahmen in Deutschland ansonsten keinen wirklichen Einfluss hätten, wurde entsprechend auch im Onlinefragebogen erfragt. Ein knappes Drittel der Befragten stimmte dieser Einschätzung eher oder vollkommen zu. Während sich ein gutes Viertel hier nicht klar positionierte, lehnten knapp 40 % die Einschätzung eher oder vollkommen ab.

Dass „jemand“ bei der Bekämpfung des Klimawandels den Anfang machen müsse und dabei Deutschland „als Vorreiter beziehungsweise als Vorbild für die anderen Länder fungieren könnte“ (Julio), war eine Position, die in der qualitativen Befragung diskutiert wurde. Allerdings gab es auch kritischere Stimmen bezüglich Deutschlands Vorreiterrolle bei der Energiewende:

Das Spannende ist bei dieser Sache ist ja, Deutschland will immer so ein gewisser Vorreiter sein und zeigen: Da soll es langgehen! Und das ist an sich kein schlechter Ansatz, jedoch muss man halt immer gucken: Kann ich das gerade überhaupt leisten, ohne dass irgendwas anderes darunter leidet, was vielleicht wichtig ist? Und wenn ich mir denke, man schaltet unsere Atomkraftwerke ab, dann schalten halt alle Nachbarländer nicht automatisch ihre Atomkraftwerke ab. (Simon)

Zwar betonte Simon im weiteren Verlauf des Interviews, dass er eine Notwendigkeit in Deutschlands Vorreiterrolle sehe, allerdings kritisierte er am Beispiel der Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke die Effizienz dieser Maßnahmen, wenn andere Länder diese Maßnahmen nicht ergreifen würden. Ebenfalls bekundete er Skepsis darüber, ob erneuerbare Energien effizient genug seien, um ausreichend Strom zu gewinnen. In einem anderen Fokusgruppeninterview gab es auch Stimmen, die Deutschlands Einsatz gegen den Klimawandel aus diesem Grund komplett ablehnten: „Und wir sind da, glaube ich, 0,2 % von dem Klimascheiß da. Und ja, darauf geschissen. Ist so“ (Nils).

Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels wurde auch auf der kommunalpolitischen Ebene verortet, wobei jedoch auf Limitierungen der politischen Handlungsfähigkeiten bezüglich der Entscheidungsgewalten hingewiesen wurde. Oliver, der selbst im Stadtrat einer Stadt der Region Zeitz-Weißenfels saß, merkte diesbezüglich an, dass es auf der kommunalpolitischen Ebene einfacher sei, direkte Maßnahmen für den Klimaschutz zu treffen (Hochwasser- und Umweltschutz) als grundlegende klimapolitische Maßnahmen („Aber dieses komplette Klimathema ist für die Kommunen natürlich zu groß“). Dementsprechend äußerte sich auch ein Teilnehmer eines Fokusgruppeninterviews in der Region um den Reinhardswald über seine Erwartungen an die (Kommunal-)Politik angesichts der geplanten Windkraftanlagen:

Wenn zum Beispiel 90 % der Leute dagegen sind, dass eine Windkraftanlage oben irgendwo im Wald gebaut wird, im Reinhardswald, dann sollte man auch als Politik oder als Kommune dann mal überlegen, beziehungsweise die Kommunen sind ja da nicht mehr so involviert, sondern mehr die Politik generell, ist irgendwie doch nicht SO eine gute Idee an der Stelle. Müssen wir noch mal überdenken, mal vielleicht ein Gegenangebot machen oder irgendwie halt den Leuten auch entgegenkommen und nicht einfach sagen: „Wir machen das jetzt, Arsch lecken.“ Ja? (Dominik)

In den qualitativen Interviews war es allerdings auffällig, dass, wenn die politische Ebene als verantwortliche Ebene zur Bekämpfung des Klimawandels genannt wurde, kaum politische Akteur\*innen genannt wurden, denen Lösungsvermögen für das Problem zugestanden wurde. Es zeigte sich vielmehr, dass die befragten jungen Menschen politischen Akteur\*innen diesbezüglich nicht vertrauen:

[I]ch habe manchmal das Gefühl, die Politiker, die wissen nicht mehr richtig, was sie genau machen sollen, und versuchen es der Bevölkerung recht zu machen, aber verlieren am Ende im Grunde ihr eigentliches Ziel, was sie eigentlich erreichen wollen und was auch für unser Land am besten wäre oder was für unser Land zumindest eine positive Auswirkung hätte oder haben wird. Das verlieren irgendwie mittlerweile momentan viele Politiker, auch in Bezug zum Thema Klimawandel, und das, glaube ich, ist wahrscheinlich auch Kern des Problems, weil die Politiker haben am Ende die Macht, das zu entscheiden. (Duc)

Dem kompletten Vertrauensverlust gegenüber Politiker\*innen stand aber auch der Impuls, sich selbst aus seiner wahrgenommenen Handlungsunfähigkeit zu befreien, sich daraus folgend politisch zu engagieren und somit Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen:

Ja, also ich bin schon immer so auf der Suche nach Ideen und Möglichkeiten, wie man vielleicht doch noch die Welt zu einem besseren Ort machen kann und das verändern kann. Aber, wie das halt so bei komplexen Problemen ist, sie sind halt einfach sehr, sehr groß und hängen mit so vielen Sachen zusammen, dass es einfach unmöglich erscheint, jetzt als einzelner Mensch irgendwie so eine weltverändernde Sache zu machen, die plötzlich das Problem aus der Welt schafft. Das ist einfach eine Erkenntnis, die irgendwo blöd ist, auf der Seite, dass man erst mal merkt, dass man jetzt relativ handlungsunfähig ist. Und wo man dann erst mal wieder rauskommen muss und sagen muss: „Na ja, so ganz handlungsunfähig ist man ja eigentlich doch nicht.“ Man kann ja zumindest in einem kleineren Maßstab, also gerade jetzt hier vor Ort – das Altbekannte global denken, lokal handeln – dann irgendwie doch ja zumindest ein paar Nadelstiche setzen. (Tobias)

Demgegenüber sahen andere Befragte die Verantwortlichkeiten und Handlungsaufforderungen eher auf der individuellen Ebene.

In der Onlinebefragung teilten 66,3 % der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Einschätzung, dass jede\*r Einzelne Verantwortung dafür trägt, dass nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen werde. Lediglich knapp 5 % lehnten diese Aussage vollkommen ab. Bemerkenswert ist dabei die unterschiedliche Beurteilung der Aussage mit Blick auf die Geschlechterunterschiede: Unter der Berücksichtigung der geringen Fallzahl diversgeschlechtlicher Befragter (n = 22) und der damit geringen Aussagekraft ihrer Zustimmungsraten fällt hier besonders auf, dass männliche Befragte dieser Aussage mit 60,6 % zwar häufig eher bis vollkommen zustimmten, aber sie dennoch deutlich seltener teilten als weibliche Befragte, bei denen die Zustimmung bei 72,7 % lag.

Abbildung 11: Verantwortung für nachfolgende Generationen, gewichteter Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

### Jede\*r Einzelne trägt Verantwortung dafür, dass wie nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.



Created with Datawrapper

Neben der Enttäuschung von über der Hälfte der Befragten darüber, dass die Politik die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachte (vgl. Abb. 7), zeigte sich in der Onlinebefragung dazu, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Bemühungen der Bundesregierung im Bereich des Klimaschutzes als nicht ausreichend betrachten. So gab mit 47 % die deutliche Mehrheit an, dass sie die Bemühungen als zu wenig erachten würde. Als „gerade richtig“ beurteilten 22,4 % die Klimaschutzmaßnahmen. Dennoch war ein Fünftel (19,3 %) der Ansicht, dass die Bemühungen der Bundesregierung zum Klimaschutz zu umfangreich seien.

In diesem Sinne setzten ihre Lösungsstrategien zur Bekämpfung des Klimawandels vor allem auf Eigenverantwortung (Veränderung von Konsumverhalten oder konkrete kleine Naturschutzaktionen wie Bäume-Pflanzen):

Ja, also ich reduziere meinen Massenkonsum. Also ich bestelle keine Fast Fashion. Ich achte darauf, wo meine Kleidung herkommt. Ich achte darauf zu gucken, dass meine Lebensmittel und generell Konsumgüter nicht einmal durch den ganzen Planeten quasi mit dem Flugzeug transportiert werden, sondern dass ich auch lokale Produkte kaufe. Auf Fleisch verzichte ich auch schon zum Großteil. (Julia)

Auch wenn es unter den Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Wirkmächtigkeit individueller Handlungen und Verhaltensweisen bei der Bekämpfung der Klimawandels und der Zuschreibung von Verantwortung gab, waren sich alle Teilnehmenden darüber einig, dass die Klimawandelproblematik sowohl national als auch international nur gemeinsam und unter Mitwirkung mehrerer Verantwortungsebenen angegangen werden kann. Allerdings zeigt sich auch ein mangelndes Vertrauen in Politiker\*innen und wenig wahrgenommener individueller Handlungsspielraum (vgl. Kapitel 4.4) bei den jungen Menschen, sodass die Frage, wer konkret in der Lage ist, den Klimawandel zu bekämpfen, für sie offenbleibt.

## 4.4 Handeln und Wirkmächtigkeit

Jeder Mensch hat Einfluss darauf. Wenn jeder halt was Kleines dazu beiträgt, dann hat das irgendwann eine große Auswirkung. Aber es macht halt leider nicht jeder, also es ist halt immer schwierig, weil dann müssten halt alle zusammenhalten, bis das genügend funktioniert. (Kim)

Wie im vorherigen Kapitel festgestellt, wurden von den Teilnehmenden der qualitativen Interviews Handlungsoptionen gegen den Klimawandel benannt. In den Interviews wurde auch die Ebene des individuellen Handelns als Verantwortungsebene im Vorgehen gegen den Klimawandel aufgerufen und mit der Frage nach der eigenen Wirkmächtigkeit verknüpft. Es stellte sich also die Frage, was die Teilnehmenden als Einzelpersonen gegen den Klimawandel tun können, aber auch, ob sie überhaupt der Meinung sind, dass sie individuell etwas bewirken können. Insgesamt waren sich die meisten Teilnehmenden darüber einig, dass prinzipiell jeder Mensch durch sein Handeln im Hinblick auf den Klimawandel Einfluss nehmen kann. Dementsprechend wurden Möglichkeiten diskutiert und unter anderem konkrete Optionen benannt.

Ein Teil dieser Möglichkeiten, die von mehreren Teilnehmenden auch realisiert wurden, lassen sich unter den Begriffen eines eigenverantwortlichen und nachhaltigen Handelns als Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels subsumieren. Genannt wurde diesbezüglich beispielsweise das persönliche Konsumverhalten. So legte eine Teilnehmerin dar, dass sie selbst konsumkritisch handle, indem sie „Massenkonsum“ vermeide, vorwiegend regionale Produkte kaufe und weitestgehend auf Fleischkonsum verzichte. Andere Teilnehmende nannten einen nachhaltigeren Kleidungsstil oder schlugen vor, weniger Müll zu produzieren, entstandenen Müll zu trennen oder klimafreundlicher zu heizen.

Ich glaube, ein wichtiges Thema wäre auf jeden Fall die Nachhaltigkeit. Wir sollten auf jeden Fall mehr von dieser Konsumgesellschaft wegkommen und alles günstig und viel davon bekommen [...]. Wir produzieren auch sehr, sehr viel Müll, was nicht unbedingt produziert werden soll. Man kann viele Sachen auch wiederverwerten. Ich weiß nicht, wie ich es erklären soll, aber zum Beispiel ich bin aufgewachsen, dass T-Shirts werden zuerst, T-Shirts, die man draußen trägt, dann werden die zu Haus-T-Shirts, zu Schlaf-T-Shirts und dann schmeißt man die irgendwo hin und nutzt die als [...] Waschlappen oder so. (Marwin)

Ebenso wurde von den Teilnehmenden das Thema Mobilität angesprochen. Um den Klimawandel zu bekämpfen, wurde insbesondere diskutiert, die private Nutzung von Pkws zu reduzieren und stattdessen verstärkt öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen sowie für kurze Strecken das Zufußgehen zu priorisieren. Zudem wurde die Nutzung von E-Autos als Möglichkeit genannt. Bezüglich eines Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel bzw. deren forcierter Nutzung wurde jedoch von Teilnehmenden aus dem kleinstädtischen und ländlichen Raum, die in mehreren Fokusgruppeninterviews stärker vertreten waren, darauf hingewiesen, dass aufgrund mangelnder öffentlicher Verkehrsinfrastruktur ein Verzicht auf das Auto dort nicht möglich sei.

Das ist halt im ländlichen Raum [Nordhessen, Nähe Reinhardswald] immer sehr schwierig, wie weil wir haben halt keine gute öffentliche Anbindung an den Nahverkehr. [...] Wenn ich jetzt bei mir im Dorf losfahren würde, mit dem Bus zum nächsten Bahnhof fahren würde, von da mit dem Zug [...] zur nächstgrößeren Stadt [fahren würde], da wäre ich bestimmt fast 50 bis 60 Minuten unterwegs. Wenn ich mit dem Auto [fahre], sind es 25 Minuten. [...] Und da hat man auch, muss ich sagen, im ländlichen Raum nicht so den Eindruck, dass das so die führenden Politiker auf dem Schirm haben überhaupt. [...] Und ich glaube, dadurch verliert man auch viele Leute bei so Themen im ländlichen Raum. (Matthias)

Auch in der Onlinebefragung wurde individuelles Handeln in Bezug auf den Klimawandel adressiert. Insgesamt zeigte fast die Hälfte der Befragten (47,1 %) die Bereitschaft, die eigene Lebensweise zu verändern, um das Klima zu schützen. Dagegen gaben 19,6 % an, dass sie hierzu nicht bereit seien (lehnten die Aussage eher oder vollkommen ab). Auch zeigte sich mit 28,9 % ein recht großer Teil unentschieden (teils/teils). Nach konkreten Aktivitäten zum Schutze des Klimas gefragt (vgl. Abbildung 12), gaben 46,6 % aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen an, dass sie fast immer oder immer das Fahrrad oder den ÖPNV nutzten, um zu ihrer Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren. Ein Drittel

gab an, dass sie häufig bis immer Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau kaufen würden, und ein ähnlich großer Anteil achtete beim Einkaufen auf Umweltsiegel. Lediglich bei der Frage, wie häufig die Befragten Geld für Umwelt- und Naturschutzgruppen spendeten, war der Anteil derer, die angeben, dies nie oder fast nie zu tun, bei über 40 %.

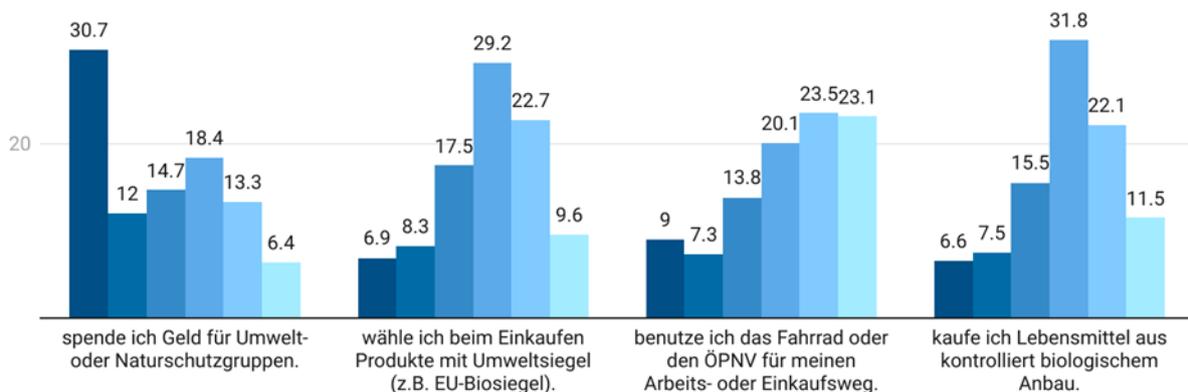
Die folgende Darstellung zeigt die Zustimmungswerte zu mehreren Klimaschutzmaßnahmen, die individuell durchgeführt werden können. Bezüglich der Zahlen ist hier allerdings anzumerken, dass ein relevanter Anteil der jungen Befragten aufgrund des Alters vermutlich über ein eher geringes eigenes Einkommen und oftmals über kein eigenes Auto verfügt.<sup>20</sup>

Abbildung 12: Umweltverhalten, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

## Um das Klima zu schützen...

in %

■ nie (0) ■ 1 ■ 2 ■ 3 ■ 4 ■ immer (5)



Created with Datawrapper

Auch über das alltägliche Verhalten hinaus waren 83,7 % der Teilnehmenden in den letzten 12 Monaten aktiv gegen den Klimawandel gewesen. Dabei zeigte sich, dass vor allem niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten zugestimmt wurde, wie der Nutzung des Internets, um sich über soziale und politische Themen zu informieren, was fast 40 % der Befragten bejahten. Über ein Drittel der Befragten kaufte oder boykottierte ein bestimmtes Produkt oder kaufte nachhaltige Produkte, auch wenn diese teurer waren. Rund ein Fünftel der Befragten gab außerdem an, bewusst auf eine Flugreise verzichtet zu haben. Ein Fünftel der Befragten stimmte zu, an einer Demonstration teilgenommen zu haben (vgl. Abbildung 13). Dies traf auch auf manche Teilnehmende der qualitativen Interviews zu, die explizit eine Teilnahme an „Fridays for Future“-Demonstrationen nannten.

Was organisierte und regelmäßige Formen des Aktivismus betrifft, gaben allerdings lediglich 7,9 % der online Befragten an, aktiv in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben.

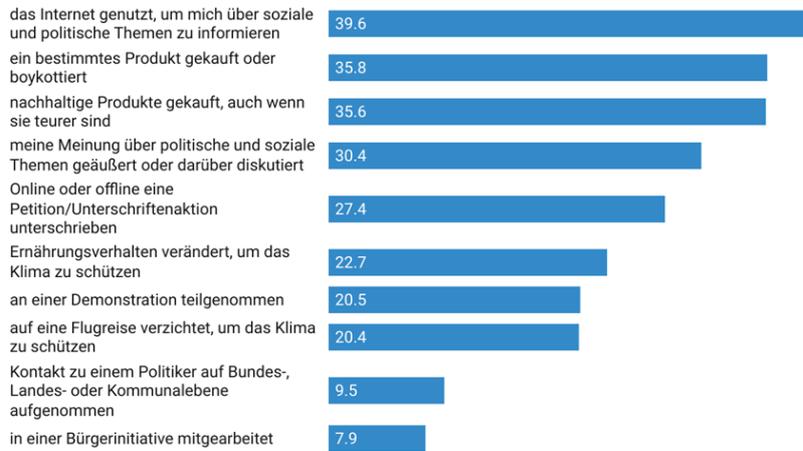
In den narrativ-biografischen Interviews aus den ostdeutschen Forschungsregionen war aufgrund des Akquiseprozesses der Teilnehmenden für die Interviews eine Überrepräsentation von (klima-)politisch aktiven Teilnehmer\*innen zu verzeichnen. Diese Teilnehmer\*innen waren vorwiegend in Parteien auf Ebene der Kommunalpolitik oder in Klimaschutzbündnissen aktiv.

<sup>20</sup> In der Befragung gaben lediglich 37,2 % aller Befragten an, berufstätig zu sein. Insgesamt 19 % studierten zur Zeit der Befragung und weitere 17,5 % waren noch Schüler\*innen. Daher handelt es sich um eine Stichprobe mit einem vermutlich geringen eigenen Einkommen und mit Befragten, die beispielsweise kein eigenes Auto zur Verfügung haben oder als Schüler\*innen vielleicht noch nicht für ihre eigenen Einkäufe verantwortlich sind.

Abbildung 13: Politische Partizipation in Bezug auf den Klimawandel, Mehrfachantwort, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

### Politische Partizipation in Bezug auf den Klimawandel

Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten irgendeine der folgenden Aktivitäten unternommen, um etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen?



Created with Datawrapper

Während mehrere Möglichkeiten genannt wurden, den Klimawandel auf eigenverantwortlicher und individueller Ebene zu bekämpfen, gab es unter den Teilnehmenden der qualitativen Interviews teilweise unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Wirksamkeit individueller Handlungen und Verhaltensweisen.

So waren manche Teilnehmende auf der einen Seite der Meinung, dass schon individuelle Handlungen zu „100 %“ Einfluss auf den Klimawandel haben würden oder zumindest deren Summe. Auch gab es unter Teilnehmenden die Auffassung, dass einzelne Personen mit ihrem klimagerechten Verhalten ein Vorbild und eine Motivation für andere Menschen sein könnten, sich klimagerecht zu verhalten – eine Idee, die mitunter auf Deutschland als Vorreiter und Vorbild für andere Länder übertragen wurde.

Auf der anderen Seite gab es aber auch mehrere Teilnehmende, die eine eher pessimistische Position bezüglich ihrer eigenen Wirkmächtigkeit bei der Bekämpfung des Klimawandels einnahmen und dabei oftmals ein Gefühl der Machtlosigkeit artikulierten (vgl. Kapitel 4.2) oder zumindest die Auffassung vertraten, dass nur eine große Summe von Einzelhandlungen wirksam sei:

Ja, also auf zwei Worte eigentlich erst mal machtlos. Also man hat halt sehr wenig Einfluss. Auch, wenn man durch das Handeln einer einzelnen Person doch Einfluss gewinnen kann, aber er ist halt immer noch ziemlich gering wie eine Ameise im Ameisenhaufen. Wo man ja nicht alleine als einzelne Ameise einen Haufen versetzen kann, aber mit allen schon. (Sebastian)

Zudem kritisierten mehrere Personen, dass beim klimagerechten Handeln oft „auf den einzelnen kleinen Personen herumgehackt“ (Ciel) werde, obwohl deren individuelle Handlungen im Vergleich zur Handlungsmacht anderer Akteur\*innen nur geringe Auswirkungen hätten. So würden Großkonzerne und emissionsstarke Staaten immer noch zu wenig in die Verantwortung genommen (vgl. Kapitel 4.3), was auch an entsprechender mangelnder politischer Intervention liege:

Also, das lässt einen dann so ein bisschen klein fühlen und auch ziemlich machtlos. Und, ja, da bin ich halt auch so ein bisschen enttäuscht, was so sich in der Politik tut, was sich im Lobbyismus tut und so was. Dass halt diese Lobbys viel zu groß sind, um da irgendwie effizient dagegen ankommen zu können. (Janosch)

Dieses Gefühl der Machtlosigkeit zeigte sich teilweise auch bei Teilnehmenden, die sich aktivistisch gegen den Klimawandel engagierten: So wurde der Klimaaktivismus einerseits im Allgemeinen als Möglichkeit benannt, gegen den Klimawandel vorzugehen und diesem Gefühl zu entkommen. Dabei war es einer interviewten Person vor allem wichtig, politische Akteur\*innen zu erreichen, die die Macht und die Möglichkeiten dafür besitzen, effiziente Maßnahmen gegen den Klimawandel durchzusetzen. Die empfundene Machtlosigkeit und das Gefühl, mit ihrem Klimaschutzanliegen nicht ausreichend von Politiker\*innen in Machtpositionen unterstützt zu werden, bewegte sie dazu, selbst Klimaschutzbündnisse in ihrer Region zu gründen und Einfluss auf die dortige Kommunalpolitik zu nehmen.

Andererseits äußerten sich einige Aktivist\*innen in den Interviews ernüchtert: Zunächst benannte Ciel, eine Person, die sehr stark bei Fridays for Future involviert war, als Grundmotivation die Erwartung, zu erreichen, dass jungen

Menschen dadurch verstärkt zugehört werden soll. Auf Grundlage der tatsächlichen Erfahrungen im Fridays-for-Future-Aktivismus kam Ciel aber zu der Ansicht, als junger Mensch mit eigenen politischen Anliegen bezüglich des Klimawandels nicht ernst genommen oder politisch repräsentiert zu werden:

Und wir haben viele Gespräche gehabt: mit dem Oberbürgermeister unserer Stadt, mit dem Stadtrat, mit einem SPD-Abgeordneten, der eben aus der Stadt kommen. Wir haben so viele Gespräche mit dem geführt und uns so viel Mühe gegeben und Ideen vorgebracht, wie wir unsere Stadt weiterbringen können. [...] Und wir werden belächelt. Und: Geht mal weiter zur Schule und lebt erst mal ein Leben, und dann reden wir noch mal. So. Wir junge Menschen fanden halt, unsere Generation, meine Generation da so wenig ernst genommen wird so.  
(Ciel)

Für eine andere Person, die in Lützerath aktiv gewesen war, war die Räumung der Ortschaft ein starkes Moment der Resignation und wurde als „Riss in der Klimabewegung“ beschrieben: „Weil es jetzt nicht mehr so diesen zentralen Ort irgendwie gab. Und so die Frage ist so: Wie macht man jetzt weiter so? Es gibt jetzt keine richtige Klimabewegung mehr, habe ich das Gefühl“ (Kim).

Zur Frage des politischen Engagements stimmten ergänzend in der quantitativen Befragung 13,5 % vollkommen und 25,6 % eher zu, dass sie es für sinnvoll halten würden, sich politisch zu engagieren. Fast ein Drittel (31 %) stimmte der Aussage in Teilen zu und lediglich 8,7 % lehnten die Aussage vollkommen ab.

So lassen die qualitativen und quantitativen Daten zusammengenommen die Interpretation zu, dass viele junge Menschen es immer noch als (eher) sinnvoll erachten, sich politisch zu engagieren bzw. dies – auch im Kampf gegen den Klimawandel – zu tun. Gleichzeitig löste sich, wie der qualitative Teil der Studie zeigt, dieses demokratische Potenzial in Gefühlen politischer Machtlosigkeit und Resignation auf.

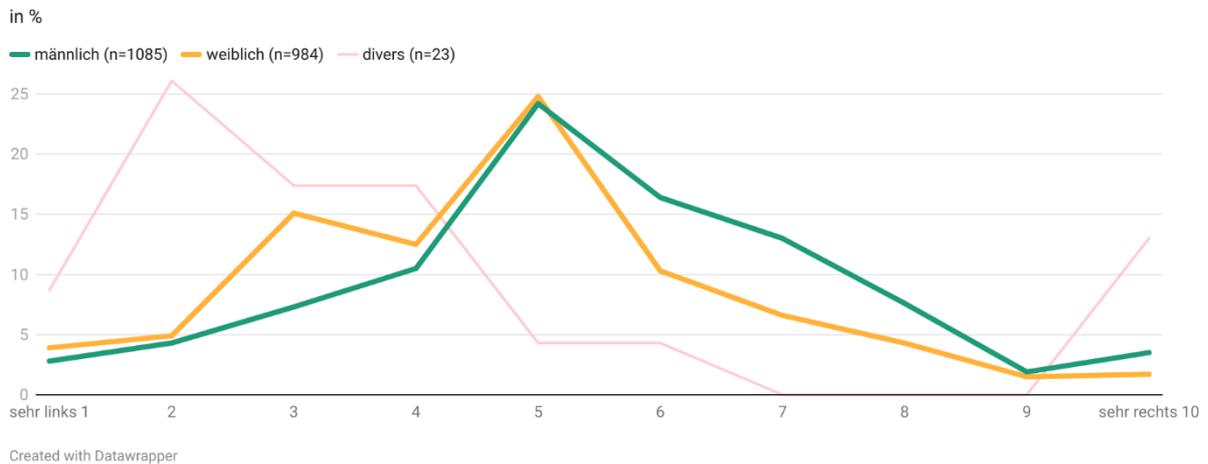
#### **4.5 Politische Selbstverordnung und Parteiensympathie**

Die Parteiensympathie und die politische Selbsteinstufung wurden in der quantitativen Datenerhebung des Projekts direkt abgefragt, um zu ermitteln, inwiefern diese die Einstellung der Befragten zu klimapolitischen Themen und äußerst rechten Narrativen beeinflussen. Auch in den qualitativen Interviews kamen diese Aspekte bei den befragten jungen Menschen oft zur Sprache und dienen an dieser Stelle zur Vertiefung der quantitativen Ergebnisse.

Bezüglich der politischen Selbsteinstufung in der quantitativen Onlinebefragung war zunächst auffällig, dass sich 37,5 % der Befragten weder links noch rechts einordneten. Ein weiteres Drittel der Befragten verstand sich selbst als eher oder sehr links, 20,3 % verstanden sich als eher oder sehr rechts. Dabei gab es deutliche Unterschiede in der Selbsteinstufung zwischen den Geschlechtern (vgl. Abbildung 14). Unter den weiblichen Befragten war der Anteil derer, die sich als eher oder sehr links verorteten, mit mehr als einem Drittel (36,4 %) um einiges größer als unter den männlichen Befragten (24,9 %). Dementsprechend war unter den Jungen und Männern der Anteil, der sich als eher bis sehr rechts verortete, größer (26 %). Unter den weiblichen Befragten lag dieser lediglich bei 14,1 %. Gleichzeitig wählten unter den weiblichen Befragten 14,7 % die Kategorien „weiß nicht“ oder „keine Angabe“. Unter den männlichen Befragten taten dies lediglich 8,4 %. Es zeigte sich demnach ein leichter politischer Gendergap zwischen Frauen und Männern in der Selbsteinstufung insbesondere im moderat linken und rechten Spektrum. Auf den politischen Randpositionen sowie in der exakten Mitte waren die Werte fast identisch. Bemerkenswert war der starke Linkstrend unter queeren Personen, wobei die Gruppe im Datensatz sehr klein war und nicht als repräsentativ betrachtet werden kann.

Abbildung 14: Politische Selbsteinstufung gruppiert nach Geschlecht, gewichteter Datensatz (n = 2096), fehlend: (keine Angabe/weiß nicht)

### Politische Selbsteinstufung

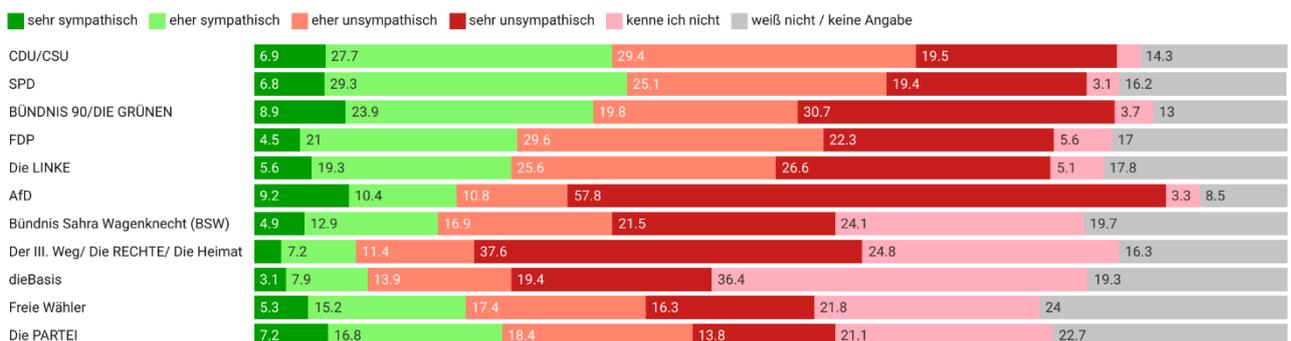


Die Teilnehmenden der narrativ-biografischen Interviews aus der Harzregion und der Region Zeitz-Weißenfels waren mehrheitlich klimapolitisch und/oder kommunalpolitisch in Parteien engagiert und ordneten sich selbst dem antifaschistischen und linken Spektrum zu. Das Interesse an politischen Themen hatte sich bei den Befragten dabei im Teenageralter oder bereits in der Grundschule entwickelt.

Auch die Parteiensympathie spielte in den Studien eine zentrale Rolle. In der quantitativen Onlinebefragung wurde gefragt: „Wie sympathisch bzw. unsympathisch sind Ihnen die folgenden Parteien oder politischen Gruppierungen?“ Abbildung 15 zeigt die Ergebnisse aller Befragten. Die Partei, bei der der größte Anteil der Befragten angab, sie sehr oder eher sympathisch zu finden, war die SPD mit insgesamt 36,1 %. Aber auch die CDU/CSU wurde von über einem Drittel als eher oder sehr sympathisch eingeordnet. Knapp ein Drittel der Befragten fand die Partei Bündnis 90/Die Grünen eher oder sehr sympathisch. Gleichzeitig gaben über 50 % an, sie unsympathisch zu finden. Die AfD bewerteten 68,6 % der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen als eher oder sehr unsympathisch, aber ein knappes Fünftel (19,6 %) gab an, sie eher oder sehr sympathisch zu finden. Dabei fiel auch auf, dass lediglich 8,5 % der Befragten, nach der Sympathie der AfD gefragt, „keine Angabe“ oder „weiß nicht“ auswählten. Im Vergleich zu allen Parteien war dies der geringste Anteil und zeigte, dass es den Befragten bei der AfD am wenigsten schwerzufallen schien, sich zu positionieren.

Abbildung 15: Parteisympathie, gewichteter Datensatz, N = 2099

### Wie sympathisch bzw. unsympathisch sind Ihnen die folgenden Parteien oder politischen Gruppierungen?



Mit Blick auf die Einschätzungen der Befragten zur Sympathie der jeweiligen Parteien werden hier auch Zusammenhänge mit dem Zustimmungsverhalten bei anderen Aussagen dargestellt. So zeigten sich Zusammenhänge zwischen

der Zustimmung zum Klimawandelleugnungsindex<sup>21</sup> und der angegebenen Parteisympathie. Es gab einen signifikanten Zusammenhang<sup>22</sup> zwischen der Zustimmung zu Aussagen der Klimawandelleugnung und der Ablehnung von Sympathie für Bündnis 90/Die Grünen. Personen, die also höhere Zustimmung auf dem Klimawandelleugnungsindex hatten, fanden Bündnis 90/Die Grünen tendenziell unsympathischer. Gleichzeitig zeigte sich, dass Personen, die den Klimawandel stärker leugneten oder ihm skeptischer gegenüberstanden, tendenziell angaben, die AfD sympathischer zu finden (niedrigere Unsympathiewerte).<sup>23</sup>

Ein ähnliches Bild zeigte sich mit Blick auf die Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen. Auch hier wurde ersichtlich, dass Personen, die die AfD weniger sympathisch fanden, tendenziell niedrigere Zustimmungswerte zum Index zur äußerst rechten Einstellung<sup>24</sup> hatten.<sup>25</sup> Für die Sympathie dem Bündnis 90/Die Grünen gegenüber zeigte sich ein umgedrehtes Bild: Befragte, die die Partei sympathischer fanden, hatten dementsprechend tendenziell niedrigere Zustimmungswerte zu äußerst rechten Einstellungen.<sup>26</sup>

Die Ergebnisse verdeutlichten außerdem, dass viele, vor allem kleinere Parteien, unter den Befragten nicht bekannt waren. Bei der Partei dieBasis gab über ein Drittel an, die Partei nicht zu kennen. Auch die extrem rechten Parteien Der III. Weg, Die RECHTE und Die Heimat (früher NPD) waren bei den Befragten recht unbekannt (24,8 %). Weitere 49 % fanden sie jedoch eher oder sehr unsympathisch.

Da die Rezeption von äußerst rechten Narrativen und Akteur\*innen ein zentrales Kernelement der qualitativen und der quantitativen Studien darstellte, kamen die AfD und äußerst rechte Kleinparteien wie Der III. Weg in den Interviews mehrfach zur Sprache. Dabei wurde die AfD von nahezu allen Interviewteilnehmer\*innen abgelehnt, allerdings zeigten sich verschiedene Weisen, wie mit ihr umgegangen wurde: Zum einen manifestierte sich eine Sprecher\*innenproblematik, bei der die AfD als Akteurin in Gänze aufgrund ihrer antidemokratischen Tendenzen abgelehnt und nicht als Teil des demokratischen Diskurses akzeptiert wurde: „AfD gehört übrigens meiner Meinung nach übrigens verboten“ (Ben) oder:

Also die AfD, die hat ja schon eine gewisse Färbung. Also sagen wir es mal so: Jeder assoziiert ja mit verschiedenen Parteien was anderes. Aus meinem Standpunkt her würde ich der AfD weniger Vertrauen schenken. Vor allem auch deswegen, wie sie eingestellt sind und wie sie sich auch in der Vergangenheit für Patzer geleistet haben. (Duc)

Auch wurde angemerkt, dass die AfD noch nie eine Regierungsverantwortung innehatte und sich daher noch nie auf dieser Ebene beweisen müssen:

Es ist halt einfacher als eine Partei, die noch nie an der Regierung war, dann zu sagen, die machen alles besser als eine Partei, sei es jetzt mal dahingestellt, ob des CDU ist, ob es Grüne ist, ob es FDP oder SPD ist, ne? Die waren ja alle irgendwo schon mit an der Regierung. Und natürlich, wenn man an der Regierung ist, passieren Fehler und natürlich ist es einfacher, auf Fehler zuzugreifen und drauf den Finger zu zeigen als eine Partei, die noch nie an der Regierung war. (Fredy)

Ebenso konnte neben der Sprecher\*innenproblematik eine weitere Form der Ablehnung der AfD beobachtet werden, die sich auf die Ablehnung des politischen Programms und der Narrative der Partei gründete. Dabei wurde zunächst beobachtet, dass die Interviewteilnehmenden die antidemokratischen und diskriminierenden Aussagen hinter den Narrativen der Partei und ihrer Mitglieder dechiffrieren konnten, woraus eine Ablehnung der Partei in Gänze stattfand:

Ich nehme jetzt nur mal als Beispiel Bernd Höcke, der in seinem Buch geschrieben hat, Deutschland brauche mal wieder einen Alleinherrscher oder so was. Gleichzeitig natürlich die absolute Verteufelung von Minderheiten, Flüchtlingen, ärmeren Menschen, aber auch von religiösen Minderheiten und die fundamentale Hetze gegen diese Gruppen, die dann natürlich damit einhergeht. Gleichzeitig aber auch die menschliche Herabsetzung. Weiter geht es mit den Angriffen auf die universellen Grundsätze im Grundgesetz und auch die universellen Menschenrechte und das generell mittelalterliche Weltbild, gerade wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht. (Leon)

---

<sup>21</sup> Mittelwertindex der likertskalierten Items (1 = „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5 = „stimme dieser Aussage vollkommen zu“) (s. Tabelle 4)

<sup>22</sup> ( $\rho = 0,241$ ,  $p < 0,001$ ). Ein p-Wert von weniger als 0,001 deutet darauf hin, dass die beobachtete Korrelation statistisch signifikant ist. Der Spearman-Korrelationskoeffizient  $\rho$  von 0,241 deutet auf eine schwache positive monotone Beziehung zwischen den untersuchten Variablen hin (kann Werte von -1 bis +1 annehmen).

<sup>23</sup> ( $\rho = -0,374$ ,  $p < 0,001$ ).

<sup>24</sup> Mittelwertindex der likertskalierten Items (1 = „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5 = „stimme dieser Aussage vollkommen zu“) (s. Tabelle 4).

<sup>25</sup> ( $r = -0,400$ ,  $p < 0,001$ ). Der Pearson-Korrelationskoeffizient  $r$  von -0,400 zeigt eine moderate negative lineare Beziehung zwischen den untersuchten Variablen an. Dies bedeutet, dass mit steigenden Werten der einen Variable tendenziell fallende Werte der anderen Variable verbunden sind (kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen).

<sup>26</sup> ( $r = 0,153$ ,  $p < 0,001$ ).

Neben der inhaltlichen Ablehnung von AfD-Narrativen zeigte sich zudem ein generelles Misstrauen gegenüber Behauptungen, die die Partei aufstellte. Dieses wurde damit begründet, dass die Partei in der Vergangenheit mehrfach Falschbehauptungen und Fake News verbreitete, um den politischen Diskurs zu ihren Gunsten zu beeinflussen: „Und, wie man es von der AfD kennt, ist es jetzt keine wissenschaftlich getroffene Aussage, sondern es ist halt einfach wieder eine Parole, wie man es von der AfD kennt“ (Joel).

Gleichzeitig gab es trotz zuvor geäußelter Ablehnung der AfD vor allem in einem Gruppeninterview positive Bezugnahmen auf Narrative der AfD (vgl. Kapitel 4.6). Besonders auffällig war dabei, dass in dieser Gruppe die geschlossene Zustimmung zu einem äußerst rechten Impuls zusammen mit starker Kritik an der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der sogenannten Ampelkoalition gedacht wurde:

Jennifer: Nein, das von der AfD finde ich gut. Also ich kann auch sagen, ich werde definitiv nicht DIE GRÜNEN wählen, weil, wie wir bereits gesagt haben, die machen nichts, finde ich. Die machen nur Müll.

Celine: Ja, stimmt.

Jennifer: Die Ampelkoalition ist das Schlimmste, was uns jetzt passiert ist. Das ist schrecklich. Das ist genauso wie: Jeder hasst die AfD, jeder hasst Der III. Weg. Und trotzdem machen die dann so was Gutes. Die machen wirklich was, während die anderen nur dasitzen und labern.

Celine: Alle nur dumm rumsitzen.

Daraus lässt sich vermuten, dass Versuche der AfD und anderer äußerst rechter Akteur\*innen, Bündnis 90/Die Grünen zum Feindbild zu stilisieren, bei jungen Menschen durchaus Erfolg haben können. Dies wurde auch daran ersichtlich, dass ein Interviewter Bündnis 90/Die Grünen als Gegenpol zur AfD betrachtete und als „linksextrem“ einstufte. Diese Person gab dabei an, Bündnis 90/Die Grünen wie die AfD abzulehnen. Zudem konnte beobachtet werden, dass andere bedeutende Parteien wie die CDU, SPD oder die FDP wesentlich seltener als die AfD und Bündnis 90/Die Grünen in den Diskussionen zur Sprache kamen, was auch als Indiz für die Polarisierung zwischen beiden Parteien gedeutet werden kann.

In den qualitativen Interviews kam allerdings auch eine politische Heimatlosigkeit zur Sprache. Diese wurde damit begründet, dass sich Akteur\*innen von keiner Partei in Deutschland vollständig repräsentiert fühlen. Eine Person erzählte diesbezüglich, dass sie Potenzial bei den neu gegründeten Parteien sehe, die von ihr wahrgenommene politische Repräsentationslücke zu schließen:

Na ja, jetzt ganz neu wahrscheinlich dann die Partei um Sahra Wagenknecht. Die könnte man jetzt zum Beispiel auch als Protestpartei wählen. [...] Ich finde es auf jeden Fall gut, dass auch andere Parteien/ Also die Wertunion hat sich ja jetzt auch gegründet, aber da habe ich mich jetzt nicht wirklich mit beschäftigt, ehrlich gesagt, was die jetzt macht. Ähm, ja, also das ist jetzt halt auch einfach ein bisschen frischer Wind in diese alte Parteienlandschaft mit reinkommt und dass vielleicht auch ein paar andere Ansätze, vielleicht auch gefunden werden mit den neuen Parteien. (Timo)

Die Ergebnisse zeigen, dass politische Selbsteinstufung und Parteiensympathien maßgeblich die Einstellung junger Menschen zu klimapolitischen Themen und äußerst rechten Narrativen beeinflussen. Auffällig war dabei der politische Gendergap sowie die starke Polarisierung zwischen Sympathien für Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Zudem zeigte sich, dass die Ablehnung gegenüber äußerst rechten Akteur\*innen durch verschiedene Mechanismen zustande kam: die „Sprecher\*innenproblematik“, die Problematik der Narrative aufgrund von antidemokratischen und diskriminierenden Inhalten oder die Problematik der Narrative aufgrund von Falschaussagen und unzureichend belastbaren Quellen. Trotz der allgemeinen Ablehnung gegenüber äußerst rechten Parteien wie der AfD gab es jedoch auch vereinzelte positive Reaktionen auf deren spezifische Narrative, insbesondere wenn sie zur Abwertung der Partei Bündnis 90/Die Grünen genutzt werden konnten.

## 4.6 Äußerst rechte Einstellungen (zum Klimawandel) bei jungen Menschen

Die Reaktionen junger Menschen auf äußerst rechte Einstellungen bildeten den zentralen Forschungsschwerpunkt des Projekts RIOET. Neben den Einstellungen zu allgemeinen äußerst rechten Narrativen wurden dabei klimawandelbezogene äußerst rechte Einstellungen in den qualitativen und den quantitativen Befragungen fokussiert. Zudem wurden aus der quantitativen Befragung Korrelationen mit anderen politischen Themengebieten ermittelt, um herauszufinden, welche inhaltlichen Zusammenhänge die Zustimmung junger Menschen auf äußerst rechte Narrative beeinflussen.

### 4.6.1 Zustimmung zu äußerst rechten Klimawandelnarrativen

Zusätzlich zu den Themen Klimawandel und lokale Transformationsprozesse wurden die Teilnehmenden der Studie auch zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Narrativen befragt. Auf welche Resonanz stoßen diese

Narrative? Was begünstigt die Zustimmung und was die Ablehnung äußerst rechter und verschwörungsideologischer Ideen zum Thema Klimawandel und Transformation?

Positionen von Akteur\*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum zu den Themen Klimawandel und zu den lokalen Transformationsprozessen stießen bei den Befragten der qualitativen Erhebung überwiegend auf Ablehnung. Die Befragten der Fokusgruppeninterviews zeigten sich weitgehend quellenkritisch und lehnten die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Impulse sowohl aufgrund ihrer Inhalte als auch aufgrund ihrer argumentativen Form ab. So wurden einzelne Narrative als „Propaganda“ markiert und abgelehnt. Die meisten Befragten kritisierten auch einzelne Begriffe (zum Beispiel „Klimaideologen“) und dechiffrierten sie unter anderem als unzutreffend, spalterisch und populistisch. Zudem zeigte sich zum Teil ein hohes Reflexionsniveau: So problematisierten die Befragten einer Gruppe sich selbst, als sie bemerkten, dass sie Narrative von äußerst rechten Quellen als plausibel wahrnahmen oder ihnen zustimmen konnten. In mehreren Gruppen zeigte sich, dass das (Vor-)Wissen einzelner Teilnehmer\*innen einen positiven Einfluss auf die kritische Haltung der gesamten Gruppe hatte. Äußerst rechte und verschwörungsideologische Ideen zum Thema Klimawandel und Transformation stießen ebenfalls bei den Befragten (der narrativ-biografischen) Interviews auf Ablehnung.

Jene Befragten, die zum Zeitpunkt der Erhebung selbst klimapolitisch engagiert waren, beschrieben eine starke Spaltung in ihrer Generation zwischen einem rechtspolitischen und einem linkspolitischen Lager in ihrer Region. Neben dieser Wahrnehmung berichtete eine Befragte von konkreten Anfeindungen bei klimapolitischen Aktionen. Auch wenn unklar war, welche Motivation hinter den Anfeindungen gestanden hatte, interpretierte die Betroffene diese hauptsächlich als Ergebnis einer generellen Politikverdrossenheit bis hin zu einer Zuwendung zu äußerst rechten politischen Akteur\*innen bei Teilen der lokalen Bevölkerung. Die konkrete Mobilisierung äußerst rechter Akteur\*innen gegen Windkraftanlagen führte in einem Fall auch dazu, dass Befragte politisch gegen äußerste Rechte und für Klimaschutz aktiv wurden. Aber nicht nur die persönliche Betroffenheit durch Anfeindungen oder Mobilisierungen führte zur Ablehnung äußerst rechter Narrative zu Klima und Transformation. Eine Befragte verdeutlichte, dass äußerst rechte Angebote, die sich den Anschein geben, für Klima und Natur zu stehen, grundsätzlich widersprüchlich seien:

Aber es ist halt einfach gelogen [...]. Ich habe das Gefühl, wer rechts ist, der kann nicht klimafreundlich sein. Also das schließt einander aus. Klimagerechtigkeit bedeutet auch irgendwie die soziale Gerechtigkeit. Und soziale Gerechtigkeit heißt vor allem, nicht Verfassungswidrigkeiten oder verfassungswidrige Äußerungen zu bringen gegen Menschen. Und das machen ja rechte Menschen. (Lisa)

Neben den oben bereits erwähnten Gründen, Narrative der äußersten Rechten abzulehnen, führte folglich die persönliche Betroffenheit als grundsätzliche politische Überzeugung zu dieser Haltung.

In mehreren Gruppen wurde äußerst rechten Impulsen teilweise zugestimmt, was sich einerseits mit einem Mangel an Vorwissen über die Quellen der Impulse erklären ließe, andererseits eine Folge der Gruppendynamik sein könnte. In einer Fokusgruppe wurden die äußerste rechten Impulse deutlich stärker befürwortet als in den anderen. Die Impulse wurden in dieser Gruppe kaum eingeordnet, dagegen bestimmten vielmehr direkte und unwidersprochene Reaktionen einzelner Befragter die gesamte Diskussion. Rechte Angebote wurden in dieser Gruppe von Einzelnen explizit positiv bewertet, insofern die Teilnehmenden diese als (uneigennütigen) Aufruf, aktiv zu werden, interpretierten: Die „Harzer Waldkonferenz“ der AfD sah eine Teilnehmende als „eigentlich gut, dass mal wirklich was angeboten wird“ (Hanna), das Plakat der Partei Der III. Weg wurde von einem Teilnehmer als „besser als das, was DIE GRÜNEN machen“ (Nils) bewertet. Die Relativierung äußerst rechter Akteur\*innen und die positive Bewertung ihres vermeintlichen Einsatzes für die Natur und Umwelt lässt sich besonders an der folgenden Aussage illustrieren:

Natürlich, ja, die AfD hat ihren Ruf weg, genauso wie Der III. Weg in dem Sinne. Man sagt immer: Also, wenn man die wählt, dann äh. Aber bei so was ist es ja dann doch gut, wie sie sich einsetzen. (Jennifer)

Im Vergleich der Gruppen zeigte sich, welche Relevanz deutungsmächtige Sprecher\*innen innerhalb der Gruppen für die Meinungsbildung haben. „Laute“ Stimmen wurden in den Gruppeninterviews in verschiedenen Gesprächssituationen gehört und beeinflussten die inhaltliche Entwicklung des Diskussionsverlaufs – egal ob zustimmend oder ablehnend: Wenn es von Einzelnen eine klare Abgrenzung gegen Rechtsextremismus gab, neigte die Gruppe eher dazu, einzustimmen – wenn aber die Zustimmung zu äußerst rechten Positionen die Diskussion dominierte, stimmten auch die „stillen“ Teilnehmenden in der Tendenz zu. Vor allem die Strategie, selbst ökologische Themen für sich zu beanspruchen, sich dabei als die „wahren Kümmerer“ für die Umwelt zu stilisieren und im gleichen Zuge klimapolitische Ansätze von Bündnis 90/Die Grünen zu delegitimieren, wurde von befragten jungen Menschen in einem Fokusgruppeninterview reproduziert.

Neben den Impulsen in den qualitativen Erhebungen wurden die Befragten in der quantitativen Erhebung mit mehreren Aussagen, unter anderem mit Klimabezug, konfrontiert. Dabei handelte es sich nicht zwangsläufig immer um originär rechtsextreme Aussagen oder Inhalte, da Akteur\*innen der äußersten Rechten zahlreiche Argumente und Narrative aus verschiedenen politischen Spektren nutzen.

Abbildung 17: (Äußerst) rechte Klimanarrative, gewichteter Datensatz, N = 2099

### (Äußerst) rechte Klimanarrative



Created with Datawrapper

Dazu gehörten Narrative wie die These, dass der Klimawandel als politisches Instrument genutzt werde, um „noch mehr Geld aus den Steuerzahlenden herauszupressen“; dass „nicht das Klima, sondern die eigene Freiheit durch die Klimapolitik bedroht“ sei oder dass die Deutschen zuerst die eigene Heimat anstatt des Klimas retten sollten. Der Aussage stimmten fast 41,3 % aller Befragten eher oder vollkommen zu. In der Reihe dieser Aussagen bekam dieses Narrativ somit die höchste Zustimmung. Lediglich ein Zehntel (10,3 %) lehnte sie vollkommen ab. Wie schon bei einigen Items zuvor, war der Anteil der teils/teils-Kategorie hier mit einem Viertel der Befragten recht groß. Viele Jugendliche und junge Erwachsene schienen in der Einordnung dieser Aussage entweder unentschlossen zu sein, sich nicht klar positionieren zu wollen oder in Teilen zuzustimmen. Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den in Abbildung 17 aufgeführten (äußerst rechten) Klimanarrativen, wie „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik“. Auch hier stimmte jeweils ein Viertel der Befragten der Aussage teilweise zu bzw. lehnte sie teilweise ab. Obwohl die Zustimmung hier insgesamt etwas geringer ausfiel, lag sie noch immer bei 28,4 % aller Befragten, während über 40 % die Aussage vollkommen oder eher ablehnten.

Auffällig war, dass bei der Aussage, dass „wir Deutsche zuerst unsere Heimat retten“ sollten statt das Weltklima, der Anteil der Befragten, die mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antwortete, mit knapp 5 % am geringsten war. Über ein Drittel stimmte in der Onlinebefragung eher oder vollkommen zu, fast genauso viele Befragte lehnten sie ab. Auch hier wählte die teils/teils-Kategorie wieder ein Viertel der Befragten aus und stimmte damit zumindest latent zu. Zwei auch von der äußersten Rechten genutzte Klimanarrative, die in der Befragung ähnliche Zustimmungswerte bekamen, waren: „Wer die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsregionen wie in Afrika hinterlässt, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig.“, sowie: „Die Klimalobby will mit grün angestrichener Industrie angeblich das Klima retten“. Während in der ersten Aussage ökologische Probleme im Globalen Süden externalisiert, rassistisch aufgeladen und globale Ungerechtigkeitsverhältnisse, Verteilungs- und Ressourcenprobleme unsichtbar gemacht werden, suggeriert die zweite, dass Bemühungen für mehr Klimaschutz und grüne Industrie lediglich Lobbyarbeit für die Industrie seien, die diesem nachhaltigen Anspruch nicht nachkomme. Beiden Aussagen stimmte ca. ein Drittel aller Befragten eher oder vollkommen zu und nur ein gutes Viertel lehnte sie eher oder vollkommen ab. Auch hier war die teils/teils-Kategorie mit gut 28 % erneut umfangreich. Unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten 31,6 % zu, dass ihre schlimmste Befürchtung eine Ökodiktatur sei. Mit 37,7 % ist aber der Anteil derer, die diese Aussage eher oder vollkommen ablehnen, größer. Gleichzeitig fällt im Vergleich mit den anderen Aussagen auf, dass die teils/teils-Kategorie hier zwar mit 23,4 % immer noch recht groß ist, hier aber am kleinsten. Somit scheint es den Befragten hier am leichtesten gefallen zu sein, sich deutlich festzulegen.

Insgesamt zeigte sich in der Onlinebefragung, dass (äußerst) rechte Klimanarrative unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchaus hohe Zustimmungswerte erzielten. Lediglich drei der sechs Narrative wurden von einem größeren Teil der Befragten abgelehnt. Außerdem zeigen die Daten, dass große Teile in der Einschätzung der Narrative unentschlossen waren oder sich nicht klar zustimmend oder ablehnend positionieren mochten.

#### 4.6.2 Extrem rechte Einstellungen insgesamt

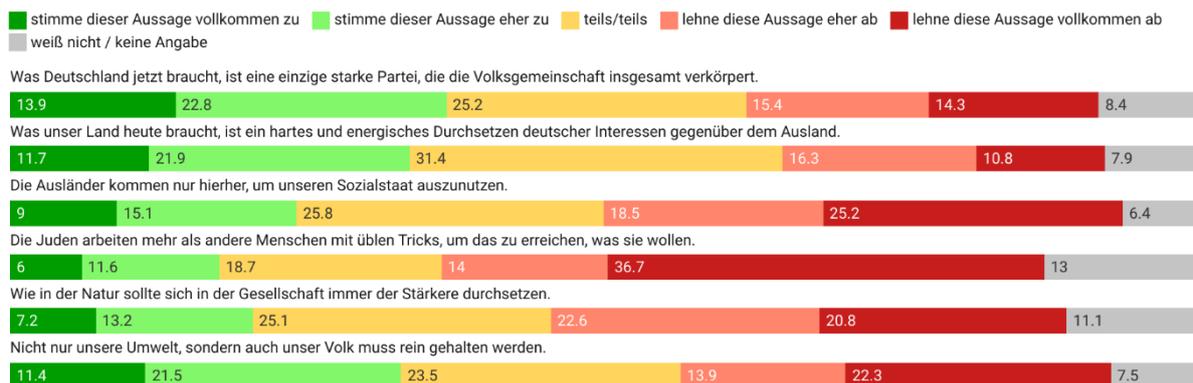
In diesem Zusammenhang war es relevant herauszufinden, inwieweit äußerst rechte Narrative auch über einen Klimabezug hinaus unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Anklang fanden. Hierfür wurden den

Teilnehmenden der Onlinebefragung einige Aussagen vorgelegt, die Ungleichwertigkeitsvorstellungen beinhalteten und somit jeweils Dimensionen des Rechtsextremismus umfassten.<sup>27</sup>

Mit einem Blick auf Abbildung 18 zeigte sich, dass durchaus große Teile der Befragten den vorgelegten autoritären, nationalistischen, aber auch antisemitischen und rassistischen Aussagen eher oder sogar vollkommen zustimmten. Wie auch schon bei den Klimanarrativen waren die teils/teils-Kategorien auch hier umfangreich. Unter den Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen schien es demnach außerdem große Teile zu geben, die diesen Aussagen zumindest nicht gänzlich widersprachen und/oder sich nicht klar positionieren mochten.

Abbildung 18: Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

### Zustimmung zu äußerst rechter Einstellung



Created with Datawrapper

Die höchste Zustimmung bekam in dieser Auflistung der autoritäre Wunsch nach einer einzig starken Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpern soll. Dem stimmten über ein Drittel aller Befragten eher oder vollkommen zu und damit ein größerer Anteil als derer, die die Aussage ablehnten (eher oder vollkommen). Ähnlich hohe Zustimmung bekam die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Ein Drittel der Befragten war nationalchauvinistischen Einstellungen dementsprechend zugewandt. Weitere über 30 % stimmten zumindest in Teilen zu. Weniger Zustimmung bekamen die rassistische Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen“ (24,1 %) und das antisemitische Item, dass Juden mehr als andere Menschen mit üblen Tricks arbeiten würden, um das zu erreichen, was sie wollen (17,6 %). Besonders beachtlich ist diesbezüglich, dass der Anteil derjenigen, die teils/teils auswählten, mit 18,7 % auch hier recht groß war, aber im Vergleich zu den anderen Aussagen am geringsten ausfiel. Gleichzeitig war hierbei der Anteil derer, die „keine Antwort“ oder „weiß nicht“ ankreuzten, mit 13 % am größten. Demnach schien sich ein großer Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht zu dem antisemitischen Item zu äußern wollen, diejenigen, die sich aber äußern wollten, positionierten sich tendenziell klarer.

Bezüglich sozialdarwinistischer Orientierungen teilte in der vorliegenden Befragung ein Fünftel der Befragten (20,4 %) - und damit ein erheblicher Anteil - die Vorstellung, dass soziale und gesellschaftliche Dynamiken durch das Prinzip des Stärkeren geregelt sein sollten.

Die Aussage „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss reingehalten werden“ bezog sich auf den völkischen Wunsch nach der „Reinheit des Volkes“ und der Einheit zwischen „Blut und Boden“ und wurde daher mit abgefragt. Insgesamt 11,4 % aller Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten dieser Aussage vollkommen zu, 21,5 % eher und 23,5 % äußerten sich unentschlossen (teils/teils). Nur ein gutes Fünftel lehnte die Aussage vollkommen ab.

Die geringe vollkommene Ablehnung der vorgestellten menschenfeindlichen Aussagen und die damit einhergehende fehlende Distanz zu äußerst rechten Narrativen und Einstellungen ist aus einer demokratischen Perspektive alarmierend. Unterschiede im Zustimmungsverhalten zeigten sich außerdem innerhalb verschiedener Befragungsgruppen in der Onlinebefragung.

<sup>27</sup> Die ausgewählten Items werden so auch in den Befragungen der Leipziger Autoritarismusstudie (zuletzt Decker, Kiess et al. 2022) und der „Mitte-Studie“ (zuletzt Zick, Küpper et al 2023) verwendet. In der RIOET-Befragung wurden nur einzelne Aussagen zur Abfrage der jeweiligen Rechtsextremismusedimensionen abgefragt. Differenzierte Aussagen zu bestimmten Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind daher begrenzt, die vorliegenden Ergebnisse geben aber einen guten Einblick in die Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen insgesamt.

Abbildung 19 veranschaulicht, dass es signifikante Unterschiede in der Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen zwischen den Geschlechtern gab.<sup>28</sup> Demnach erreichten die befragten Jungen und Männer im Durchschnitt höhere Zustimmungswerte auf dem Index äußerst rechte Einstellung (2,89) als Frauen und Mädchen (2,66) und die kleine Gruppe der diversgeschlechtlichen Befragten (2,6).<sup>29</sup>

Mit Blick auf die Größe der Wohnorte der Befragten zeigte sich, dass es auch hier signifikante Unterschiede ( $p < 0,001$ ) in der Zustimmung zum Index äußerst rechte Einstellung gab. Dabei war die Zustimmung zum Index tendenziell in kleineren Gemeinden (2,85) und Städten (2,87) höher und in Großstädten am niedrigsten (2,62).

Der größte Unterschied<sup>30</sup> fand sich im Vergleich der Mittelwerte der Befragten unter Berücksichtigung ihrer (angestrebten) Schulabschlüsse. Während die Befragten mit einer Hochschulzugangsberechtigung im Mittel einen in diesem Vergleich geringen Zustimmungswert von 2,6 auf dem Index vorwiesen, lagen die Zustimmungswerte der Befragten ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung zu den Aussagen leicht über der mittleren teils/teils-Kategorie.

Abbildung 19: Zustimmungen zum Index „Äußerst rechte Einstellung“ (Mittelwerte), gewichteter Datensatz (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)

### Zustimmung Index "Äußerst rechte Einstellung"

Mittelwerte (gesamt = 2,78)



Ein weiterer relevanter Blick auf das Zustimmungsverhalten gilt der Ost-West-Verteilung. Hier zeigte sich, dass die Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen unter den Befragten, die derzeit in West- und Ostdeutschland leben, ähnlich war, mit einer leicht geringeren Zustimmung unter den in Ostdeutschland lebenden (vgl. Abbildung 20). In Berlin hingegen war die mittlere Zustimmung etwas höher (2,9), aber noch immer bei einer durchschnittlichen teils/teils-Antwort.

Abbildung 20: Zustimmungen zum Index „Äußerst rechte Einstellung“ (Mittelwerte), ungewichteter Datensatz  $N = 1465$  (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)

### Zustimmung Index äußerst rechte Einstellung

Mittelwerte (ungewichteter Datensatz)



Mit Blick auf die Zustimmungen zum Index äußerst rechte Einstellung zeigten sich nicht nur Tendenzen im Zustimmungsverhalten verschiedener Gruppen innerhalb der Befragten, sondern auch, wie sich diese im Verhältnis zu anderen abgefragten Aussagen darstellte. So ergab sich unter anderem erwartungsgemäß, dass eine höhere Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen tendenziell mit einer rechteren Selbstverortung einherging.<sup>31</sup>

Es zeigt sich außerdem ein schwacher, aber statistisch signifikanter negativer Zusammenhang zwischen den Zustimmungen zum Index äußerst rechte Einstellung und den Zustimmungen zum Index Umwelteffekt.<sup>32</sup> Befragte, die tendenziell höhere Zustimmungen zu den Aussagen zum Umwelteffekt hatten, tendierten also dazu, geringere Zustimmungen zu äußerst rechten Einstellungen zu haben.

<sup>28</sup> ( $p < 0,001$ ).

<sup>29</sup> Mittelwertindex der likertskalierten Items aus Abbildung 18 von 1 = „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5 = „stimme dieser Aussage vollkommen zu“.

<sup>30</sup> ( $p < 0,001$ ).

<sup>31</sup> ( $r = 0,343$ ,  $p < 0,001$ ).

<sup>32</sup> ( $r = -0,076$ ,  $p < 0,01$ ).

Jugendliche und junge Erwachsene neigten in dieser Befragung außerdem tendenziell zu höheren Zustimmungen zu Aussagen der Klimawandelleugnung und -skepsis, wenn sie höhere Zustimmungen auf dem Index äußerst rechte Einstellung aufwiesen.<sup>33</sup> Dies verdeutlichte nochmals, dass die Verbindung von äußerst rechten Einstellungen und klimawandelskeptischen Ansichten nicht nur vonseiten äußerst rechter Akteur\*innen forciert wird, sondern die ideologische Nähe bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchaus verfängt.

## 4.7 Information und Umgang mit Medien und Rechtsextremismus in sozialen Medien

In den qualitativen Interviews wurde auch die Rolle von sozialen Medien im Leben der Teilnehmenden diskutiert. Dabei wurde die Präsenz von äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur\*innen in den sozialen Medien besprochen. Auch die Mediennutzung der Teilnehmenden und der kritische Umgang mit medialen Inhalten waren Teil dieses Themenkomplexes.

Wie bereits in Kapitel 4.5 angesprochen, berichteten (Klima-)politisch aktive Teilnehmer\*innen in den qualitativen Interviews, dass das Internet und insbesondere die sozialen Medien einen erheblichen Einfluss auf ihre Politisierung hatten. Eine politisch aktive Person erzählte dazu, dass niedrighschwellige politische Beiträge in den sozialen Medien ihre Politisierung maßgeblich beeinflusst hätten:

Also, die reine Politisierung fand, glaube ich, insofern statt, dass ich auf Instagram immer so Beiträge in meinem Feed hatte von DIE PARTEI, die relativ lustig und satirisch waren und dann die Forderungen dahinter auch immer irgendwie doch wichtig gewesen sind oder und richtig aus meiner Sicht waren. (Oliver)

Ebenso gab ein Teilnehmer an, sich meist über YouTube-Kanäle (MrWissen2go, Funk-Formate, STRG\_F und Rezo) politisch zu informieren. Auffällig war, dass in diesem und in weiteren qualitativen Interviews vermehrt Formate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genannt wurden, wenn es um die politische Meinungsbildung ging. Beispielsweise erzählte eine befragte Person, dass sie sich vor allem gern solche Sendungen ansieht, in denen Dialoge zwischen Klimaaktivist\*innen und Bürger\*innen zustande kommen und gezeigt werden:

Also, ich setze mich da auch manchmal mit dazu und schaue ein bisschen mit, gerade wenn dann irgendwelche Klimaaktivisten bei Maischberger sind oder zum Beispiel bei Lanz. Ich schaue mir solche Videos immer mal an oder wenn andere politische Fragen irgendwie zwischen Normalbürgern diskutiert werden. Solche Sendungen wie „13 Fragen“, vom ZDF ist das, glaube ich. (Timo)

In der quantitativen Umfrage zeigte sich ebenfalls, dass das Internet für die befragten jungen Menschen eine bedeutende Rolle für die Informationsbeschaffung spielte (vgl. Abbildung 21). Fast ein Drittel der Befragten stimmte der Aussage vollkommen oder eher zu, dass es echte Informationen nur außerhalb der offiziellen Medien gebe, etwa bei YouTube, TikTok, Telegram oder anderen. Lediglich knapp 10 % lehnten diese Aussage vollkommen ab und ein Drittel mochte sich hierbei nicht festlegen. Insgesamt zeigte sich dabei eine Polarisierung in der Wahrnehmung und dem Vertrauen in verschiedene Informationszugänge. Während ein signifikanter Teil der Befragten offizielle Medien nicht bevorzugte, blieb ein erheblicher Anteil entweder skeptisch gegenüber den genannten Kanälen oder unentschlossen. Die Einschätzung zwischen den weiblichen und männlichen Befragten unterschied sich dabei deutlich. Während die männlichen Befragten der Aussage zu über einem Drittel (36,4 %) eher oder vollkommen zustimmten, lag der Anteil unter den weiblichen Befragten bei einem guten Viertel (26 %). Unter den jungen Frauen und Mädchen war der größte Teil unentschieden (34,5 % teils/teils) und 30,3 % lehnten die Aussage vollkommen oder eher ab. Im Vergleich dazu lehnte unter den männlichen Befragten gerade mal ein knappes Viertel (24,7 %) die Aussage ab. Mit 32,4 % war der Anteil, derer, die mit teils/teils antworteten, unter den befragten jungen Männern und Jungen ebenfalls recht hoch.

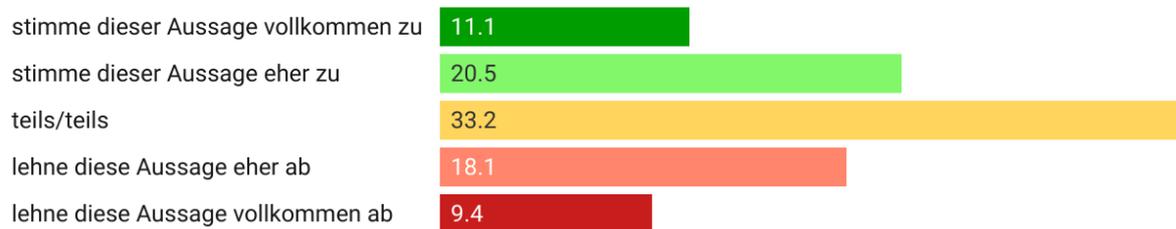
---

<sup>33</sup> ( $\rho = 0,644$ ,  $p < 0,001$ ).

Abbildung 21: Informationen offizielle Medien, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)

## Echte Informationen gibt es nur außerhalb der offiziellen Medien, etwa bei Youtube, TikTok, Telegram oder anderen.

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu 
 ■ stimme dieser Aussage eher zu 
 ■ teils/teils 
 ■ lehne diese Aussage eher ab 
 ■ lehne diese Aussage vollkommen ab

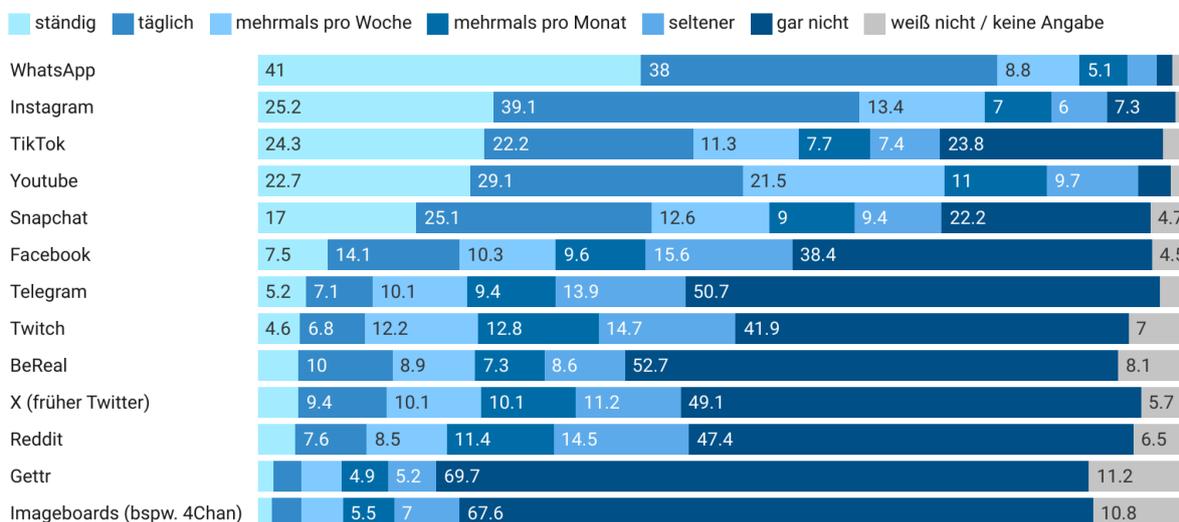


Created with Datawrapper

Die Frage, wie häufig die Teilnehmenden soziale Medien nutzen, wurde aufgrund der vermehrten Nennung unterschiedlicher sozialer Medien auch in den Onlinefragebogen mit aufgenommen. Fast 80 % aller Befragten und damit ein überwiegender Teil gab an, mindestens täglich den Messengerdienst WhatsApp zu nutzen. Die Plattformen Instagram und TikTok, die schon in den qualitativen Interviews oft genannt wurden, wurden von einem großen Anteil der bundesweit Befragten sehr häufig benutzt. Circa ein Viertel gab an, Instagram ständig zu nutzen, 40 % gaben an, es zumindest täglich zu nutzen. Besonders bei TikTok fiel auf, dass nicht nur der Anteil derer, die die App sehr häufig nutzen, hoch ist, sondern auch knapp ein Viertel die App gar nicht nutzte. Die sozialen Netzwerke, die von großen Teilen der Befragten gar nicht genutzt werden, sind die Nischennetzwerke Gettr, das von Jason Miller, einem Politikberater von Donald Trump, gegründet wurde, mit fast 70 %, Imageboards mit 67,6 % und BeReal mit über 50 %.

Abbildung 22: Häufigkeit Mediennutzung, gewichteter Datensatz, N = 2099

## Wie häufig nutzen Sie die folgenden sozialen Netzwerke?



Created with Datawrapper

Die Teilnehmenden in der Onlinebefragung wurden auch befragt, wie häufig ihnen Inhalte zu bestimmten Themen in den sozialen Netzwerken auf einer Skala von nie (1) bis sehr häufig (6) begegnen. Die folgende Tabelle zeigt, wie häufig die Befragten mit welchen Themen über alle sozialen Medien hinweg im Mittel konfrontiert wurden. Da besonders Diskussionen über TikTok die Gespräche in der qualitativen Erhebung sowie in der öffentlichen Debatten dominierten, werden die Mittelwerte derer, die angaben, dieses soziale Netzwerk häufig zu nutzen, den insgesamten Werten (ohne derer, die intensiv TikTok nutzten) gegenübergestellt.

Die Mittelwerte zeigen, dass bestimmte Themen in den sozialen Netzwerken insgesamt häufig thematisiert werden. Die Befragten geben an, dass ihnen im Schnitt mit einem Mittelwert von ca. 4,08 Inhalte zu Diskriminierung (zum Beispiel Rassismus) am häufigsten begegnen. Auch Inhalte zu sozialer Ungerechtigkeit (3,88) und zum Krieg in der Ukraine (3,87) begegnen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen recht häufig in den sozialen Netzwerken.

Mit Blick auf Inhalte zu Parteien wird deutlich, dass allen befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen am häufigsten Inhalte zur AfD (3,47) in den sozialen Netzwerken begegnen, am zweithäufigsten zur Partei Bündnis 90/Die Grünen (3,03).

Insgesamt gaben diejenigen, die intensiv TikTok verwenden, an, dort die die allermeisten abgefragten politischen Themen etwas seltener zu sehen, als dies Intensivnutzer\*innen anderer Plattformen berichteten. Aber insbesondere Inhalte zur Partei AfD (3,76) werden von Intensivnutzer\*innen auf TikTok im Vergleich deutlich häufiger genannt.

*Tabelle 9: Mittelwerte der Informationen zu Inhalten in sozialen Netzwerken nach Nutzung, gewichteter Datensatz (fehlend: weiß nicht / keine Angabe)*

	Mittelwerte soziale Netzwerke insgesamt ohne intensive TikTok-Nutzung	Mittelwerte intensive TikTok-Nutzung (ständig, täglich, mehrmals pro Woche) (n = 1213)
Klimawandel (n = 2023)	3,58	3,56
Waldsterben (n = 2010)	3,09	3,00
Artensterben (n = 2009)	3,21	3,08
Soziale Ungerechtigkeit (n = 2006)	3,88	3,92
Diskriminierung (z. B. Rassismus) (n = 2007)	4,08	4,17
Krieg in der Ukraine (n = 1993)	3,87	3,52
Krieg in Israel/Palästina (n = 1991)	3,82	3,54
Zur Partei AfD (n = 1966)	3,47	3,76
Zur Partei SPD (n = 1959)	2,84	2,64
Zur Partei CDU (n = 1968)	2,94	2,68
Zur Partei Bündnis 90/Die Grünen (n = 1952)	3,03	2,81
Zur Partei FDP (n = 1964)	2,73	2,46

Obwohl viele Teilnehmer\*innen der qualitativen Interviews aussagten, sich über das Internet und die sozialen Medien politisch zu informieren, übten sie auch Kritik an dieser Form des politischen Raums. Dabei wurde besonders TikTok sehr häufig kritisiert. So berichteten und kritisierten Befragte, dass ihnen in den sozialen Medien vermehrt Inhalte von äußerst rechten Akteur\*innen vorgeschlagen wurden. Oliver richtete seine Kritik dabei besonders an die Taktik dieser Akteur\*innen, Plattformen für junge Menschen, wie TikTok, zu vereinnahmen, da er junge Menschen als besonders anfällig für politische Manipulation und Populismus ansah:

[...] gerade TikTok ist ja massiv von der AfD eingenommen, [...] weil sobald du TikTok öffnest, hast du irgendwelchen rechten Kram in deiner Timeline. Und dann lässt man sich als junger Mensch dann noch mal verstärkt beeinflussen, obwohl Populismus greift ja in allen Altersschichten. Und junge Menschen sind ja durchaus beeinflussbar. (Oliver)

Andere Teilnehmende erzählten auch davon, dass sie selbst vermehrt auf Falschmeldungen und Fake News in den sozialen Medien stießen:

Immer [Konfrontation mit Falschmeldungen]. Eigentlich fast jeden Tag. Also auch dann vom gefakten Bild oder Anhang, also von Reporten halt einfach, die eigentlich gar nicht der Wahrheit entsprechen, die irgendwie zusammengephotoshopt wurden, dass es so aussieht, als hätte irgendeine professionelle Nachrichtenseite Sachen hochgeladen, die halt eigentlich gar nicht stimmen. Das passiert schon ziemlich oft. (Gregor)

Hass in den sozialen Medien wurde ebenfalls in den qualitativen Interviews besprochen. In einem narrativ-biografischen Einzelinterview berichtete Lisa aus der Region Zeitz-Weißenfels, dass sie während ihrer Schulzeit oft an (klima-)politischen Aktionen an ihrer Schule teilgenommen hatte und dadurch selbst erste Erfahrungen mit Hasskommentaren in den sozialen Medien hatte machen müssen:

Das Problem war nur da, dass wir unser Vorhaben öffentlich gemacht haben und da schon auf Facebook Reaktionen kamen wie: „Warum verseucht ihr unsere Kinder mit eurem ekligen Gedankengut?“ Ich kann die Worte

nicht wiedergeben, weil ich möchte die nicht verwenden, aber auf jeden Fall menschenverachtende Worte.  
(Lisa)

Insgesamt zeigte sich eine wichtige Bedeutung sozialer Medien für die politische Politisierung und Informationsbeschaffung der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wobei Plattformen wie Instagram und YouTube in den Interviews eine zentrale Rolle spielten. Gleichzeitig äußerten die Befragten Bedenken hinsichtlich der Präsenz von äußeren rechten und verschwörungsideologischen Inhalten sowie der Verbreitung von Fake News auf diesen Plattformen. Besonders TikTok wurde wegen der starken Verbreitung rechter Inhalte kritisiert.

## 5. Schlussbetrachtung

Dass die Themen Klima, Natur und Umwelt von Akteur\*innen der äußersten Rechten aufgegriffen werden, ist schon länger Gegenstand wissenschaftlicher Forschung (vgl. u.a. Ekberg et al. 2022; Olsen 1999; Quent et al. 2022). Die vorliegende Studie konnte nun anhand der qualitativen Erforschung konkreter Fallbeispiele in NRW, Hessen und Sachsen-Anhalt, aber auch mithilfe einer umfassenden quantitativen Befragung zeigen, auf welche Resonanz äußerst rechte und verschwörungsideologische Narrative und Angebote zu den Themen Klima, Natur und Umwelt bei jungen Menschen stoßen. Die Ergebnisse der Studie werden im Folgenden zusammengefasst und es wird ein Ausblick auf sich anschließende (Forschungs-)Fragen gegeben, bevor im letzten Kapitel auf Handlungsempfehlungen für die Präventions- und Interventionspraxis eingegangen wird.

Im Rahmen der empirischen Feldforschung wurden vier Forschungsregionen ausgewählt, die sich durch spezifische sozialökologische Transformationsprozesse auszeichnen: In Sachsen-Anhalt fokussierte sich die Feldforschung auf den Harz, in dem aktuell das Waldsterben infolge des Klimawandels diskutiert wird. Außerdem wurde in diesem Bundesland die Mittelstadt Zeitz und ihre nähere Umgebung als Forschungsgebiet ausgewählt, da sich durch die unmittelbare Nähe zum Mitteldeutschen Braunkohlerevier vor Ort die Diskussionen um den Kohleausstieg abzeichnen. In Westdeutschland stand mit dem Rheinischen Revier in NRW ebenfalls eine Kohleregion und mit dem Reinhardswald in Nordhessen ebenfalls eine Waldregion im Fokus der Untersuchung, wobei in letzterer die Debatten um den Ausbau der Windkraft eine bedeutende Rolle spielten. Somit zeichneten sich alle Untersuchungsregionen durch Auseinandersetzungen im Rahmen der sozialökologischen Transformation aus: Spannungen waren zu beobachten zwischen Maßnahmen für den Klimaschutz im Sinne der Energiewende und dem Erhalt der lokalen Natur-, Kultur- und Tourismuslandschaft in ihrer bisherigen Form, aber auch zwischen Klimaschutzmaßnahmen, dem Erhalt von durch den Kohleabbau bedrohten Ortschaften und strukturellen Herausforderungen, wie dem (möglichen) Verlust von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie.

In allen Untersuchungsregionen war ein breites Spektrum von äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur\*innen sichtbar, die sich kommunikativ und/oder politisch strategisch auf die Transformationsprozesse und die damit einhergehenden Diskussionen bezogen. Insbesondere die AfD als ressourcenstarke Akteurin positionierte sich in allen Regionen deutlich. Die AfD lehnt als einzige Fraktion im Bundestag den Kohleausstieg ab und kann sich damit auf lokaler Ebene – gerade in den Kohleregionen – profilieren. Neben der AfD mobilisierten die neonazistische Partei Der III. Weg sowie weitere äußerst rechte Gruppierungen und Protestformationen in den Untersuchungsregionen und griffen Themen zu Transformation und Klimawandel auf. Auch in den sozialen Medien traten äußerst rechte und verschwörungsideologische Gruppierungen aus den Untersuchungsregionen auf.

Die oben beschriebenen lokalen Transformationsprozesse waren auch Gegenstand der Fokusgruppeninterviews sowie der narrativ-biografischen Einzelinterviews mit jungen Menschen, die im Rahmen des Projekts durchgeführt wurden. Die Befragten waren weitgehend mit den sozialökologischen Transformationsprozessen in ihren Regionen vertraut. Die vorgezogenen Ausstiege aus der Kohleverstromung wurden von der Mehrheit der Teilnehmenden als positiv betrachtet, wenngleich es vereinzelt Bedenken bezüglich möglicher Arbeitsplatzverluste gab, die in den ostdeutschen Forschungsregionen stärker als in NRW artikuliert wurden. Zudem bewerteten mehrere Teilnehmende aus NRW die Enteignung und Umsiedlung von Dörfern zugunsten des Kohleabbaus als problematisch. Die jeweiligen Transformationsprozesse wurden dann kritisch kommentiert, wenn die Teilnehmenden oder ihr soziales Umfeld selbst von den Folgen betroffen waren. So wurde das Waldsterben im Harz als Verlust von Lebensqualität und von vertrauter Umgebung angesehen, dem politisch entgegenzuwirken sei. Das geplante Windkraftprojekt im hessischen Reinhardswald wurde aus Naturschutzgründen besonders kritisch diskutiert. Dementsprechend positionierten sich Teilnehmende in der Region Reinhardswald oftmals gegen dieses Windkraftprojekt, ohne jedoch grundsätzlich Windkraftanlagen in ihrer Nähe oder erneuerbare Energien generell abzulehnen.

Auch im Allgemeinen wurden Energiewendemaßnahmen als Reaktion auf den Klimawandel positiv diskutiert und von der Mehrheit der befragten jungen Menschen wurde der Klimawandel als menschengemachtes und ernstes Problem anerkannt. Es wurde der Wunsch nach kollektiven, systematischen und strukturellen Lösungsansätzen auf nationaler und globaler Ebene artikuliert. Während als weitere Lösungsansätze individuelle Maßnahmen und klimaaktivistisches Engagement diskutiert wurden, stießen besonders die Straßenblockaden der „Letzten Generation“ auf gemischte Reaktionen, einschließlich scharfer Ablehnung und Gewaltfantasien. Grundsätzlich bewerteten die Befragten Klimaaktivismus und Klimaproteste zumeist als positiv, solange sie keine aus ihrer Sicht gewalttätigen bzw. radikalen Formen annehmen.

Die Befragten äußerten in den Interviews zudem Gefühle wie Machtlosigkeit, Ohnmacht und Verzweiflung hinsichtlich der eigenen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel oder hatten ein schlechtes Gewissen, selbst zu wenig gegen den Klimawandel zu tun. Zudem wurden Gefühle wie Frustration und Wut über das teilweise wahrgenommene mangelnde Engagement der Gesellschaft und politischer Akteur\*innen im Kampf gegen den Klimawandel artikuliert. Dementsprechend zeigten die Diskussionen in den Fokusgruppeninterviews im Anschluss an die

als Impulse vorgelegten Materialien ein hohes Analyse- und Reflexionsniveau. Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse wurden dabei aufgrund ihrer Inhalte und argumentativen Form kritisiert und abgelehnt. Die Bewertung solcher Impulse und lokaler, äußerst rechter Aktionen wurde zudem durch die generelle Ablehnung beeinflusst, die alle Teilnehmenden in den Fokusgruppen gegenüber äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur\*innen – insbesondere gegenüber der AfD – zeigten.

Wenn die Zustimmung zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Positionen die Diskussionen dominierte, was vor allem in einem Fokusgruppeninterview vorkam, kam es teilweise auch unter anderen Teilnehmenden zu einer Zustimmung äußerst rechter und verschwörungsideologischer Narrative zu Klima, Umwelt und Natur. So zeigte sich in einem Teil der Fokusgruppeninterviews, dass eher stille Teilnehmende mit einstiegen und dieser Tendenz zustimmten. Andersherum stießen äußerst rechte Deutungsangebote bei den Befragten auf Ablehnung, wenn diese sich quellenkritisch mit dem Inhalt und der Form auseinandersetzen konnten. Zudem wurde in den Fokusgruppeninterviews deutlich, dass, wenn wenig Vorwissen über den äußerst rechten Ursprung der vorgelegten Impulse und damit die fehlende Möglichkeit einer quellenkritischen Einordnung gegeben war, den entsprechenden Narrativen häufiger zugestimmt wurde. Andersherum stießen äußerst rechte Deutungsangebote bei den Befragten auf Ablehnung, wenn die Befragten sich quellenkritisch mit dem Inhalt und der Form auseinandersetzten, was häufiger der Fall war. Die politische Stimmung in den jeweiligen Regionen wurde in den narrativ-biografischen Interviews mehrfach thematisiert: Die Teilnehmenden nahmen besonders in den beiden ostdeutschen Forschungsregionen eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in ein rechtes und ein linkes Lager wahr, wobei sie das rechte Lager zahlenmäßig stärker vertreten sahen. Die Trennung dieser Lager wird insbesondere in der Region Zeitz-Weißenfels anhand von Bildungsstatus und Milieu beschrieben: Während Personen mit niedrigerem Bildungsstand und aus prekären Milieus entweder kein Interesse an demokratischen Prozessen und Klimawandel aufweisen würden, setzten sich vor allem Personen mit gesicherten sozioökonomischen Hintergründen und höherer Bildung gegen Klimawandel und äußerst rechte Akteur\*innen ein.

Es zeigten sich zusammengefasst in der qualitativen Erhebung eine allgemeine Anerkennung des menschengemachten Klimawandels als bedeutsame Problematik und ein gleichzeitiges Bewusstsein für die sozialökologischen Transformationsprozesse in den Regionen der interviewten Personen. Trotz einzelner Bedenken bezüglich möglicher negativer sozialer Folgen des Braunkohleausstiegs und der teilweisen Ablehnung von Windkraftanlagen im Wald bewerteten die meisten Teilnehmenden die Energiewende als notwendig und entsprechende Maßnahmen als positiv. Äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur\*innen sowie deren Narrative und Aktionen im Kontext der Klimawandelthematik und der beforschten sozialökologischen Transformationsprozesse stießen meist auf wenig Zustimmung.

Werden die Ergebnisse der quantitativen Forschung zusammengefasst, zeigte die Auswertung der Daten folgende Tendenzen: Zunächst ist hervorzuheben, dass ein großer Anteil der Befragten Interesse für den Klimaschutz und politische Themen allgemein zeigte. Die Befragten waren besorgt und teils verängstigt bezüglich der Folgen des Klimawandels und erkannten ihn als menschengemacht an. Gleichzeitig erachteten die Befragten die Bemühungen der Bundesregierung für den Klimaschutz mehrheitlich als zu gering.

Was die Zustimmungsfähigkeit zu Aspekten des Rechtsextremismus betrifft, ergaben sich bei den Befragten hohe Werte. So war die Personengruppe, die alle Aussagen zur äußerst rechten Einstellung (vgl. Abb. 18) wenigstens teilweise ablehnte, relativ klein (14,5 %). Demgegenüber war der Anteil derer, die den Aussagen mindestens teilweise zustimmten, größer (17,8 %). Bei einzelnen Aussagen zeigten sich noch deutlichere Zustimmungswerte zu äußerst rechten Narrativen. Die AfD hingegen wurde von zahlreichen Befragten als eher bis sehr unsympathisch wahrgenommen (68,6 %). Dennoch gab ein knappes Fünftel an (19,6 %), sie eher oder sehr sympathisch zu finden.

Bemerkenswert ist dabei, dass sich unter denjenigen, die allen äußerst rechten Aussagen mindestens teilweise zugestimmt haben, nur ein knappes Drittel (32,3 %) politisch eher bis sehr rechts verortete und 16,4 % von sich sagten, dass sie sich selbst eher bis sehr links verorten würden.

Ebenso verfielen äußerst rechte Klimanarrative bei einem Teil der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen und erreichten zum Teil hohe Zustimmungswerte. Mit mindestens 18 % Leugner\*innen des anthropogenen Klimawandels zeigt die Studie, dass eine große Minderheit innerhalb der Kohorte der jungen Befragten die menschengemachte Verantwortung für die Erderhitzung entgegen dem wissenschaftlichen Konsens negiert. Bei etwa einem Fünftel der Befragten zeigt sich eine Verdichtung von äußerst rechten und klimaregressiven Orientierungen.

Außerdem zeigte sich ein Zusammenhang zwischen äußerst rechten und klimawandelleugnenden Aussagen: Wer äußerst rechten Aussagen eher zustimmte, tendierte auch dazu, klimawandelleugnenden Aussagen zuzustimmen. Das zeigen die vorliegenden Ergebnisse. Verschwörungsideologien spielen bei beiden Einstellungsmustern eine relevante Rolle und können hier als Brücke dienen.

Auch war in der quantitativen Studie zu beobachten, dass die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen viel Zeit in den sozialen Medien verbrachten und dabei gleich mehrere Plattformen sehr regelmäßig nutzten. Für einige Befragte diente das Internet nicht nur als (alleinige vertrauenswürdige) Informationsquelle, sondern auch als Ort des politischen Engagements, indem unter anderem Petitionen online unterschrieben wurden.

In dieser Studie zeigten sich auch zahlreiche Unterschiede zwischen den Befragten entlang verschiedener politischer und soziodemografischer Parameter. Bezüglich der politischen Selbstverortung sortierten sich etwas mehr weibliche Befragte als links ein als befragte Jungen und Männer. Diese Selbsteinschätzung bestätigte sich auch mit Blick auf die Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen und der Zustimmung zur Klimawandelleugnung, bei denen die männlichen Befragten im Durchschnitt höhere Zustimmungswerte erzielten als die weiblichen und diversgeschlechtlichen Befragten.

Signifikante Unterschiede zeigen sich auch im Zustimmungsverhalten von Befragten, die ein (Fach-)Abitur, die allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss hatten oder anstrebten, und denjenigen Befragten, die niedrigere Schulabschlüsse hatten oder anstrebten. Dabei fiel nicht nur auf, dass die Befragten mit höheren (angestrebten) Schulabschlüssen äußerst rechten Aussagen in der Tendenz weniger häufig zustimmten, sondern unter ihnen auch geringere Anteile den menschengemachten Klimawandel oder die wissenschaftlichen Belege für dessen Existenz anzweifeln. Ebenso war unter den Befragten mit niedrigeren (angestrebten) Schulabschlüssen der Anteil derer, die es für sinnvoll hielten, sich zu engagieren, geringer, was einen Hinweis auf die selbst eingeschätzte Wirkmächtigkeit derer mit niedrigeren Schulabschlüssen sein könnte. Dabei repräsentiert das formale Bildungsniveau nicht vorrangig individuelle intellektuelle Kompetenzen, sondern auch sozialen Habitus, Status, Prägungen und ungleiche Möglichkeiten.

Ebenso ergaben sich in der Befragung signifikante Unterschiede zwischen Befragten, die in Großstädten wohnen, im Vergleich zu kleineren Orten. Großstädter\*innen schätzten das Problem des Klimawandels häufiger als ernst für ihre Region ein. Gleichzeitig zeigte sich, dass diese Befragten häufiger zustimmten, dass die Demokratie grundsätzlich funktioniere, und im Mittel die geringste Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen aufwiesen.

Schließlich zeigten die Ergebnisse auf der Einstellungsebene nur wenige deutliche Unterschiede im Zustimmungsverhalten der in Ost- und Westdeutschland lebenden Befragten. Befragte in Ostdeutschland waren nicht per se stärker rechts eingestellt, aber mehr junge Menschen in Ostdeutschland sympathisieren offen mit rechtsextremen Parteien. Zudem unterschieden sich teilweise die Angaben derer, die zum Zeitpunkt der Befragung in Berlin wohnten. Die quantitative Studie ist mit Blick auf diese Verteilung jedoch nicht repräsentativ.

Insgesamt zeigen die Studienergebnisse ein ambivalentes Bild: Die Befragten interessierten sich für Klimaschutz und politische Themen allgemein. Sie waren besorgt und teils verängstigt bezüglich der Folgen des Klimawandels und erkannten ihn als menschengemacht an. Gleichzeitig waren nicht nur die Anteile derer, die Aussagen gegenüber der Demokratie gespalten gegenüberstanden, sehr hoch, sondern auch die Zustimmungswerte zu äußerst rechten Aussagen aus demokratischer Perspektive besorgniserregend.

### *Ausblick auf anschließende Forschungsfragen und offene Fragen*

Die vorliegende Studie gibt einen breiten Einblick darüber, auf welche Resonanz äußerst rechte und verschwörungsideologische Narrative und Angebote bei jungen Menschen stoßen und wie lokale Transformationsprozesse in Ost- und Westdeutschland diskutiert werden. Für eine genauere Analyse ließen sich weitere Forschungsfragen stellen, die zu möglichen Erklärungsansätzen führen könnten, um zu verstehen, warum junge Menschen äußerst rechten und verschwörungsideologischen Angeboten zu Klima, Natur und Umwelt zustimmen oder diese ablehnen.

Hierzu wäre zum einen zu untersuchen, welche konkreten soziodemografischen und biografischen Merkmale die Resonanz auf äußerst rechte und verschwörungsideologische Angebote beeinflussen könnten. Die qualitativen und die quantitativen Daten geben Hinweise darauf, dass Wohnort, Geschlecht und Bildung eine Rolle spielen. Hier ist im Folgenden genauer zu untersuchen, aus welchen Gründen dies zutrifft. Ansätze aus der kritischen Männlichkeitsforschung, den Gender Studies und der Rechtsextremismusforschung könnten dazu beitragen, diese Daten zu erklären.

Beim Versuch, die Ergebnisse der vorliegenden Studie in einen größeren, gesellschaftstheoretischen Rahmen einzubetten, finden sich Anknüpfungspunkte zu Analysen der Autoritarismusforschung in Anschluss an die Kritische Theorie (vgl. Adorno et al., 1973; Löwenthal, 2021; Decker/ Brähler, 2020). Aus dieser Perspektive wird gefragt, welche Rolle gesellschaftliche Strukturen wie der Kapitalismus, die liberale Demokratie oder das Geschlechter- und Naturverhältnis für die Genese äußerst rechter und verschwörungsideologischer Ressentiments spielen. Ein Konzept, das in den vergangenen Jahren für die Erklärung dieser Ressentiments entwickelt wurde, ist der „libertäre Autoritarismus“ (Amlinger/Nachtwey, 2022). Dieser zeigt sich bei Einzelnen in Form von Gefühlen der Ohnmacht, der Kränkung und auch als Groll, der regressiv gewendet auf „andere“ projiziert wird. Die individuelle Freiheit wird rebellisch gegen alles verteidigt, was diese ansatzweise einschränken könnte – wie sich beispielsweise auf den sogenannten Coronaprotessen gezeigt hat. Den libertären Autoritarismus führen Amlinger und Nachtwey in ihrer Analyse auf die gegenwärtige Gesellschaft zurück: Der andauernde Konkurrenzdruck in allen Lebensbereichen und die Forderung zur Eigenverantwortung und Individualität, während immer wieder Erfahrungen der Abhängigkeit und des Kontrollverlusts gemacht werden, kulminieren auf destruktive Art im libertären Autoritarismus. Dieser ist somit Ausdruck einer bestimmten Gesellschaftsform – und äußerst rechte und verschwörungsideologische Ansichten sind in diesem Sinne nicht randständig, sondern werden durch die gegebenen Strukturen sowie das ständige Scheitern an ihnen hervor-

bracht. Daran anschließend ließen sich die vorgestellten Ergebnisse dahingehend befragen, inwiefern die Zustimmung zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Narrativen zu Klima, Natur und Umwelt auch auf Erfahrungen in der spätmodernen Gesellschaft zurückzuführen sein könnte.

Einen weiteren Hinweis für sich anschließende Analysen könnten die Aussagen zum Thema Freiheit darstellen. Die Befragten bezogen sich auf unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit, die mal vom Klimawandel bedroht zu sein schien, mal von klimapolitischen Maßnahmen. Verhandelt wurde in diesem Zuge auch, welche eigene Wirkmächtigkeit und Handlungsfähigkeit junge Menschen in Bezug auf die Klimakrise haben. Hier zeigte sich ein erlebter Widerspruch: Während die Befragten sich der Aufforderung, ihr eigenes Verhalten klimafreundlicher zu gestalten, bewusst waren und versuchten, dieser nachzukommen, äußerten sie ebenfalls die Einschätzung, dass Einzelne wenig verändern würden, und verknüpften dies zum Teil mit der Forderung, klimaschädliche Unternehmen stärker in die Verantwortung zu nehmen. Ihre daraus resultierenden Gefühle von Ohnmacht, schlechtem Gewissen und Frustration in diesem Dilemma könnten einen Anknüpfungspunkt für äußerst rechte Angebote sein, die negative Affekte auf andere zu projizieren: „die“ Politik, maßgeblich die Grünen, aber auch die Klimabewegung. Affekttheoretisch ließe sich genauer untersuchen, welche Rolle diese Gefühle für die Polarisierung und Radikalisierung in der Klimadebatte spielen – und wie diese Affekte medial und politisch adressiert bzw. reproduziert werden. Hier könnten sich auch weitere Forschungsfragen anschließen, die untersuchen, inwiefern Erfahrungen (politischer) Selbstwirksamkeit und Partizipation im Rahmen klimapolitischer Maßnahmen der Zustimmung zu äußerst rechten Narrativen entgegenwirken könnten.

Ähnlich wie der Freiheitsbegriff mit unterschiedlichen Vorstellungen seitens der Befragten verbunden war, wurden von den Teilnehmenden der Fokusgruppendifkussionen bestimmte Arten von Begriffen unterschiedlich problematisiert. Hierbei handelt es sich um Begriffe, die historisch gesehen eine äußerst rechte Konnotation haben, gesamtgesellschaftlich inzwischen diese Konnotation aber teilweise verloren haben. Gleichzeitig bemüht sich die äußerte Rechte um eine völkische Aufladung, Aufwertung und Reaktualisierung dieser Begriffe (vgl. Gießelmann/Kerst/Richterich/Suermann/Virchow 2019, S. 11), während diese unter den aktuellen Bedingungen eines Erstarkens der äußerten Rechten und entsprechenden Diskursen eine Entproblematisierung und Normalisierung erfahren. Insofern sind diese Begriffe anschlussfähig an äußerst rechte Narrative und Deutungsvorschläge. In den Fokusgruppendifkussionen wurde diesbezüglich im Rahmen der vorgelegten äußerst rechten Impulse vor allem der Volksbegriff diskutiert und dabei entweder unproblematisch gesehen, als äußerst rechts oder erst dann problematisiert, wenn der äußerte rechte Ursprung des Impulses offengelegt wurde.

Eine daran anschließende Fragestellung könnte die Wahrnehmung und Rezeption solcher Begriffe im Zusammenhang mit äußerst rechten Narrativen vertiefen. Es wäre zu untersuchen, welche beispielsweise individuellen, intersubjektiven, soziokulturellen, politischen oder medialen Faktoren zur Entproblematisierung solcher Begriffe beitragen. Ebenso sollten die Faktoren betrachtet werden, die eine Problematisierung fördern. Dies ist vor dem Hintergrund einer weiter zu untersuchenden Fragestellung relevant, inwiefern eine Entproblematisierung oder Problematisierung solcher Begriffe äußerst rechte oder verschwörungsideologische Narrative für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiver oder unattraktiver macht – und somit der Prävention hinderlich oder förderlich sein kann.

Nicht zuletzt für die Frage nach Präventions- und Interventionsmaßnahmen und die Förderung demokratischer Alternativen im Kontext klimapolitischer Debatten könnten weiterführende Forschungen in diesem Themenfeld erhellend sein. Die vorliegenden Ergebnisse bieten Möglichkeiten, vertiefende Fragen zu stellen und weitere Forschungen anzuschließen.

## 6. Was tun? Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft

Die Studie zeigt, dass äußerst rechte Narrative mit Bezug auf den Klimawandel und seine Folgen und Ursachen bei Jugendlichen verfangen können. Dabei nähern sich diese Narrative beispielsweise über die Kritik an klimapolitischen Maßnahmen, Klimaaktivismus, Windkraft, der Konstruktion der Partei Bündnis 90/Die Grünen als Feindbild oder durch das Thema Energiesicherheit an. Auch die Leugnung des (anthropogenen) Klimawandels oder das Gegeneinander-Ausspielen von Klima- und Umweltschutz sind Teil dieser Diskurse. In Deutschland gibt es eine lange historische Kontinuität, ökologische Themen mit äußerst rechter Ideologie zu verknüpfen, besonders im völkischen Rechtsextremismus. Um ihren Einfluss in ökologischen Milieus weiter zu etablieren und lokal zu verankern, versuchen äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur\*innen heute, Initiativen und Organisationen wie Anti-Windkraft-Aktionsbündnisse, freiwillige Feuerwehren und Naturschutzvereine zu unterwandern und zu vereinnahmen.

Aus unseren Forschungsergebnissen können die folgenden Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

- **Klimathemen als Anknüpfungsfeld des Rechtsextremismus erkennen.** Die Ergebnisse zeigen, dass eine Zustimmung zu äußerst rechten Narrativen tendenziell mit einer Zustimmung zu klimaleugnenden Narrativen einhergeht. (Klima-)Politische Aufklärung kann langfristig somit auch gewinnbringend für die Rechtsextremismusprävention sein und andersherum. In Institutionen wie Ministerien, FÖJs und lokalen Strukturen sollte dafür mehr Bewusstsein geschaffen und Ressourcen für Weiterbildungsangebote und Informationskampagnen sollten bereitgestellt werden. So könnten auch Informationsangebote, die äußerst rechte Narrative zum Klimawandel entkräften, stärker gefördert und ausgebaut werden.
- **Ökologische, soziale und generationale Gerechtigkeit sind miteinander verbunden.** Sie legen die Grundlagen für eine stabile und zukunftsfähige Demokratie. Klimaschutz, der Abbau sozialer Ungleichheit und die Sicherstellung der Rechte und Ressourcen zukünftiger Generationen müssen als zusammenhängende Herausforderungen gedacht werden. Politische Entscheidungsträger\*innen sollten diese gemeinsam adressieren, um gesellschaftliche Ungleichheiten zu verhindern und demokratische Prozesse zu fördern.
- **Beratungsstrukturen institutionalisieren.** Initiativen und Organisationen (vor allem Naturschutzvereine und lokale Initiativen), die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Angriffen ausgesetzt sind, sollten in ihrem demokratischen Engagement gestärkt und über relevante Akteur\*innen aufgeklärt werden. Um Fachkräfte und Bürger\*innen zu unterstützen, braucht es institutionalisierte und ausfinanzierte Beratungsstrukturen, an die sich Aktive wenden können.
- **Medienkompetenz fördern.** Junge Menschen, die Fake News erkennen und Inhalte sowie Forderungen kritisch einordnen und kontextualisieren können, können äußerst rechte Inhalte nicht nur als solche erkennen, sondern auch dekodieren („Sprecher\*innenproblematisierung“). Daher braucht es Räume, in denen das Erkennen äußerst rechter Strategien gefördert, Medienkompetenz erlernt und kritische demokratische Diskurse erprobt werden können. Gerade in Regionen, in denen derzeit Transformationsprozesse stattfinden, sollten entsprechende Informationskampagnen und Weiterbildungsangebote intensiviert werden.
- **Junge demokratische Stimmen empower.** Aufgeklärte und informierte Stimmen können einen positiven Einfluss innerhalb ihres eigenen Umfelds und ihrer Altersgruppe haben. Sie zu stärken kann sich daher positiv auf die Diskurse junger Menschen auswirken (Multiplikator\*innen).
- **Soziale Netzwerke als Chance der politischen Bildung und Rechtsextremismusprävention.** Träger der politischen Bildung sollten auf die starke Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche mit eigenen Angeboten reagieren, indem sie zielgruppen- und plattformorientierte Onlineformate entwickeln. Diese Formate sollten Inhalte der ökologischen und politischen Bildung sowie Rechtsextremismusprävention umfassen und den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden.
- **Junge Perspektiven in der (Klima-)Politik einbeziehen.** (Klima-)Politische Entscheidungen sollten transparenter gestaltet und kommuniziert werden, um Frustration und Ohnmachtsgefühle unter jungen Menschen abzubauen und demokratische Teilhabe zu stärken.
- **Demokratiearbeit im ländlichen Raum ausbauen und verstetigen.** Jugendsozialarbeit, Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sollten speziell für junge Menschen in allen Regionen ermöglicht werden, auch in weniger gut angebundenen Gebieten, denn sie bieten wichtige Orte des außerschulischen Austauschs. Erfolgreiche Angebote wie die „Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz“ (FARN) sollten ausfinanziert und langfristig gefördert werden.

- **Wissenschafts-Praxis-Transfer bestärken.** Forschungsergebnisse sollten auch mit der Fachpraxis diskutiert werden, um praxisnahe Angebote zu entwickeln. Damit praxisrelevante Forschungsergebnisse effektiv in Bildungs- und Sozialarbeit integriert werden können, empfehlen sich gemeinsame Austauschformate.
- **Geschlechterreflektierende Ansätze in der Rechtsextremismusprävention implementieren.** Männliche Befragte hatten in dieser Studie tendenziell höhere Zustimmungswerte zu Aussagen der äußersten Rechten als weibliche oder diversgeschlechtliche Befragte. Dass das Geschlecht eine unverzichtbare Analysekategorie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist, muss sich dementsprechend auch in der Präventionsarbeit widerspiegeln. In der Rechtsextremismusprävention müssen daher geschlechterreflektierende Ansätze weiter implementiert werden.
- **Demokratieförderung in der schulischen Bildung.** Befragte mit höheren (angestrebten) Schulabschlüssen stimmten äußerst rechten Aussagen in der Tendenz weniger häufig zu. Daraus ergibt sich nicht nur ein Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten der Rechtsextremismusprävention allgemein, sondern auch an einer verstärkten Implementierung von Räumen der kritischen Auseinandersetzung mit Narrativen der äußersten Rechten in der schulischen Bildung.
- **Das Thema Klimawandel auch im ländlichen Raum relevant machen.** Befragte aus kleineren Orten (unter 5000 Einwohner\*innen) schätzen die Probleme im Zuge des Klimawandels weniger ernst ein als Befragte aus urbanen Räumen. Das Bewusstsein um den Klimawandel und die damit einhergehenden Herausforderungen – lokal wie global – sollte auch im ländlichen Raum explizit gestärkt werden.
- **Lokale Bedeutung des Klimawandels betonen.** Der Klimawandel wurde in unserer Studie eher als ein globales denn als ein lokales Problem wahrgenommen. Auch wenn diese Einschätzung größtenteils zutrifft, kann sie der Schlussfolgerung Raum bieten, Folgen und Herausforderungen des Klimawandels als „weit weg“ zu imaginieren und die eigene Betroffenheit zu übersehen. Lokale Folgen des Klimawandels (zum Beispiel das Waldsterben) als solche zu benennen, könnte das Bewusstsein für die aktuelle Situation schärfen und die lokale Bevölkerung aktivieren.
- **Konkrete demokratische Angebote zum Klimaschutz vor Ort schaffen und ausbauen.** Äußerst rechte Angebote zum Klimaschutz (zum Beispiel Bäume pflanzen, Waldkonferenz der AfD) wurden von Befragten zum Teil positiv bewertet und der konkrete, lokale „Einsatz fürs Klima“ wurde gewürdigt. Hier sollte es demokratische niedrigschwellig und attraktiv gestaltete Alternativen geben, die jungen Menschen konkrete Möglichkeiten bieten, sich vor Ort für den Klimaschutz zu engagieren. Damit könnte auch auf die affektive Ebene angeknüpft werden: Junge Menschen – aber auch alle anderen – klimapolitisch zu aktivieren, könnte auch die Wirkmächtigkeit und Erfahrung von Selbstwirksamkeit stärken.
- **Eine gerechte Klimapolitik verfolgen, die sozial und ökologisch ist.** Bei den Befragten gab es ein starkes Bewusstsein dafür, dass es für eine wirksame Klimapolitik eine stärkere Beteiligung und Verantwortungsübernahme von klimaschädlichen Unternehmen bedarf. Junge Menschen forderten in dieser Studie eine gerechte Verteilung der Verantwortung und der Anstrengungen für eine nachhaltige Zukunft. Eine Klimapolitik, die dies berücksichtigt, könnte so der politischen Enttäuschung und des Sich-allein-gelassen-Fühlens bei jungen Menschen entgegenwirken.
- **Die Besonderheit ländlicher Räume bei der sozialökologischen Transformation mitdenken.** Klimaschutzmaßnahmen lassen sich nicht eins zu eins auf urbane und ländliche Räume übertragen. Die spezifischen Bedingungen ländlicher, insbesondere strukturgeschwächter Räume müssen in der Klimapolitik mitbedacht werden. Befragte wiesen darauf hin, dass es einen Ausbau des ÖPNV bräuchte, um realistisch auf das Auto verzichten zu können. Auch die ökonomische Beteiligung der lokalen Bevölkerung an regionalen erneuerbaren Energien könnte die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen erhöhen und rechte Angebote in diesem Feld entkräften.

# Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W., Milli, W., & von Friedeburg, L.** (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Agora Energiewende und Aurora Energy Research** (2019). *Die Kohlekommission. Ihre Empfehlungen und deren Auswirkungen auf den deutschen Stromsektor bis 2030*. Verfügbar unter: [https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2019/Kohlekommission\\_Ergebnisse/167\\_Kohlekommission\\_DE.pdf](https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2019/Kohlekommission_Ergebnisse/167_Kohlekommission_DE.pdf).
- Amlinger, C. & Nachtwey, O.** (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Suhrkamp: Berlin.
- Andräs, A.** (2019, 28. Mai). Gewinner sind Verlierer: Das sind die gewählten Stadträte in Zeitz. *mz.de*. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/lokal/zeitz/gewinner-sind-verlierer-das-sind-die-gewahlten-stadtrate-in-zeitz-1560909>.
- Arenz, R., Zuther, M. & Schimitzek, K.** (2023). *Sachsen-Anhalt-Monitor 2023. Neue Herausforderungen nach der Pandemie*. Hamburg: GMS Dr. Jung GmbH., S. 76 bzw. S. 78.
- Bergsdorf, H.** (o. D.). „Autonome Nationalisten“. *Kas.de*. Verfügbar unter: <https://www.kas.de/de/web/extremismus/rechtsextremismus/autonome-nationalisten>.
- Bjørgero, T. & Ravndal, J. A.** (2019). Extreme-Right Violence and Terrorism: Concepts, Patterns, and Responses. In ICCT Policy Brief. <https://doi.org/10.19165/2019.1.08>.
- BLK Regional TV** (2018). *Ausstieg Fachtagung Herrmannschacht Zeitz Tag der Stiftungen Bürgermeister Hoh*. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=dzhVHPTKx0s>.
- BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)** (2020). *Zukunft? Jugend fragen! Eine Studie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Umweltbundesamtes Umwelt, Klima, Politik, Engagement – Was junge Menschen bewegt*. Berlin: BMUV.
- BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)** (2023). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Verfügbar unter: [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Pool/Broschueren/umweltbewusstsein\\_2022\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltbewusstsein_2022_bf.pdf).
- Bock, V., Bruns, L., Jänicke, C., Kopke, C. & Lehnert, E.** (2023). *Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren* (H. Mildener, Hrsg.; 1. Auflage). Verfügbar unter: <https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/87283/9783779972952.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.
- Bothe, C.** (2023). *Was kommt nach dem Waldsterben?* Verfügbar unter: <https://www.treffpunkteuropa.de/was-kommt-nach-dem-waldsterben?lang=fr>.
- Bott, H.** (1969). *Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda*. Stuttgart: DVA.
- Brochhagen, L., Drescher, T., Reschke T. & Tenta S.** (2019, 19. September). *Die Hambach-Räumung – eine Chronologie*. WDR Online. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/hambacher-forst-raeumung-chronologie-100.html>.
- Bruns, L.** (2022, 2. Dezember). *Jung, männlich, ostdeutsch, gewalttätig?* bpb.de. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515775/jung-maennlich-ostdeutsch-gewalttaetig/>.
- BUND NRW** (o. J.). *Tagebau Garzweiler: Chronologie und Steckbrief*. Verfügbar unter: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/garzweiler/steckbriefchronologie-garzweiler/>.
- BUND NRW** (2022). *Verheizte Heimat. Dörfer auf der Roten Liste*. Verfügbar unter: [https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2022\\_Verheizte\\_Heimat\\_Liste\\_der\\_Umsiedlungen\\_im\\_Rheinland.pdf](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2022_Verheizte_Heimat_Liste_der_Umsiedlungen_im_Rheinland.pdf).
- Bundesagentur für Arbeit** (2023a). *Arbeitslosenquote zum Jahresende saisonbedingt leicht gestiegen*. Verfügbar unter: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/sachsen-anhalt-sued/presse/2023-3-arbeitslosenquote-zum-jahresende-saisonbedingt-leicht-gestiegen>.
- Bundesagentur für Arbeit** (2023b). *Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt: Mehr Arbeitslose und geringe Aufnahmefähigkeit des Marktes*. Verfügbar unter: [https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/datei/pi-2023-40\\_ba173120.pdf](https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/datei/pi-2023-40_ba173120.pdf).
- Bundesagentur für Arbeit** (2023c). *Arbeitsmarkt im Oktober 2023*. Verfügbar unter: <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2023-47-arbeitsmarkt-im-oktober-2023>.
- Bundesagentur für Arbeit** (2024a). *JC Harz*. Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/SGB-II-Traeger/Sachsen-Anhalt/04306-Harz.html>.

**Bundesagentur für Arbeit** (2024b). *Newsletter 3/2024*. Verfügbar unter: [https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Service/Newsletter/Generische-Publikationen/Newsletter-aktuelle-Ausgabe.pdf?\\_\\_blob=publication-file](https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Service/Newsletter/Generische-Publikationen/Newsletter-aktuelle-Ausgabe.pdf?__blob=publication-file).

**Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung** (2023). *Fachbeiträge – Reviere im Strukturwandel. Ausgangsbedingungen und Transformationspotentiale der Braunkohlereviere im Vergleich*. Verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/raumentwicklung/strukturwandel-braunkohlereviere/reviere-im-strukturwandel/01-start.html>.

**Bundesregierung** (2024). *Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate bis einschließlich 2023*. In dserver.bundestag.de (Nr. 20/10177). Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/101/2010177.pdf>.

**Bundesverband Braunkohle** (2024). *Braunkohle in Deutschland. Daten und Fakten 2023*. Verfügbar unter: [https://debriv.de/wp-content/uploads/2024/04/20240325\\_10.-Korrekturfahne\\_DEBRIV\\_Statistikflyer-de\\_105x210mm.pdf](https://debriv.de/wp-content/uploads/2024/04/20240325_10.-Korrekturfahne_DEBRIV_Statistikflyer-de_105x210mm.pdf).

**Bundeszentrale für politische Bildung** (o. D.a). *Identitäre Bewegung*. bpb.de. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500787/identitaere-bewegung/>.

**Bundeszentrale für politische Bildung** (o. D.b). *Skinhead*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500814/skinhead/>.

**Burgenlandkreis** (2019). *Einwohner und Fläche*. Verfügbar unter: <https://www.burgenlandkreis.de/de/statistiken/einwohner-und-flaeche.html>.

**Burgenlandkreis** (2024). *Wirtschaftsstruktur*. Verfügbar unter: <https://www.burgenlandkreis.de/de/wirtschaftsstandort/wirtschaftsstruktur.html>.

**Citypopulation.de** (2024). *Städte und Gemeinden in Harz (Sachsen-Anhalt, Deutschland) – Einwohnerzahlen, Grafiken, Karte, Lage, Wetter und Web-Informationen*. Verfügbar unter: [https://www.citypopulation.de/de/germany/sachsenanhalt/15085\\_\\_harz/](https://www.citypopulation.de/de/germany/sachsenanhalt/15085__harz/).

**DEBRIV** (o. J.). *Braunkohlereviere. Rheinisches Revier, Bundesverband Braunkohle*. Verfügbar unter: <https://braunkohle.de/braunkohle-in-deutschland/braunkohlereviere/>.

**Decker, O. & Brähler, E.** (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag. Verfügbar unter: [https://www.boell.de/sites/default/files/2021-04/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie\\_korr.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2021-04/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie_korr.pdf).

**Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E.** (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

**Dederichs** (o. J.). *Widerstand gegen Garzweiler II*. Virtuelles Museum. Verfügbar unter: <https://www.virtuelles-museum.com/thema/widerstand-gegen-garzweiler-ii/>.

**Deutscher Bundestag** (2020). *Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz*. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804>.

**Deutscher Bundestag** (2022). *Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier wird auf 2030 vorgezogen*. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-braunkohleausstieg-923096>.

**Deutschlandfunk** (2023, 16. Januar). *Braunkohlestreit um Lützerath. Räumung des Klimacamps abgeschlossen*. Deutschlandfunk Online. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/luetzerath-braunkohle-rwe-raeumung-100.html>.

**Die Linke NRW** (2022, 5. Dezember). *Linke protestieren für Lützerath*. Presseerklärung Die Linke Landesverband Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://www.dielinke-nrw.de/presse/presseerklarungen/detail-presseerklarungen-nrw/linke-protestieren-fuer-luetzerath/>.

**Diel, H.** (2023, 6. Januar). *Hessens größter Windpark. Haselmaus vertrieben – Arbeiten im Reinhardswald werden fortgesetzt*. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/hessens-groesster-windpark-rodungen-im-reinhardswald-werden-fortgesetzt-v1,rodung-reinhardswald-vgh-100.html>.

**Eberle, L.** (2018, 17. Oktober). *Demo vor Privathaus von Braunkohlereviere. Spiegel Online*. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hambacher-forst-demo-vor-privathaus-von-kohlekommissionsmitglied-a-1233821.html>.

**Eg & Thiele, T.** (2012, 14. September). *Forstamt Reinhardshagen bringt Windkraftplanung in die Diskussion*. HNA. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/wieviel-vertraegt-wald-2502797.html>.

**Ekberg, K., Forchtner, B., Hultman, M. & Jylhä, K.** (2022). *Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet*. London: Routledge.

**Engelhardt, D.** (2019, 12. Mai). *Sachsen-Anhalt: Wendeverlierer Zeit hofft auf einen Leipzig-Effekt*. WELT. Verfügbar unter: <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article193345257/Sachsen-Anhalt-Wendeverlierer-Zeit-hofft-auf-einen-Leipzig-Effekt.html>.

- Estrich, S. R.** (2008). Rechtsextremistische Jugendliche in der DDR: Reproduzierung faschistischer Denk- und Handlungsmuster in der DDR-Jugend. GRIN Verlag. Verfügbar unter: <https://www.grin.com/document/184038>.
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.)** (2023): *Die extreme Rechte und Menschenfeindlichkeit in der Umweltbildung*. Berlin: FARN. Verfügbar unter: <https://www.nf-farn.de/farn-publikationen>.
- Fiedler, M.** (2018, 28. Februar). *Frauen bei der Identitären Bewegung: Rechte Schwestern ganz vorn*. Tagesspiegel.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-schwestern-ganz-vorn-3928435.html>.
- Fina, S. & Heider, B.** (2021). *Ungleiches Hessen. Wie können gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden?* (Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/17575.pdf>.
- Flaig, B. B. & Uelzhöffer, J.** (1981). 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben“: Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek: Rowohlt.
- Focus online.** (2023). *Der Wald stirbt vor unseren Augen – Es braucht 100 Millionen Bäume*. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=iTkx-5V5DXM>.
- Forchtner, B.** (2019). *The Far Right and the Environment: Politics, Discourse and Communication*. London/New York: Routledge.
- Freie Demokratische Partei e. V.** (2024, 4. November). *Weichen für Wachstum stellen*. Verfügbar unter: <https://www.fdp.de/weichen-fuer-wachstum-stellen>.
- Friedrich-Ebert-Stiftung** (2022). *(NACH-)Wahlanalyse: Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt?* In library.fes.de. Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19475.pdf>.
- Friedrich-Ebert-Stiftung** (2023). *Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023*. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/ungleiches-deutschland>.
- Gantenbrink, N.** (2024, 28. Juni). *Beatsteaks: Auf Tour mit der Punkrockband in Ostdeutschland – Moshpit für die Demokratie*. Spiegel.de. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/beatsteaks-auf-tour-mit-der-punkrockband-in-ostdeutschland-moshpit-fuer-die-demokratie-a-5d6e25ec-dbec-4698-8e96-6df3e7778c2e>.
- Gehlen, G.** (2013, 30. September). *Studie: Jeden vierten Touristen schrecken Windräder ab*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/studie-jeden-vierten-touristen-schrecken-windraeder-3140521.html>.
- Gehlen, G.** (2015, 27. Mai). *Bürgerinitiativen übergaben Stimmen gegen Windräder*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/buergerinitiativen-uebergaben-stimmen-gegen-windraeder-5050623.html>.
- Giesselmann, B., Kerst, B., Richterich, R., Suermann, L. & Virchow, F.** (Hg.) (2019). *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. 2.,* komplett überarbeitet und ergänzte Auflage. Frankfurt: Wochenschau Verlag.
- Goerke, U., Kamlage, J.H. & Pauß, L.** (2023). *Strukturwandel im Rheinischen Revier: Partizipation der Zivilgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. (RUFIS – Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e. V., Hrsg.). Verfügbar unter: [https://rufis.de/wp-content/uploads/2023/06/Schlussrunde\\_Studie\\_Partizipation\\_10\\_05\\_final\\_JHLP.pdf](https://rufis.de/wp-content/uploads/2023/06/Schlussrunde_Studie_Partizipation_10_05_final_JHLP.pdf).
- Gohla, V. & Hennicke, M.** (2023). *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023* (Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20534-20240307.pdf>.
- Hafeneger, B., Jestädt, H., Schwerthelm, M., Schuhmacher, N. & Zimmermann, G.** (2021). *Die AfD und die Jugend*. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag.
- Guterres, A.** (2022). *Message from UN Secretary António Guterres on the Launch of the Third IPCC Report*. Rede des UN-Generalsekretärs. Verfügbar unter: <https://laopdr.un.org/en/176912-message-un-secretary-ant%C3%B3nio-guterres-launch-third-ipcc-report>.
- Harzer Kurier** (2022, 1. Dezember). *Totholz: Nabu und Nationalpark Harz legen Rechtsstreit bei*. Harzkurier. Verfügbar unter: <https://www.harzkurier.de/article237047767/Totholz-Nabu-und-Nationalpark-Harz-legen-Rechtsstreit-bei.html>.
- Hausding, G.** (2020). *Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz*. Deutscher Bundestag. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804>.
- Hausmanninger, T.** (2013): *Verschwörung und Religion*. München: Fink.
- Heinze, A.-S.** (2024). Drivers of radicalisation? The development and role of the far-right youth organisation ‚Young Alternative‘ in Germany. In Sage Journals. <https://doi.org/10.1177/01925121231221961>.
- Henke, G.** (2023, 12. April). *Naturschutzinitiative hält an Klage gegen Windpark im Reinhardswald fest*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/naturschutzinitiative-haelt-an-klage-gegen-windpark-im-reinhardswald-fest-92204542.html>.

**Hessischer Rundfunk** (2022). *Kampf im Reinhardswald – Wie Energiewendegegner einen Windpark torpedieren*. ARD Mediathek. Verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/dokus-und-reportagen/kampf-im-reinhardswald-wie-energiewendegegner-einen-windpark-torpedieren/hr-fernsehen/Y3JpZDovL2hyLW9ubGluZS8xODU5NTc>.

**Hessenschau.de** (2022, 13. Mai). *Wegen geschützter Haselmaus. Baustopp für Hessens größten Windpark*. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/wegen-geschuetzter-haselmaus-baustopp-fuer-hessens-groessten-windpark-windpark-reinhardswald-baustopp-100.html>.

**Hessenschau.de** (2023, 5. Oktober). *Landtagswahl 2023 in Hessen. Ergebnisse für den Wahlkreis 1 (Kassel-Land I)*. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/politik/landtagswahl/ergebnisse/ergebnisse-fuer-den-wahlkreis-kassel-land-i-landtagswahl-hessen-2023-v1,ltwhe23-wahlkreis-wk001-ergebnis-100.html>.

**Hoffmann, G.** (2024, 18. März). *200 Menschen wandern in Immenhausen für die Demokratie*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/immenhausen-ort84274/200-menschen-wandern-in-immenhausen-fuer-die-demokratie-92897769.html>.

**Holdingshausen, H.** (2020, 26. August). *AfD will Wald in Hessen schützen*. taz. Verfügbar unter: <https://taz.de/Initiative-kritisiert-falsche-Fakten/!5704334/#:~:text=5704334-,Initiative%20kritisiert%20falsche%20Fakten%3A%20AfD%20will%20Wald%20in%20Hessen%20sch%C3%BCtzen,B%C3%BCrgerinitiativen%20f%C3%BChlen%20sich%20vereinnahmt.&text=BERLIN%20taz%20%7C%20Eine%20Protestaktion%20zum,der%20AfD-Fraktion%20am%20Mittwoch>.

**IGBCE** (o. J.). *Dossier. Kohle-Kompromiss*. Verfügbar unter: <https://igbce.de/igbce/themen/kohle>.

**IM Hessen** (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Hrsg.) (2023). *Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2022*. Verfügbar unter: [https://verfassungsschutz.hessen.de/sites/verfassungsschutz.hessen.de/files/2023-11/lfv\\_bericht22\\_screen\\_neu\\_1123.pdf](https://verfassungsschutz.hessen.de/sites/verfassungsschutz.hessen.de/files/2023-11/lfv_bericht22_screen_neu_1123.pdf).

**Infratest dimap** (2018, 14. August). *AfD-Stimmenanteile nach Altersgruppen*. tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2018-10-14-LT-DE-BY/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2021, 6. Juni). *AfD-Stimmenanteile nach Altersgruppen*. tagesschau.de. Verfügbar unter: [https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-06-06-LT-DE-ST/charts/umfrage-alter/chart\\_727762.shtml](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-06-06-LT-DE-ST/charts/umfrage-alter/chart_727762.shtml).

**Infratest dimap** (2021, 17. August). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-06-06-LT-DE-ST/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2022, 15. Mai). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-15-LT-DE-NW/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2023a, 8. Oktober). *AfD-Stimmenanteile in Altersgruppen*. tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2023b, 8. Oktober). *AfD-Stimmenanteile in Altersgruppen*. tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-HE/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2023c, 18. Oktober). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2023d, 18. Oktober). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-HE/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2024a, 2. September). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2024b, 2. September). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml>.

**Infratest dimap** (2024c, 22. September). *Wen wählten Jüngere und Ältere?* tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/umfrage-alter.shtml>.

**Jansen, D. & Schubert, D.** (2014). *Zukunft statt Braunkohle. 30 Jahre Widerstand gegen den Braunkohle Tagebau Garzweiler II*. BUND NRW (Hrsg.). Verfügbar unter: [https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2014\\_05\\_Zukunft\\_statt\\_Braunkohle\\_30\\_Jahre\\_Widerstand\\_GarzweilerII\\_web.pdf](https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/2014_05_Zukunft_statt_Braunkohle_30_Jahre_Widerstand_GarzweilerII_web.pdf).

**Kiesant, K.** (2019, 1. April). *Warum wir Zeit vor der Wahl unter die Lupe nehmen*. MDR. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/warum-zeit-warum-serie-ueber-zeit-100.html>.

**Klaus, J.** (2023, 11. November). *„Weda Elysia“: Rechte Siedler wollen in Kommunalpolitik*. ZDFheute. Verfügbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/anastasia-weda-elysia-wahl-wienrode-100.html>.

**Kleinert, H.** (2018). *Die AfD und ihre Mitglieder: Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände*. Springer VS Wiesbaden.

**Koch, H.** (2024, 16. Januar). *Windräder im Wald: Angekündigte Änderung des Waldgesetzes beschäftigt den Nabu*. Mz.de. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/lokal/sangerhausen/angekündigte-änderung-des-waldgesetzes-beschäftigt-den-nabu-3767497>.

**Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“** (2019). *Abschlussbericht*. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (Hrsg.). Verfügbar unter: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile).

**Kuckartz, U., Rädiker, S.** (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 5. überarbeitete Auflage. Weinheim: Juventa.

**Küppers, A.** (2022a). ‚Climate-Soviets‘, ‚Alarmism‘, and ‚Eco-Dictatorship‘: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. *German Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2056596>.

**Küppers, J.** (2022b, 22. November). *Demo in Lützerath: „Wir werden hier stehen, wir werden kämpfen und streiken“*. WDR Online. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/demo-tagebau-garzweiler-luetzerath-100.html>.

**Kw, jmw & sti** (2018, 24. Oktober). *RWE-Protest gegen Kohleausstieg*. DW Online. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/rwe-mitarbeiter-demonstrieren-gegen-kohleausstieg/a-46016849>.

**Landesportal Sachsen-Anhalt** (2016). *Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016*. Verfügbar: <https://web.archive.org/web/20160324132015/http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms213li.html>.

**Landesportal Sachsen-Anhalt** (2020a). *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 6. Landtages von Sachsen-Anhalt am 20. März 2011*. Verfügbar unter: <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt11/erg/wkr/lt.43.ergtab.php>.

**Landesportal Sachsen-Anhalt** (2020b). *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 4. Landtages von Sachsen-Anhalt am 21. April 2002*. Verfügbar unter: <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt02/vwahl/wkr/lt.47.vwahl.php>.

**Landesportal Sachsen-Anhalt** (2021). *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 8. Landtages von Sachsen-Anhalt am 06. Juni 2021*. Verfügbar unter: <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/erg/wkr/lt.41.ergtab.php>.

**Landesportal Sachsen-Anhalt** (2024a). *Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier*. Verfügbar unter: <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/strukturwandel/informationen#c225808>.

**Landeswahlleiter Hessen** (2023a). *Landtagswahl 2023 PM 14. Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl in Hessen*. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen.de/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-in-hessen>.

**Landeswahlleiter Hessen** (2021a). *Gemeindewahl. Hofgeismar, Stadt*. Verfügbar unter: [https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k\\_2021/html/Gemeindewahl/EG633013](https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k_2021/html/Gemeindewahl/EG633013).

**Landeswahlleiter Hessen** (2021b). *Gemeindewahl. Reinhardshagen*. Verfügbar unter: [https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k\\_2021/html/Gemeindewahl/EG633022](https://kommunalwahl.statistik.hessen.de/k_2021/html/Gemeindewahl/EG633022).

**Landeswahlleiter Hessen** (2023b). *Landesergebnis. Hofgeismar, Stadt*. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/00163301300/overview>.

**Landeswahlleiter Hessen** (2023c). *Landesergebnis. Kassel-Land I*. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/00100000000/overview>.

**Landeswahlleiter Hessen** (2023d). *Landesergebnis. Reinhardshagen*. Verfügbar unter: <https://wahlen.hessen-ltw23.23degrees.eu/wk/00163302200/overview>.

**Landeswahlleiterin NRW** (2020). *Kommunalwahlen 2020. Endgültiges Ergebnis für: Nordrhein-Westfalen*. Verfügbar unter: <https://www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2020/aktuell/a000000kw2000.shtml>.

**Landeswahlleiterin NRW** (2022). *Wahlergebnisse in NRW. Landtagswahl 2022*. Verfügbar unter: <https://www.wahlergebnisse.nrw/landtagswahlen/2022/>.

**Landeswahlleiterin LSA** (2021). *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 8. Landtages von Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021. Endgültiges Ergebnis*. Verfügbar unter: <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/erg/kreis/lt.15.ergtab.php>.

**Landkreis Harz** (2024a). *Standortförderung Landkreis Harz*. Verfügbar unter: <https://www.kreis-hz.de/de/standortforderung.html>.

**Landkreis Harz** (2024b). *Der Landrat*. Verfügbar unter: <https://www.kreis-hz.de/de/landrat-und-kreistag/der-landrat.html>.

**Landkreis Kassel** (o. J.a). *Der Landkreis in Zahlen*. Verfügbar unter: <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/der-landkreis-in-zahlen.php>.

**Landkreis Kassel** (o. J.b). *Dach für 28 Städte und Gemeinden*. Verfügbar unter: <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/staedte-und-gemeinden.php>.

**Landtag von Sachsen-Anhalt** (2022). *Stenografischer Bericht 8/27*. Verfügbar unter: <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/027stzg.pdf>.

**Langebach, M.** (2016). *Rechtsextremismus und Jugend*. In F. Virchow; M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 375-439). Wiesbaden: Springer.

**Lanuv NRW** (o. J.). *Das Rheinische Braunkohlerevier, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen*. Verfügbar unter: <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/wasser/grundwasser/folgen-des-braunkohleabbaus/das-braunkohlerevier/>.

**Lindenquell Marktplatz** (2024). *Bücher*. Verfügbar unter: <https://marktplatz.lindenquell.de/23-buecher>.

**Löschner, M.** (2014, 24. Januar). *Windrad in Flammen: Aktivisten demonstrierten gegen Anlagen im Reinhardswald*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/windrad-flammen-aktivisten-demonstrierten-gegen-anlagen-reinhardswald-3495428.html>.

**Löwenthal, L.** (2021). *Falsche Propheten: Studien zur faschistischen Agitation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

**Lueg, A.** (2015). „Trümmerfrauen“-Studie – Wer Deutschland wirklich vom Schutt befreite, *Deutschlandfunk.de*. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/truemmerfrauen-studie-wer-deutschland-wirklich-vom-schutt-100.html>.

**Magoley, N.** (2024, 1. Februar). *Rheinisches Revier: Hat die Landesregierung einen Plan?* WDR Online. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/spd-rheinisches-braunkohlerevier-zukunft-100.html>.

**MDR** (o. J.). *Kohlemilliarden. Die Zahlen. Rheinisches Revier. Arbeitslosigkeit im Revier*. Verfügbar unter: <https://kohlemilliarden.de/die-zahlen>.

**Mdr.de** (2021a, 7. Juni). *Alexander Räuscher (CDU) gewinnt den Wahlkreis Blankenburg bei der Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021*. MDR. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/wahlkreisergebnis/so-stimmt-blankenburger-ab-100.html>.

**Mdr.de** (2021b, 7. Juni). *Angela Gorr (CDU) gewinnt den Wahlkreis Wernigerode bei der Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021*. MDR. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/wahlkreisergebnis/so-stimmt-wernigerode-ab-100.html>.

**Mdr.de** (2021c, 7. Juni). *Matthias Redlich (CDU) gewinnt den Wahlkreis Sangerhausen bei der Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021*. MDR. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/wahlkreisergebnis/so-stimmt-sangerhausen-ab-100.html>.

**Mdr.de** (2021d, 7. Juni). *Thomas Krüger (CDU) gewinnt den Wahlkreis Halberstadt bei der Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021*. MDR. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/wahlkreisergebnis/so-stimmt-halberstadt-ab-100.html>.

**MIBRAG** (2024). *Über MIBRAG*. Verfügbar unter: <https://www.mibrag.de/unternehmen/ueber-mibrag/>.

**Mitteldeutsche Zeitung** (2021, 20. Dezember). *Hunderte Menschen demonstrieren in Zeitz gegen Coronapolitik*. *mz.de*. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/lokal/zeitz/hunderte-menschen-demonstrieren-in-zeitz-gegen-coronapolitik-3310795>.

**Mitteldeutsche Zeitung** (2023, 27. September). *Nancy Faeser verbietet „Artgemeinschaft“ nach Verbot von Hammerskins – Razzien gegen völkische Siedler auch im Burgenlandkreis*. *mz.de*. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/lokal/zeitz/nancy-faeser-artgemeinschaft-verbot-hammerskins-razzien-voelkische-siedler-burgenlandkreis-3699613>.

**Müller, M.** (2021, 6. Januar). *1000 Seiten Einwendungen gegen Windpark Reinhardswald übergeben*. *Hessische/Niedersächsische Allgemeine*. Verfügbar unter: [https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/1000-seiten-einwendungen-gegen-windpark-reinhardswald-an-rp-kassel-uebergeben-90159608.html?fbclid=IwAR03JveGm4dosScnG1Q9yGcmPP-RIMMeW0jcF1CygO6XZd\\_3naqWGOtU9\\_k](https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/1000-seiten-einwendungen-gegen-windpark-reinhardswald-an-rp-kassel-uebergeben-90159608.html?fbclid=IwAR03JveGm4dosScnG1Q9yGcmPP-RIMMeW0jcF1CygO6XZd_3naqWGOtU9_k).

**NABU – Naturschutzbund Deutschland e. V.** (2014). *Massenbefall im Fichtenwald. Der Borkenkäfer in Sachsen-Anhalts Wäldern*. Verfügbar unter: <https://sachsen-anhalt.nabu.de/natur-und-landschaft/wald/info.html>.

**Nationalpark Harz** (2020). *Waldentwicklung im Nationalpark Harz*. Verfügbar unter: <https://www.nationalpark-harz.de/de/downloads/Waldentwicklung-im-Nationalpark-Harz?download=barrierearm>.

**Nationalparkverwaltung Harz** (2024). *Der Nationalpark Harz. Eine besondere Landschaft*. Verfügbar unter: <https://www.nationalpark-harz.de/de/der-nationalpark-harz/>.

**Naturpark Reinhardswald** (o. J.a). *Naturschutzgebiet Urwald Sababurg. Das Reich der Baumriesen*. Verfügbar unter: <https://www.naturpark-reinhardswald.de/attraktionen/urwald-sababurg#/article/0f2ed496-77f0-47d0-9454-2b93448bd7a7>.

- Naturpark Reinhardswald** (o. J.b). *Das „Schatzhaus Europäischer Wälder“*. Der Reinhardswald. Verfügbar unter: <https://www.naturpark-reinhardswald.de/natur-erleben/landschaftsraum/der-reinhardswald>.
- Nehmer, J., Simon, S. & Thiele, F.** (2022, 12. März). *Maßnahmen gegen Rechtsextremismus*. bpb.de. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/508474/massnahmen-gegen-rechtsextremismus/>.
- Neu, D.** (2022, 24. Juni). *Windpark Reinhardswald: Stadt Hofgeismar zieht Klage zurück*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/stadt-zieht-klage-zurueck-91628590.html>.
- Neu, D. & Thiele, T.** (2022, 5. Februar). *Windpark Reinhardswald: Streit verschärft sich – Klagen gegen Baumfällungen*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/reinhardswald-ort101242/klagen-gegen-baumfaellungen-fuer-windpark-reinhardswald-91283273.html>.
- NTV** (2018, 17. Oktober). *Protestler ziehen vor Privathaus. Kohlekritikerin fühlt sich von Demo bedroht*. Verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/panorama/Kohlekritikerin-fuehlt-sich-von-Demo-bedroht-article20676637.html>.
- O. A.** (2023). *Ein „III. Weg-Stützpunkt“ in Nordhessen*. Antifaschistisches Info-Blatt (AIB), 2.2023(139). Verfügbar unter: <https://antifainfoblatt.de/aib139/ein-iii-weg-stuetzpunkt-nordhessen>.
- Oberharz** (2024). *Nationalpark Harz: Ein Juwel der Natur*. Verfügbar unter: <https://www.oberharz.de/kultur-natur/nationalpark-harz>.
- Olsen, J.** (1999). *Nature and Nationalism. Right-Wing Ecology and the Politics of Identity in Contemporary Germany*. New York: St. Martin's Press.
- Pasvantis, C.** (2020, 18. November). *Proteste in Lützerath. Polizei rechtfertigt Vorgehen am Tagebaurand*. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: [https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/tagebau-garzweiler-ii-polizei-rechtfertigt-vorgehen-bei-protesten-in-luetzerath\\_aid-54687543](https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/tagebau-garzweiler-ii-polizei-rechtfertigt-vorgehen-bei-protesten-in-luetzerath_aid-54687543).
- Pfahl-Traugher, A.** (2015, 2. Februar). *Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments*. bpb.de. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments/>.
- Pilz, M.** (2024, 16. August). *Björn Höcke fährt Simson S51: Wie die AfD in Thüringen ihren kulturpolitischen Instinkt verlor*. welt.de. Verfügbar unter: <https://www.welt.de/kultur/article252958712/Bjoern-Hoecke-faehrt-Simson-S51-Wie-die-AfD-in-Thueringen-ihren-kulturpolitischen-Instinkt-verlor.html>.
- Pinto, J.** (2013, 8. Mai). *Einwohner wehren sich gegen Riesenwindräder: „Monster verhindern“*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/buerger-oberweser-wahlsburg-gegen-riesenwindraeder-2895870.html>.
- Pomer, L.** (2023, 14. April). *Dramatische Aufnahmen! Bekannter deutscher Wald stirbt*. travelbook.de. Verfügbar unter: <https://www.travelbook.de/news/nationalpark-harz-wald-stirbt>.
- Pörtner, M.** (2023, 13. Februar). *Fehlende Genehmigung für Baustraße. Gerichtsurteil stoppt Rodungen für Windpark Reinhardswald*. Hessenschau. Verfügbar unter: <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/gerichtsurteil-stoppt-rodungen-fuer-windpark-reinhardswald-v1,reinhardswald-windpark-102.html>.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung** (2023). *Arbeitsmarktzahlen im Oktober. 46 Millionen Menschen erwerbstätig*. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/arbeitsmarkt-oktober-2023-2234196>.
- Quent, M., Salheiser, A. & Richter, C.** (2022). *Klimarassismus: der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Quent, M.** (2024, 14. März). *Feindbild Grüne*. Republik.ch. Verfügbar unter: <https://www.republik.ch/2024/03/14/feindbild-gruene>.
- Rechercheplattform zur Identitären Bewegung** (2024, 11. September). *IB-Chef Martin Sellner teilt ein Video und erklärt in der Beschreibung, „warum die Kreuzzüge gut waren“*. x.com. Verfügbar unter: <https://x.com/lbDoku/status/1833796690781823118>.
- Rechercheteam Europäische-Energiewende-Community** (2021). *Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Deutschland. Eine Studie des Rechercheteams „Europäische-Energiewende-Community“*. Verfügbar unter: <https://energie-wende.eu/wp-content/uploads/2021/01/Buergerinitiativen-gegen-Windkraft-mit-Anhang-Studie-Community-Europaeische-Energiewende.pdf>.
- Regierungspräsidium Kassel** (2022a). *Hintergrundinformation. Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen*. Verfügbar unter: [https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309\\_fa\\_q\\_windkraft\\_u\\_wp\\_reinhardswald\\_1.pdf](https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_fa_q_windkraft_u_wp_reinhardswald_1.pdf).

- Regierungspräsidium Kassel** (2022b). *Genehmigungsverfahren. RP Kassel erteilt immissionsschutzrechtlichen Bescheid zur Errichtung von 18 Windkraftanlagen*. Pressemitteilung. Verfügbar unter: <https://rp-kassel.hessen.de/presse/rp-kassel-erteilt-immissionsschutzrechtlichen-bescheid-zur-errichtung-von-18-windkraftanlagen>.
- Rettet den Reinhardswald** (o. J.a). *Das Problem*. Verfügbar unter: <https://rettet-den-reinhardswald.de/>.
- Rettet den Reinhardswald** (o. J.b.). Windige Behauptungen. Falsch: „Engagement für den Schutz des Reinhardswalds ist rechts oder von rechts unterwandert“. Verfügbar unter: <https://rettet-den-reinhardswald.de/>.
- Reusswig, F., Küpper, B.** (2023). Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In Küpper, B., Zick, A. & Mokros, N. (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 289–313). Bonn: C.H.W. Dietz Nachf. <https://www.fes.de/index.php?eID=dump-File&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>.
- RND** (2023, 9. Januar). *Das Dorf Lützerath: Chronologie eines jahrelangen Streits im Braunkohlerevier*. Redaktionsnetzwerk Deutschland. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/luetzerath-chronologie-eines-jahrelangen-streits-im-braunkohlerevier-XLEQDWXTOSNYCO6RFNUVJBDR04.html>.
- Rochnia, M., Kleen, H., Gräsel, C., Ulm, S. & Soermann, F.** (2021). *Die Argumentation der AfD in sozialen Medien zum Thema Flucht und Migration*. Verfügbar unter: [https://www.researchgate.net/publication/357380336\\_Die\\_Argumentation\\_der\\_AfD\\_in\\_sozialen\\_Medien\\_zum\\_Thema\\_Flucht\\_und\\_Migration](https://www.researchgate.net/publication/357380336_Die_Argumentation_der_AfD_in_sozialen_Medien_zum_Thema_Flucht_und_Migration).
- Röpke, A.** (2023). „Anastasia“-Volksfest im Harz. Verfügbar unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/anastasia-volksfest-im-harz>.
- Roth, D., Kropp, P. & Sujata, U.** (2020). Die Braunkohlebranchen des Rheinischen Reviers und der Tagebaukreise. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nordrhein-Westfalen. (Hrsg.) (2/2020).
- Rothut, S., Hauff, D. & Puschmann, C.** (2024). *Rechtsextreme Narrative und Social-Media-Influencende*. In bzkj.de. Verfügbar unter: <https://www.bzkj.de/resource/blob/240366/2e2983a9f1ca5f69f67b08b9f9a6fc8f/20242-rechtsextreme-narrative-und-social-media-influencende-data.pdf>.
- RWE Media Relations Team** (2018). *Der Betriebsratsvorsitzende der Zentrale Köln der RWE Power hat sich zu der heutigen Demonstration in Buir geäußert*. Twitterpost vom 17.10. Verfügbar unter: [https://twitter.com/RWE\\_Presse/status/1052616337560875008](https://twitter.com/RWE_Presse/status/1052616337560875008).
- Sachsen-Anhalt Rechtsaussen** (2021). *Völkische Szene, germanische Gläubige und Corona-Proteste*. Verfügbar unter: <https://lsa-rechtsaussen.net/voelkische-szene-germanische-glaeubige-und-corona-proteste/>.
- Schedler, J., Häusler, A.** (Hrsg.) (2011). *Autonome Nationalisten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Scherr, A.** (2001). *Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und soziale Bedingungen*. Barbara Budrich Verlag. Verfügbar unter: <https://elibrary.utb.de/doi/epdf/10.3224/gwp.v50i2.05>.
- Schierholz, A. & Huesmann, F.** (2023, 27. September). *Neonazi-Vereinigung: Verbot der „Artgemeinschaft“: Diese Spur führt nach Sachsen-Anhalt*. mz.de. Verfügbar unter: <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/verbot-der-artgemeinschaft-diese-spur-fuehrt-nach-sachsen-anhalt-3699977>.
- Schiffers, B.** (2009). Verfügungsberechtigte Akteure. Verfügungsrechte im Stadtumbau: Handlungsmuster und Steuerungsinstrumente im Altbauquartier. Springer VS, 145–164.
- Schindler, H.** (2014, 17. November). *184 Windstandorte in Nordhessen*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/kassel/windstandort-nordhessen-4456219.html>.
- Schlagenhauser, S. & Storch, J.** (2023, 4. Dezember). *Deutscher Märchenwald wird für Windräder zerstört*. Bild Online. Verfügbar unter: <https://www.bild.de/regional/frankfurt/politik-inland/kaum-noch-zu-stoppen-deutscher-maerchenwald-wird-fuer-windraeder-zerstoert-86094640.bild.html>.
- Schönberger, C. & Schönberger, S.** (2023). *Die Reichsbürger*. München: C.H. Beck.
- Schröder, K.** (2023, 22. September). *Windkraft: Verein von Windenergie-Gegnern gegen Bau von Windrädern im Oberharz*. volksstimme.de. Verfügbar unter: <https://www.volksstimme.de/lokal/wernigerode/windkraft-verein-von-windenergie-gegnern-gegen-bau-von-windraedern-im-oberharz-3696610>.
- Serrano, J.C.M., Shahrezaye, M., Papakyriakopoulos, O. & Hegelich, S.** (2019). The Rise of Germany’s AfD: A Social Media Analysis. *SMSociety & apos;19: Proceedings of the 10th International Conference on Social Media and Society*, July 2019, 214–223.
- Smith, E. R. A. N., Klick, H.** (2007). Explaining NIMBY opposition to wind power. In: *Annual Meeting of the American Political Science Association*. S. 1–19. Verfügbar unter: <http://docs.wind-watch.org/Smith-Klick-nimby.pdf>.
- SPD NRW Landtagsfraktion** (2024, 30. Januar). Große Anfrage 21. Strukturwandel im Rheinischen Revier – Entwicklungsperspektiven für eine Zukunftsregion in Nordrhein-Westfalen. Verfügbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-7943.pdf>.

**Speen, A. & Rohman, M.** (2019, 23. März). *Sternmarsch am Tagebau Garzweiler. Tausende demonstrieren für Erhalt bedrohter Dörfer*. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: [https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/sternmarsch-am-tagebau-garzweiler-tausende-demonstrieren-fuer-erhalt-bedrohter-doeerfer\\_aid-37643729](https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/sternmarsch-am-tagebau-garzweiler-tausende-demonstrieren-fuer-erhalt-bedrohter-doeerfer_aid-37643729).

**Speen, A. & Spichartz, W.** (2015, 25. April). „*Anti-Kohle-Kette*“. *6000 Menschen demonstrieren in Erkelenz*. Rheinische Post Online. Verfügbar unter: [https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/anti-kohle-kette-6000-menschen-demonstrieren-in-garzweiler\\_aid-17551959](https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/anti-kohle-kette-6000-menschen-demonstrieren-in-garzweiler_aid-17551959).

**Stadt Blankenburg** (2023). *Ergänzungswahl Ortschaftsrat Wienrode 2023*. Verfügbar unter: <https://www.blankenburg.de/rathaus/wahlen/ergaenzungswahl-ortschaftsrat-wienrode-2023/>.

**Stadt Zeitz** (2024). *Stadtrat*. Stadt Zeitz. Verfügbar unter: <https://www.zeitz.de/buergerinformationssystem/fr010.asp>.

**Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.** (2024). *Braunkohle im Überblick. 1989–2022. Stand 03/24*. Verfügbar unter: <https://kohlenstatistik.de/daten-fakten/>.

**Statistisches Landesamt NRW** (o. J.a). *Wahlergebnisse seit 1983 für Erkelenz, Stadt*. Verfügbar unter: <https://www.it.nrw/sites/default/files/wahlprofile/wp05370004.pdf>.

**Statistisches Landesamt NRW** (o. J.b). *Wahlergebnisse seit 1983 für Kreis Heinsberg*. Verfügbar unter: <https://www.it.nrw/sites/default/files/wahlprofile/wp05370.pdf>.

**Strauss, A. L., & Corbin, J. M.** (1997). *Grounded theory in practice*. Sage Publications, Inc.

**Strukturwandel Rheinisches Revier. Daten und Fakten** (o. J.). Verfügbar unter: <https://www.rheinisches-revier.de/was/strukturwandel/daten-und-fakten/>.

**Südwestrundfunk** (2024, 16. Juni). *Rechtsextreme beim Kampfsport in BW? Verfassungsschutz warnt*. swr.de. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/rechtsextreme-kampfsport-verfassungsschutz-100.html>.

**tagesschau.de** (2024a, September 26). *Wahlerfolge der AfD: „Das verfängt bei jungen Männern“*. tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wahlverhalten-junge-menschen-100.html>.

**tagesschau.de** (2024b, Oktober 30). *Fast 100 Tote bei Sturzfluten in Spanien*. tagesschau.de. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/spanien-unwetter-tote-102.html>.

**Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Dilger, C., Groh-Samberg, O., Lengfeld, H., Nissen, E., Reinecke, J., Skolarski, S., Traunmüller, R. & Verneuer-Emre, L.** (2023). *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland: Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*. In *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt*. <https://doi.org/10.26092/elib/2517>.

**Temme, T.** (2022, 14. März). *Hunderte Kritiker von Windkraft aus dem Reinhardswald demonstrieren*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/trendelburg-ort43206/hunderte-kritiker-von-windkraft-aus-dem-reinhardswald-demonstrieren-91408179.html>.

**Thiele, T.** (2022, 12. März). *Demo gegen Windkraft: „Gegen die Zerstörung des Reinhardswalde“ – Hunderte Teilnehmer erwartet*. Hessische/Niedersächsische Allgemeine. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/trendelburg-ort43206/demo-windkraft-gegner-reinhardswals-kassel-trendelburg-menschenkette-wald-retten-91405296.html>.

**Ulrich, S.** (2021). *Revitalisierung schrumpfender Städte: Auferstehen aus Ruinen*. Verfügbar unter: <https://taz.de/Revitalisierung-schrumpfender-Staedte/!5738231/>.

**Verfassungsschutz Baden-Württemberg** (2021, 19. Januar). *Alters- und Geschlechterstruktur unter Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“*. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/9301184>.

**Verwaltungsgerichtshof Kassel** (2023a). *Windpark Reinhardswald. Rodungsarbeiten für den Bau einer Zuwegung vorerst gestoppt*. Verfügbar unter: <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/presse/rodungsarbeiten-fuer-den-bau-einer-zuwegung-vorerst-gestoppt>.

**Verwaltungsgerichtshof Kassel** (2023b). *Windpark Reinhardswald. Rodungsarbeiten für den Bau einer Zuwegung können beginnen*. Verfügbar unter: <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/presse/rodungsarbeiten-fuer-den-bau-einer-zuwegung-koennen-beginnen>.

**Virchow, F.** (2006). *Gegen den Zivilismus*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Virchow, F. (2016). PEGIDA: Understanding the emergence and essence of nativist protest in Dresden. In: *Journal of Intercultural Studies* Vol. 37, No. 6: 541-555.

**Von der Weiden, N.** (2024, 29. August). *Rechte Drohgebärden gegen Christopher Street Days in Sachsen*. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/csd-proteste-100.html>.

**Wirtschaftsministerium NRW** (o. J.a). *Braunkohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier*. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/themen/energie/kohleausstieg-2030>.

**Wirtschaftsministerium NRW** (o. J.b). *Braunkohlenbergbau*. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/braunkohlenbergbau>.

**Wirtschaftsministerium NRW** (2021). *IW-Consult-Studie zu den Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekten der Strukturförderung im Rheinischen Revier*. Pressemitteilung vom 09.12. Verfügbar unter: <https://www.wirtschaft.nrw/pressemitteilung/arbeitsplatz-und-wertschoepfungseffekte-rheinisches-revier>.

**Wirtschaftsministerium NRW** (2023). *Hintergrundinformationen zu aktuellen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg 2030 und Lützerath*. Verfügbar unter: <https://wirtschaft.nrw/hintergrundinformationen-kohleausstieg2030-luetzerath>.

**Zeit Online** (2013, 17. Dezember). *Garzweiler – Enteignung verletzte Grundrechte*. Zeit Online. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2013-12/garzweiler-klage-bundesverfassungsgericht-urteil>.

**Zeit Online** (2019, 29. September). *AfD will Widerstand gegen Klimaschutzpläne zu neuem Hauptthema machen*. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/afd-alexander-gauland-klimaschutz>.

**Zeit Online** (2024, 20. September). *Zehntausende demonstrieren bundesweit für mehr Klimaschutz*. Zeit Online. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-09/fridays-for-future-klimastreik-demonstration-klimaschutz-bundesweit>.

**Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.)** (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dump-File&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

**Zweckverband Landfolge Garzweiler** (Hrsg.). (2022). *Drehbuch Landfolge Garzweiler*. 1. Fortsetzung. Verfügbar unter: <https://landfolge.de/wp-content/uploads/2023/11/Drehbuch-Zweckverband-Landfolge-Garzweiler.pdf>.

**Zweites Deutsches Fernsehen** (2024, 23. Juli). *Copernicus: Sonntag war weltweit heißester Tag*. ZDFheute. Verfügbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/klima-heissester-tag-hitze-copernicus-100.html>.

# Verzeichnis äußerst rechter Quellen

**AfD (2023a).** +++ *Greta Thunberg in Gewahrsam: Der einzig richtige Umgang mit Klimaterroristen!* +++ Facebook-Post vom 18.01. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/pfbid02Mc4VTY9ubYk-ZUYjdMwZygRucmeQQHsYmnR86i6ycS6EY7WogBxfWPRoX79wQoPMxl>.

**AfD (2023b).** *Für Habeck „Mutige Jugendliche“. Für uns Extremisten.* Twitter-Beitrag vom 29.04.2023. Verfügbar unter: <https://twitter.com/AfD/status/1652274800423849984/photo/1>.

**AfD-Bundestagsfraktion (2020a).** *Abholzung des Reinhardswaldes verhindern!* Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Bundestag. YouTube-Beitrag vom 27.08. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=UN580tl5aC0>.

**AfD-Bundestagsfraktion (2020b).** *Pressekonferenz im Wald: „Erhalt des hessischen Reinhardswaldes“.* Facebook-Post vom 21.08. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/afdimbundestag/posts/pfbid0Af75AWbGreWHVw2cVgEo-LSeiQXTAr1fLKL5WC1mfZ5teYTbANUyMepimz9Zuo34l>.

**AfD-Bundestagsfraktion (2023a).** *10 Punkte für Deutschland. Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung. 1. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen.* Verfügbar unter: [https://ffc7b648.rocketcdn.me/wp-content/uploads/2023/09/Sofortmassnahmen\\_AfD\\_Regierung\\_Positionspapier.pdf](https://ffc7b648.rocketcdn.me/wp-content/uploads/2023/09/Sofortmassnahmen_AfD_Regierung_Positionspapier.pdf).

**AfD-Bundestagsfraktion (2023b).** *Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen.* Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD. Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008874.pdf>.

**AfD-Fraktion Hessen (o. J.).** *Wir kämpfen für den Reinhardswald. AfD kritisiert die sogenannte „Energiewende“.* Verfügbar unter: <https://afd-fraktion-hessen.de/wir-kaempfen-fuer-den-reinhardswald/>.

**AfD-Fraktion Hessen (2018).** *#SaveMyReiny – Aktion gegen die Zerstörung des Märchenwaldes.* Facebook-Post vom 28.10. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/AfDLandesverbandHessen/posts/pfbid038KFwdmTES-zEQqkffZcVHfD3yLxVEqYbzknq51GYo5r3PJRWQxUDRov8oZzvsF5VI>.

**AfD-Fraktion Hessen (2019a, 7. Juni).** *Kleine Anfrage (Drucksache 20/355). Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen (WEA).* Kleine Anfrage von Claudia Papst-Dippel (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD) und Antwort der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/00355.pdf>.

**AfD-Fraktion Hessen (2019b, 4. November).** *Kleine Anfrage (Drucksache 20/1325). Entsorgung von Windkraftanlagen.* Kleine Anfrage von Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD) und Arno Enners (AfD) und Antwort von der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/01325.pdf>.

**AfD-Fraktion Hessen (2020, 31. März).** *Kleine Anfrage (Drucksache 20/2450). Brandschutzkonzept in Windenergieanlagen.* Kleine Anfrage von Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) und Antwort vom Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/02450.pdf>.

**AfD-Fraktion Hessen (2021, 25. März).** *Kleine Anfrage (Drucksache 20/5309). Wetter- und Klimaänderungseffekte durch Windenergieanlagen.* Kleine Anfrage von Klaus Gagel (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD), Gerhard Schenk (AfD) und Antwort der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hessischer Landtag, Hrsg.). Verfügbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/05309.pdf>.

**AfD-Fraktion Hessen (2022a).** *Erst der Wald, dann das Windrad! Broschüre Windkraftanlagen.* Verfügbar unter: [https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere\\_A5\\_WKA.pdf](https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere_A5_WKA.pdf).

**AfD-Fraktion Hessen (2022b).** *Erst der Wald, dann das Windrad! Flugblatt Anti-WKA.* Verfügbar unter: [https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt\\_Anti-WKA.pdf](https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt_Anti-WKA.pdf).

**AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2019a).** ++ *Schildbürgerstreich „Kohleausstieg“* ++ Facebook-Post vom 29.09. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=2938960849452170>.

**AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2019b).** *Kohleausstieg: Arbeitsplätze und Energiesicherheit sind bedroht – aber worin liegt aus Sicht der Landesregierung der Sinn des deutschen Kohleausstiegs?* Facebook-Post vom 05.03. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/videos/512168162643584/>.

**AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2021).** *Über 250.000 Stellen gefährdet!* Telegram-Beitrag vom 13.12.2021. Verfügbar unter: <https://t.me/afdfraktionnrw/786>.

**AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2022).** *Kohleausstieg wie angekündigt: Bürger haben keine Kohle mehr!* Instagram-Post vom 17.09.2022. Verfügbar unter: <https://www.instagram.com/p/CimiHhhoWsu/?igsh=YmFpbmZraD-Vyb2sz>.

**AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen** (2023a). ++ *Lützerath: Aufstieg des Klimaterrors* ++. Facebook-Post vom 13.01. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=5865791326870418>.

**AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen** (2023b). *Grüne und Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei!* Telegram-Post vom 12.01. Verfügbar unter: <https://t.me/afdfraktionnrw/1537>.

**AfD-Kompakt** (2022). *Junge Alternative protestiert gegen Abholzung des Grimmschen Märchenwaldes*. Verfügbar unter: <https://afdkompakt.de/2022/03/29/junge-alternative-protestiert-gegen-abholzung-des-grimmschen-maerchenwaldes/>.

**AfD Kreis Bielefeld** (2020). *Bundesregierung beschließt Kohleausstieg. Webseite des Kreisverbands*. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=dzhVHPTKx0s>.

**AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen** (2018). Mehr als 30.000 Menschen, darunter viele RWE-Mitarbeiter, haben laut Veranstalter und Polizei an einer Großkundgebung in Elsdorf teilgenommen – in Sorge um ihre Arbeitsplätze. Facebook-Post vom 24.10. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/AfD-fuerNRW/posts/pfbid02WbeYJF8RehcWgK5JBCrTHpba5v59Lu64CBYtyV2EvSFL2yQVWunrrMMon8kQavcnl>.

**AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen** (2022). *Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen*. Verfügbar unter: <https://afd.nrw/wahlprogramm/>.

**Der III. Weg** (2019a). *Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2019/07/plaedoyer-fuer-eine-radikale-nationalistische-umweltschutzpolitik/>.

**Der III. Weg** (2019b, 10. Januar). Ausführungen zum Punkt 7 „Umweltschutz ist Heimatschutz“ des Zehn-Punkte-Programms. <https://der-dritte-weg.info/2019/01/ausfuehrungen-zum-punkt-7-umweltschutz-ist-heimatschutz-des-zehn-punkte-programms/>.

**Der III. Weg** (2021). *Verteilaktion gegen die BRD-Impfdiktatur in Zeitz – Nationale Partei – DER III. WEG*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2021/08/verteilaktion-gegen-die-brd-impfdiktatur-in-zeit/>.

**Der III. Weg** (2022a). *Aufklärungsarbeit in Zeitz geht weiter – Nationale Partei – DER III. WEG*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2022/03/aufklaerungsarbeit-in-zeit-geht-weiter/>.

**Der III. Weg** (2022b). *Familienfreundliche Wanderung im Harz*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2022/09/familienfreundliche-wanderung-im-harz-2/>.

**Der III. Weg** (2022c). *Wind-Industrie-Park im Reinhardswald genehmigt*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2022/02/wind-industrie-park-im-reinhardswald-genehmigt/>.

**Der III. Weg** (2023a). *Reinhardswald: Abholzungen für Monster-Windräder haben begonnen*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2023/12/reinhardswald-abholzungen-fuer-monster-windraeder-haben-begonnen/>.

**Der III. Weg** (2023b). *Flugblattaktion in Zeitz – Nationale Partei – DER III. WEG*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2023/03/flugblattaktion-in-zeit/>.

**Der III. Weg** (2023c). *Heldengedenken im Harz*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2023/11/heldengedenken-im-harz/>.

**Der III. Weg** (2023d). *Kein Applaus für Tierquälerei in Zeitz – Nationale Partei – DER III. WEG*. Verfügbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2023/05/kein-applaus-fuer-tierquaelerei-in-zeit/>.

**Der III. Weg** (2024, 1. März). *Wie karibische Meeresschwämme das Klimadogma widerlegen*. <https://der-dritte-weg.info/2024/03/wie-karibische-meeresschwaemme-das-klimadogma-widerlegen/>.

**Douglas, H.** (2023, 13. Dezember). *Windräder im Märchenwald*. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichys-einblick.de/meinungen/windraeder-reinhardswald-maerchenwald/>.

**EIKE.** (o. J.). *About us*. EIKE online. Verfügbar unter: <https://eike-klima-energie.eu/about-us/>.

**Etschreit, G.** (2022). *Eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands wird der „Energiewende“ geopfert*. Gastautor. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/eines-der-wertvollsten-waldgebiete-deutschlands-wird-der-energiewende-geopfert/>.

**Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt** (2023). *Waehler: Ein menschengemachter Strukturwandel stürzt die Leute in persönliche Not*. Verfügbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=842133653753391>.

**Freilich Magazin** (2024). *Gespräch mit Ex-Förster und AfD-Politiker: „Es wird Jahrhunderte dauern, bis der Harz wieder ein Mischwald ist“*. Verfügbar unter: <https://www.freilich-magazin.com/gesellschaft/gespraech-mit-ex-foerster-und-afd-politiker-es-wird-jahrhunderte-dauern-bis-der-harz-wieder-ein-mischwald-ist>.

**Friedhoff, D.** (2023). *1. Harzer Waldkonferenz*. Konferenzeinladung. Vgl. auch Friedhoff, D. (2023). *1. Harzer Waldkonferenz, 01.07.2023*. Konferenzbericht. Verfügbar unter: <https://dietmar-friedhoff.de/1-harzer-waldkonferenz-01-07-2023/>.

**Fröhlich, A.** (2020, 9. Juni). *Märchenwald in Gefahr*. Die Kehre. Verfügbar unter: <https://www.die-kehre.de/maerchenwald-in-gefahr/>.

- Fw.** (2023, 10. Januar). *Erste Barrikaden brennen. Linkspartei und Grüne unterstützen Proteste in Lützerath*. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/proteste-in-luetzerath/>.
- Höcke, B.** (2023). *Kahlschlag im Märchenwald*. Telegram-Post vom 27.11. Verfügbar unter: <https://t.me/Bjoern-HoeckeAfD/1873>.
- Junge Alternative** (2022). *„Märchenwald muss bleiben“*. Junge Alternative im #Reinhardswald 2022. YouTube-Beitrag vom 01.04.2022. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=xeYVazkXnfw>.
- Junge Freiheit** (2023, 5. Dezember). *Grüne zerstören Märchenwald für Windräder*. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gruene-zerstoeren-maerchenwald-mit-windraedern/>.
- Mai, K. R.** (2023, 15. Januar). *Klimabewegte wollen Lützerath zum Symbol machen*. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-resuemee/>.
- Pföhringer, D.** (2023, 9. März). *Schnee im März: Blamage für Klimaideologen*. Compact Magazin online. Verfügbar unter: <https://www.compact-online.de/schnee-im-maerz-blamage-fuer-klima-ideologen/>.
- Schöne Harzer Heimat** (2023). *Verein – Schöne Harzer Heimat*. Verfügbar unter: <https://harzer-heimat.de/verein-schone-harzer-heimat/>.
- Schreiber, P.** (2019, 23. August). *DS September 2019: Für einen nationalen Klimawandel!* Deutsche Stimme online. Verfügbar unter: <https://deutsche-stimme.de/ds-september-2019-fuer-einen-nationalen-klimawandel/>.
- St.** (2023, 11. Januar). *Klima-Terrorismus. Über 1.000 Polizisten: Videos zeigen linksextreme Gewalt in Lützerath*. Junge Freiheit Online. Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gewalt-in-luetzerath/>.
- Telegram-User\*in** (2022). *Grüne Klimarettung. Telegram-Kanal: Rettet den Märchenwald*. Telegram-Post vom 14.12.2022. Verfügbar unter: <https://t.me/Reinhardswald/2955>.
- Tichy-Redaktion** (2019, 22. März). *Todesurteil für Reinhardswald: Monster-Windräder in Grimms Märchenwald*. Tichys Einblick. Verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/todesurteil-fuer-reinhardswald-monster-windraeder-in-grimms-maerchenwald/>.
- Z-Versand** (o. J.). *„Recht und Wahrheit“-Aufkleber R 006*. Aufkleber aus Versandhandel. <https://z-versand.shop/produkt/recht-und-wahrheit-aufkleber-r-006-kopie/>.

# Projektteam

## Hascher, Marleen

Marleen Hascher (M. A.) ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Dort promoviert sie zu Kritik und Affirmation von Antisemitismus in deutschen Klimabewegungen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Ostdeutschlandforschung, Klassenanalyse, Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und Kritische Theorie.

## Kastberg, Ann-Katrin

Ann-Katrin Kastberg (M. A.) ist Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Außerdem promoviert sie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main zu den politischen Auswirkungen von Teilhabe- und Ausschlusserfahrungen im Zuge der sozialökologischen Transformation. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Theorie und Analyse von Autoritarismus und Ressentiment, psychoanalytische Sozialpsychologie und sozialökologische Transformation.

## Kerst, Benjamin

Benjamin Kerst, M. A. der Philosophie und M. A. der Soziologie, ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Düsseldorf (HSD) am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte sind Radikalisierung und Nichtradikalisierung, neuere Phänomene der äußersten Rechte und rechte Ökologie. Derzeit forscht er im Projekt RIOET. Zudem promoviert er zur Rolle von Affektivität in äußerst rechten vigilanten Gruppierungen.

## Leitzke, Fynn

Fynn Leitzke ist Studierender im B. A. Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal und unterstützt als studentische Hilfskraft am Institut für demokratische Kultur das Forschungsprojekt RIOET.

## Mönig, Alina

Alina Mönig (M. A.) studierte Politikwissenschaft und internationale Kriminologie in Frankfurt am Main und Hamburg. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt RIOET am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und arbeitet in der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus in der Amadeu Antonio Stiftung.

## Osterberger, Edmund

Edmund Osterberger ist ausgebildeter Mechatroniker für Kältetechnik und studierter Sozialarbeiter/Sozialpädagoge. Er arbeitet in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zudem ist er seit 2022 für das Projekt RIOET am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf (HSD) tätig.

## Quent, Matthias

Matthias Quent ist Professor für Soziologie und Vorstandsvorsitzender des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Rechtsextremismus im Kontext gesellschaftlicher Transformationen.

## Stanić, Dora

Dora Stanić (M. Sc.) ist Psychologin und war bis Februar 2024 am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal am Forschungsprojekt RIOET als wissenschaftliche Mitarbeiterin beteiligt. Sie absolviert eine universitäre Ausbildung zur Psychologischen Psychotherapeutin (Fachkunde: Verhaltenstherapie) an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Ehrenamtlich ist sie im Bereich der politischen Bildung (insbesondere im Rahmen der Antidiskriminierung) tätig.

## Virchow, Fabian

Fabian Virchow ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf; dort leitet er auch den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA). Er betreibt Forschung und veröffentlicht Publikationen insbesondere zur Geschichte, Weltanschauung und politischen (Gewalt-)Praxis der extremen/populistischen Rechten sowie zu gesellschaftlichen Praktiken des Erinnerns und Vergessens rechter Gewalt. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, des Handbuchs Rechtsextremismus sowie der Edition Rechtsextremismus.